

DEZEMBER 1995
BIS MÄRZ 1996
4. Quartal 1995
5. Jahrgang Nr. 17
erscheint vierteljährlich
Postvertriebsstück A 12057 F

5,- DM

Thema: Alltag–Kultur–Rassismus

- Reaktion oder Revolte – HipHop in Deutschland
- Kopftuch – ja oder nein. Ein Streitgespräch
- Boom-boom – out goes the light. Ein Kommentar zum Simpson-Prozeß.

Foto: Dario N. Azzelini

Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin

Antirassistische und antifaschistische Telefone in der BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro
0241/3 84 68
(in dringenden Fällen) fr ab 18.00

Berlin
Antirassistisches Telefon
030/785 72 81
mo ab 17.30, di 16.00-19.00,
fr 14.30-17.30
Antirassistisches Telefon Ostberlin
030/442 61 74, do 17.00-20.00

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro
0521/64094
mo+fr 10.00-13.00, di+do
14.00-18.00 (sonst AB)

Bonn
Antifaschistisches Infotelefon
0228/69 05 09
mo+sa 18.00-20.00
Antirassistisches Telefon
0228/63 61 51
mo+mi+do 18.00-20.00

Braunschweig
Antirassistisches Telefon
0531/34 11 34
mi 16.00-18.00, sa 17.00-19.00

Bremen
Anti-Rassismus-Büro
0421/70 64 44
di 15.00-19.00, do 15.00-17.00

Delmenhorst
Infotelefon 04221/178 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund
0231/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus
0211/992 00 00, rund um die Uhr

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus
09131/20 22 68
di 10.00-12.00

Essen
Anti-Rassismus Telefon
0201/23 20 60

Giessen
Antirassistisches/antifaschistisches
Notruftelefon
0641/79 14 64
di 19.00-21.00, fr 19.00-23.00,
sa 11.00-13.00 und 19.00-23.00

Göttingen
Antifaschistisches Notruftelefon
0551/39 45 67

Hamburg
Antirassistisches Telefon
040/43 15 87, mo-sa 9.00-23.00

Heidelberg
Antirassistisches
Notruf- und Infotelefon
06221/290 82, werktags 19.00-7.00

Kassel
Infotelefon 0561/17919, 24 Std.

Köln
Kölntelefon 0221/881022

Lüneburg
Antifatelefon Lüneburg
04131/40 54 10

Mannheim
Antirassistisches Notruftelefon
0621/156 41 41
fr+sa 19.00-6.00,
so und mo 19.00-24.00
Infotelefon 0621/217 05

München
Anti-rassistisches Telefon,
089/543 96 12
mo 10.00-12.00, di 18.30-20.30
und fr 15.00-17.00

Münster
Antifa-Infotelefon
0251/602 56
di 18.00-20.00, Fr 17.00-1.00

Nürnberg
Antirassistisches Telefon
0911/26 20 88
mo 10.00-12.00, di 19.00-21.00
fr 19.00-21.00

Passau
Infotelefon Antifa
0851/361 06
fr 16.00-19.00



ZAG

Zeitung antirassistischer Gruppen

Herausgeberin
Antirassistische Initiative e.V.

Redaktion
Andreas, Claudia, Heidje, Irmgard, Jürgen, Martina, Michael, Sabine, Stefan, Thomas

Redaktionsanschrift
ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
Tel.: 030-785 72 81
(Antirassistisches Telefon)
FAX: 030-786 99 84
E-Mail: ZAG @ VLBERLIN.comlink.de

Konto
Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 303 96 01
Bankleitzahl: 100 205 00

Erscheinungsweise
vierteljährlich

V.i.S.d.P.
Peter Finger

Gestaltung
Ulrike Steglich, Rosenthaler Str. 13, 10119 Berlin

Druck
EinDruck

Redaktionsschluß
für die nächste Ausgabe: 16.2.96

Inhalt

Sonne, herbstlich dünn und zag, Einen langen Nachmittag ...



Foto: Bildarchiv Kappa / SKY

... und noch viel länger haben wir uns abgemüht mit diesem Schwerpunkt, während die Grünen auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Bremen die Vorneverteidigung des multikulturellen, multiethnischen Bosniens gegen den Ansturm des faschistischen Serben als Schmiermittel benutzen, ihren Staatstragefaktor zu verbessern: Bei 38% sind sie gestern angekommen. Noch so eine Niederlage und ich habe gewonnen, freut sich da der Joschka. Multikulti ist eine Vielzweck-Waffe. Zur Überwindung latenter Konsumabneigung bei neuen Mittelschichten (einem vergleichsweise harmlosen Projekt, vgl. Cosmopolitische Küsse, S. 11) nicht minder geeignet als zur musikalischen Einstimmung der Jungen Männer - gleich welcher Couleur - auf die aufkommende »radikalfreie Marktwirtschaft«, in der sich zum Handy die Uzi ins Handschuhfach gesellt. (vgl. unsere ersten Plattenbesprechungen ab S. 18 sowie ›blätter des iz3w‹, besprochen auf S. 39).

Es steht wesentlich mehr zur Debatte als die Frage, ob Hip-Hop nun politically correct ist: Interkulturelle Toleranz, kultivierter Alltagsrassismus, Ethnopoly - Kopftuch, Capoeira und Gangsta-Rap, das ganze auch noch unter dem Aspekt teutscher Rezeption (wahlweise konsumieren oder verbieten) - erwarte bitte niemand, daß wir dazu mehr als Ansätze einer Analyse bieten.

Vielleicht liegt's ja auch daran, daß der offene Blick, die Zusammenschau der Tendenzen, die in diesem Heft angesprochen werden, Schwindelgefühle auslöst? Ausgegrenzte maghrebinische Jugendliche in Frankreich, die islamistischen Vereinigungen zulaufen, ihre Wohnorte, die Banlieus, zu »rechtsfreien Zonen machen, in denen das Faustrecht herrscht« (S. 30). Hunderttausende schwarzer Männer in Washington, die einem Antisemiten namens Farakhan an den Lippen hängen, der von einer »black economy« faselt (S. 34). Der mächtigste Staat der Erde nicht mehr in der Lage, seine Angestellten zu bezahlen, aber wild entschlossen, seine gesellschaftlichen Probleme mittels des elektrischen Stuhls zu lösen (S. 4). Immer mehr Weltgegenden, in denen sich die unbewaffneten Menschen nach den Zeiten des Gewaltmonopols des Staates zurücksehnen. Ethnische Identitäten als Subjekt-Kostüm für die bevorstehende Epoche, in der sich der Kapitalismus weltweit in eine Gewaltorgie sinken läßt?

Wir sollten ihn vorher ersäufen.

Mit der Frühlings-ZAG kommen wir wieder auf den Boden der lokalen Tagespolitik: In Zusammenarbeit mit dem Bündnis gegen Abschiebungen und der f.e.l.s. Antifa-AG berichten wir über die Situation der vietnamesischen Gemeinde in Ost-Berlin, deren Abtransport seit Monaten mit allen Mitteln der Diffamierung und der Repression vorbereitet wird. Außerdem berichten wir ausführlich über das Osteuropa-Seminar von ZAG und FFM vom vergangenen Wochenende.

Ach ja, die lyrische Überschrift ist nicht auf unserem Mist gewachsen, sie stammt aus einem Gedicht des Expressionisten Georg Trakl. Sie wurde ausgerechnet von einem systembedingt nichtsahnenden Computer-Programm zutage gefördert, auf der Suche nach Nennungen der »ZAG« in der alternativen Tagespresse. Wesentlich mehr fand es nicht. Wir bleiben dennoch...

unverzagt - eure ZAAAG-Redaktion



Foto: Felix Schumann

An meine Freundinnen und Freunde in Deutschland

von Mumia Abu-Jamal

Brüder, Schwestern, GenossInnen und LeserInnen, es erfüllt mich mit ganz besonderer Freude, daß ich euch jetzt, einen Monat nach einer Verabredung mit dem Tod, immer noch schreiben kann.

In einem nicht unerheblichen Maße habt ihr mit euren Anstrengungen dafür gesorgt, daß ich heute noch in der Lage bin, den Atem des Lebens mit euch zu teilen - hier in Amerika, das als Glockenturm des Todes in der Weltgemeinschaft zu zweifelhaften Ruhm gelangt ist.

Erst vor wenigen Wochen ist New York, eine Stadt von internationalem Ruf, aus der mein Anwalt Leonard I. Weinglass stammt, in die Reihen der Kräfte des Todes zurückgekehrt. Der Bundesstaat New York ist der 38. Staat, in dem staatlicher Mord legalisiert worden ist.

Die Menschen in Europa, vor allem die jüngeren unter ihnen, nehmen mit Erstaunen wahr, daß da eine Regierung ihre eigenen BürgerInnen exekutiert. In Deutschland, Frankreich, England und Italien sind Menschen schockiert über das Vorgehen dieses Staates.

Tatsächlich aber ist die Lage noch viel schlimmer.

Am 15. oder 16. August ist Leon Moser, ein hochdekorierter Veteran der US-Streitkräfte, als zweiter Mann in Pennsylvania in diesem Jahr von der Regierung Pennsylvanias umgebracht worden, weil er nicht gegen seine Hinrichtung protestiert hat.

Interessanterweise muß an dieser Stelle angemerkt werden, daß die Regierung von Pennsylvania so scharf auf Moses' Tod.war, daß sie tatsächlich einen Anruf aus dem Büro eines Bundesrichters ignorierte, dem an einer Telefonkonferenz mit dem der Verdammnis preisgegebenen Gefangenen gelegen war. Es wurde berichtet, daß man das Telefon klingeln ließ, während Gift in Moses' Arm gepumpt wurde, und den Hörer erst abnahm, als Moses schon sein Leben ausgehaucht hatte.

Das ist der American Way of Death.

Das ist Pennsylvanias Way of Death.

Während die Todesstrafe in Südafrika nur noch bloße Geschichte ist, wird sie in den USA, dem *Land der Freiheit* ausgeweitet.

Daß es noch nicht schlimmer ist, liegt nicht an mangelndem Willen, das Tempo des Todes zu verschärfen, sondern einzig und allein am internationalen Horror vor diesem billigen, politisch motivierten Mittel des Wahlkampfes, Gefangene zu töten, um damit konservative Stimmen zu gewinnen.

Amerika, das *Land der Freiheit*, wandelt sich gerade mit großem Tempo in Amerika, das *Land der Eingekerkerten*, mit über einer Million Männer und Frauen in Staats-, Bezirks- und Bundesgefängnissen.

Ohne solche Anstrengung wie die internationalen Proteste, die organisiert wurden, um Amerikas wahres und tödliches Gesicht zu zeigen, wird die Todesstrafe noch mehr ausgeweitet werden und zu noch mehr Erruptionen in Amerikas sowieso schon fürchterlich zersplitterter Sozialpolitik führen.

In den USA ist die Todesstrafe ein Werkzeug der weißen Staatsmacht, das in erster Linie gegen seine schwarzen, hispanischen und armen weißen EinwohnerInnen eingesetzt wird.

Tatsächlich hat der international bekannte Fall von O.J.[Simpson] deutlich gezeigt, daß Reichtum einem eine Immunität gegenüber der Todesstrafe verleiht, sogar in einem Fall von Doppelmord.

Ich hoffe, daß euch mein Buch »...aus der Todeszelle« zu neuen Einsichten verhilft. Ich habe das meiste darin mit meinem eigenen Blut geschrieben.

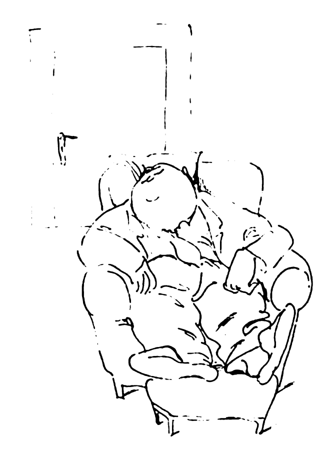
Tschüß! On the Move! Long live John Africa!

Ich schreibe, um zu leben.

Mumia Abu-Jamal, September 1995



Angst schützt vor Verfolgung nicht!



Vor sieben Monaten versuchte die Gruppe »K.O.M.I.T.E.E.«, mittels mehrerer selbstgebastelter Sprengsätze das im Bau befindliche neue Abschiebegefängnis in Berlin-Grünau in die Luft zu sprengen. Der Anschlag schlug fehl. Zu den Einzelheiten verweisen wir auf die Erklärung des »K.O.M.I.T.E.E.« hierzu.

Die öffentliche Reaktion der zum Komplex »Abschiebung« arbeitenden Gruppen, der antifaschistischen und antirassistischen Gruppen und Initiativen, sowie der Linken in diesem Land insgesamt hierzu war eher dürftig. Wir wollen mit diesem Artikel erreichen, daß die zu diesem Thema arbeitenden Gruppen Stellung beziehen bzw. zumindest öffentlich darüber sprechen, in welcher Form der Widerstand gegen die staatliche Abschiebungspraxis geführt werden soll.

Die Überlegung dazu ist, daß es hierbei wenig weiterhelfen wird, die in der Zeit nach dem versuchten Anschlag erfolgten Repressionsmaßnahmen seitens der Bundesanwaltschaft gebetsmühlenartig zu beklagen und die Gemeinheiten dieses Staates zu bejammern. Etwas anderes war ernsthaft nicht zu erwarten. Solidarisch zu diskutieren heißt vielmehr, sich insbesondere mit dem Anlaß der Aktion auseinanderzusetzen.

Aus internen Diskussionen ist bekannt, daß es innerhalb der Linken große Vorbehalte gegen diese Art von Widerstand gibt. Die Argumente reichen von »Die Zeit für solche Anschläge ist vorbei« über »Das bringt uns politisch nicht weiter bzw. in Mißkredit« bis hin zu »Damit wird verhindert, daß die Verhältnisse im Abschiebeknast, wie sie derzeit in der Kruppstraße bestehen, verbessert werden«. Daneben gibt es natürlich auch die »klammheimliche Freude« (die allerdings höchstens verschämt am WG-Frühstückstisch, also *nichtöffentlich*) geäußert wird und die Sorge



darüber, daß diejenigen, denen eine Beteiligung an dem Anschlag vorgeworfen wird, möglichst nicht erwischt werden. Die beiden letztgenannten Positionen sind allerdings schon seltener zu finden.

Vor 20 Jahren war dies noch anders. Anfang der 70er Jahre gab es innerhalb der Linken vor allen Dingen keine Scheu, auch öffentlich über diese Art von Widerstand gegen eine als falsch erkannte staatliche Politik zu diskutieren.

Die zentralen Fragen heißen also:

1. Warum haben viele mit dieser Art von Widerstand gegen die Abschiebungspolitik dieses Staates Schwierigkeiten?
2. Warum gibt es keine *öffentliche* Diskussion hierüber?

Die Beantwortung der ersten Frage hängt - so scheint es - eng mit der zweiten zusammen. Im Prinzip gibt es wenig dagegen einzuwenden, einen Knastneubau für Abschiebehäftlinge in die Luft zu jagen. Zum einen erfolgte die Aktion - anders als manche in den 70er Jahren - nicht losgelöst von den derzeit geführten Diskussionen. Seit der Wende ist das Engagement vieler in Antifa- und Antirassismusgruppen stetig größer geworden. Die Aktion kommt daher sozusagen aus der Mitte der derzeit wohl stärksten Bewegungen



innerhalb der Linken. Der Gruppe ist von daher nicht vorzuwerfen, daß ihre Aktion völlig abgehoben von der derzeit stattfindenden gesellschaftlichen Diskussion durchgeführt bzw. versucht wurde. Nach der Erklärung des »K.O.M.I.T.E.E.« war außerdem die Gefährdung von Menschenleben ausgeschlossen. Es bleibt der Versuch, eine Baustelle in die Luft zu sprengen. Die Gruppe behauptet selbst nicht, mit der Aktion die Revolution einleiten zu wollen, sondern die staatliche Abschiebungspolitik behindern zu wollen. Wenn also selbst diese Aktion nicht dazu führt, daß sich militante und nichtmilitante Linke über deren Zulässigkeit verständigen können, an welchem Punkt sollten sich beide Gruppen dann treffen?

Es ist festzustellen, daß es bereits Gruppen gibt, die sich längst außerhalb der bestehenden Gesetze ihre Handlungsmöglichkeiten zurückgeholt bzw. aufgebaut haben. Wenn Kirchengemeinden damit anfangen, Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen, zu verstecken bzw. dem Zugriff der Staatsmacht entziehen, so haben sie sich bereits in die Illegalität begeben. Die zentrale Frage, die sich jede/r stellen muß, ist doch, wo der Konsens über den Umgang mit der

staatlichen Flüchtlingspolitik liegt. Welche Formen von Protest und/oder Widerstand sollen erlaubt sein? Es liegt auf der Hand, daß der Staat jederzeit über die Möglichkeiten verfügt, Flüchtlinge abzuschieben. Auf der politischen Ebene ist es zudem nicht gelungen, die Änderung des Asylrechts und die damit einhergehende Flüchtlingspolitik zu verhindern. Wir müssen uns daher zwangsläufig die Frage stellen, wie Abschiebungen in Zukunft unmöglich gemacht werden können. Die Möglichkeiten des verbalen Protestes hiergegen sind weitgehend ausgeschöpft, weil sich der Staat hierdurch kaum beeindrucken läßt. Darüberhinaus zeigt gerade das Beispiel der im August abgeschobenen Sudanesen, daß auch auf der parlamentarischen Ebene die Möglichkeiten der Verhinderung von Abschiebungen nicht bestehen. Der Verzicht der GRÜNEN auf die aktuelle Stunde hat diesem Staat in fataler Weise propagandistisch in die Hände gearbeitet. Bleibt der zweifelhafte - weil individualistische - Weg des juristischen Geplänkels, der zwar mitunter einzelnen Flüchtlingen weiterhilft, aber keine politische Lösung des gesamten Problems beinhaltet. Flüchtlinge sind Menschen, die es aus den unterschiedlichsten Gründen vorgezogen haben, ihre Heimat zu verlassen und deren einziges »Verbrechen« darin besteht, sich ohne erforderliche Aufenthaltsgenehmigung in der BRD aufzuhalten. Sie haben in einem Gefängnis nichts zu suchen, denn Haft bedeutet Stigmatisierung. Es geht also nicht um schönere Knäste mit mehr Tischtennisplatten, sondern um die Abschaffung derselben. Damit keine Mißverständnisse entstehen: Ziel dieses Artikels ist nicht, Beifall für die Aktion einzufordern, sondern die eigenen Handlungsmöglichkeiten in bezug auf die staatliche Flüchtlingspolitik in der ganzen Bandbreite zu diskutieren.



Zur zweiten Frage: Vor ca. 20 Jahren hat der Staat damit begonnen, uns mittels der Keule der §§ 129 und 129a bestimmte Formen der Diskussion aufzuzwingen. Waren militante Aktionen bereits immer strafbar, so ist es seitdem auch die öffentliche Diskussion hierüber, weil jede/r schnell in den Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung geraten kann, wenn er/sie Verständnis für militante Aktionen äußert. Öffentliche Diskussionen über diese Themen sind deshalb angstbehaftet. Außerdem ist der Bezug von uns untereinander auf Aktionen anderer zur Zeit nur sehr schwach ausgeprägt. Die gegenwärtige Welle der Repression, insbesondere gegen die »radikal«, soll noch einmal klarmachen, daß der Staat bestimmte Diskussionen über die gegenwärtige Politik zu kriminalisieren gedenkt. Dies hat insbesondere einen zentralen Grund: Die BRD als mittlerweile zweitgrößter Waffenexporteur der Welt schickt sich an, Interessen in der sog. »Dritten Welt« auch militärisch zu verteidigen, denn es liegt auf der Hand, daß die Unterstützung der Türkei gegen kurdische Rebellen und die Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen nach Bosnien erst der Anfang sind. Dies wird zwangsläufig mit einer zunehmenden Repression nach innen einhergehen. Bereits im Vorfeld sollen die ärgsten Kritiker mundtot gemacht werden. Deswegen ist es wichtig, sich dem entgegenzustellen, indem *öffentlich* zu der Politik der BRD - und damit auch zu den militanten Aktionen hiergegen - Stellung bezogen wird. Es kann nicht angehen, daß wir uns von einer kleinen Bande korrupter Parteifunktionäre und drittklassiger Politiker vorschreiben lassen, worüber wir wie diskutieren und ob wir bestimmte Politikformen wie z.B. militante Aktionen gut oder schlecht finden.



Der Grad der Kriminalisierung und Repression zeigt, daß auch Unbeteiligte - z.B. weil sie die »falschen« Menschen kennen, weil sie ihr Auto an diesen oder jene verkauft haben oder sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufgehalten haben -, mittels Rasterfahndung in den Verdacht geraten können, mit dieser oder jener Aktion irgendetwas zu tun zu haben. Völlig normale Dinge sind plötzlich imstande, einen Verdacht zu erregen. Die Angst, sich öffentlich zu äußern und sich damit staatlicher Repression auszusetzen, schützt offenbar nicht vor Verfolgung. Nur dann, wenn viele Menschen sich diesem staatlichen Diskussionsverbot entgegenstellen und Stellung beziehen, werden diese staatlichen Maßnahmen ins Leere laufen.
Dies sei hiermit eingefordert.

xy-ungelöst



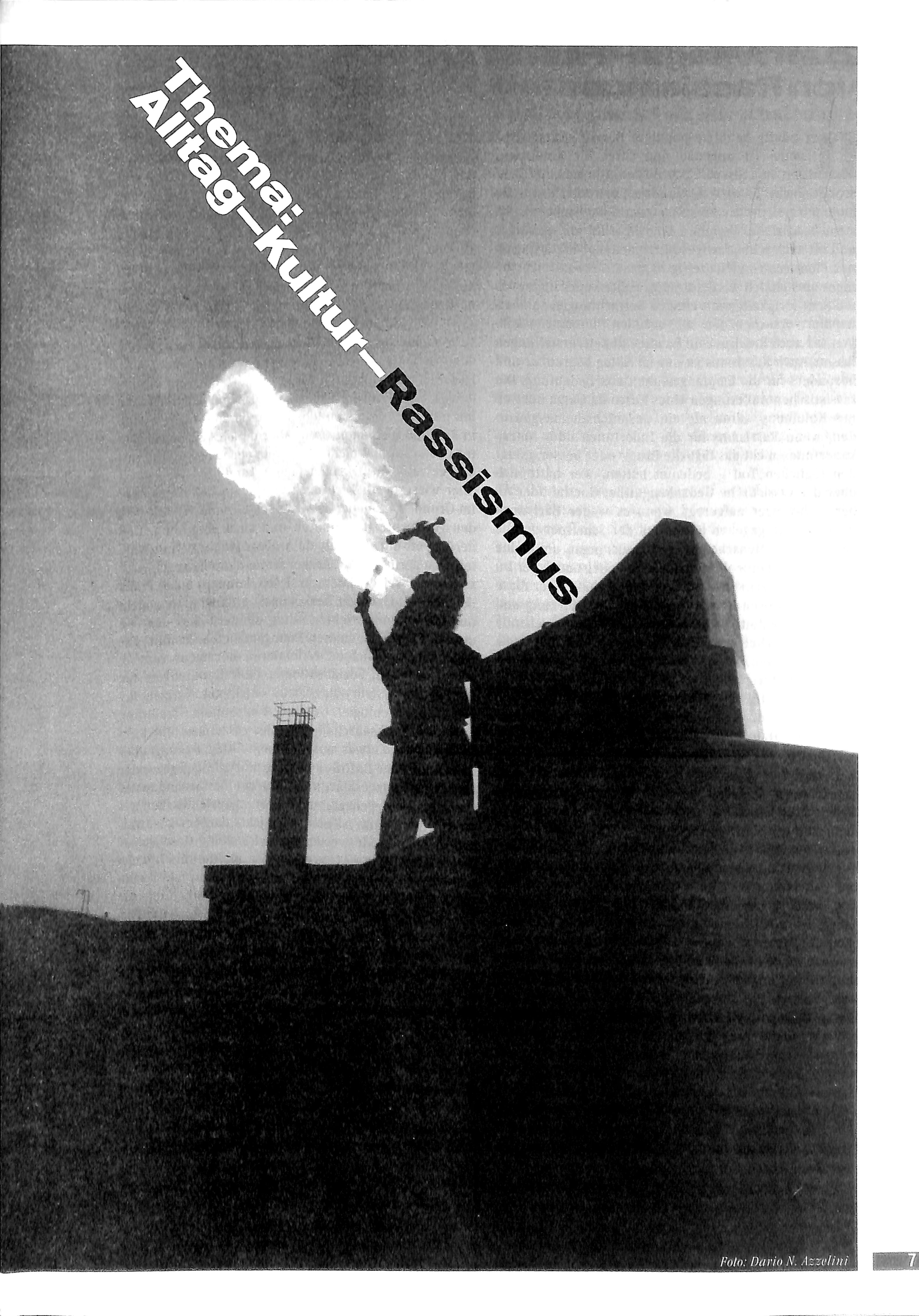


Foto: Dario N. Azzelini

Zum Alltags – FAIRSTÄNDNIS von Rassismus

Der häufig benutzte populäre Begriff »Alltags-Rassismus« ist ungenau und sorgt für Konfusion, wenn man ihn zum Schwerpunktthema einer Zeitschrift macht. Es wird der Eindruck erweckt, als ob die Summe rassistischer Einzelereignisse Rassismus als System beschriebe. Populäre Begriffe sind ein günstiges und oft auch schlagfertiges Instrument zur Erklärung eines Phänomens, gleichzeitig haben sie etwas Leichtsinniges an sich. Ich werde diese gewollten oder ungewollten Schwierigkeiten mit einigen Betrachtungen zu überwinden versuchen. Wie alle sozialen Phänomene können wir auch Rassismus in Raum- und Zeitvorstellungen fassen. Auch Rassismus ist nur im Alltag begreifbar und besonders für die EmpfängerInnen von Bedeutung. Die rassistischen Äußerungen eines Vasco da Gama oder eines Kolumbus wären nie ein Gesprächsthema geworden, wenn Rassismus für die InderInnen oder AmerikanerInnen nicht das tägliche Brot – oder besser gesagt den täglichen Tod – bedeutet hätten. Wer hätte sich über das rassistische Gedankengut bei Goethe oder Albert Schweitzer aufgeregt, wenn es weder Bari noch Hoyerswerda gegeben hätte. Daß der Schaffner gerade mich aus der Menschenmenge herausnimmt, um meine Fahrkarte zu kontrollieren oder der Polizist mich per Du anspricht, ist erniedrigend und schmerzhaft. Aber diese Verhaltensweisen hätten ihren Sinn, ihre Wirkung und Kraft mit der Zeit verloren, wenn nicht die umgebende zivile Gesellschaft mit all ihren Institutionen und Organisationsformen, Normen und Regelungen solche Handlungen gefüttert und unterstützt hätten.

Alltag ist nicht gleich Alltag schlechthin. Als ich auf offener Straße von einem »Arier« schlicht und einfach wegen meiner Hautfarbe zusammengeschlagen wurde, habe ich die tiefe Verwurzelung des Rassismus empfunden. Aber diese Empfindung, da bin ich mir sicher, hätte nach einer Weile nachgelassen, wenn ich nicht einige Tage später beim Arbeitsamt von meiner Sachbearbeiterin gefragt worden wäre, wie ich denn mit meiner deutschen Frau wohl kommuniziere, wo ich doch so wenig Deutsch spreche, und ob meine Ehe denn nicht einen Scheincharakter habe? Trotzdem ist dies nicht All-Tag, sondern nur ein »Randtag«. Ein allgemeingültiger Alltag ist nicht sehr einfach zu beschreiben. In den sechzehn Jahren meines Aufenthalts in Deutschland war ich höchstwahrscheinlich hundertmal mit rassistischen Handlungen – »friedlichen« und gewalttätigen – konfrontiert. Ein Bekannter, ein Hochschullehrer aus Asien, der seit 35 Jahren in Deutschland lebt, konnte mir nicht mal fünf persönliche Erlebnisse erzählen. Dem mosambikanischen Vertragsarbeiter George Gomondai ist es nicht einmal mehr möglich, uns von seinen Erlebnissen zu erzählen. Er wurde von Rassisten in Dresden umgebracht. Aber der angolanische minderjährige Flüchtling Paolo, den ich eine Zeitlang betreut habe, kam fast jeden Tag mit einem neuen Erlebnis zu mir. Auch ich bin oft nicht in Restaurants hereingelassen bzw. bedient worden. Einmal wurde ich gezwungen, mehrere Gläser Schnaps herunterzuschlucken. Diese Ereignisse dominieren trotzdem meinen Alltag nicht. Wenn das Entsetzen und die Erniedrigungen zur Routine werden – ich will schließlich nicht verrückt werden oder mich selbst umbringen – entwickle ich einen Mechanismus zum Vergessen, Verdrängen oder anderweitige Kompensationen. Als das Abgeordnetenhaus von Schöneberg in den Preußischen Landtag umzog, konnte man fast jeden Abend auf dem Flur des Hauses ein Sprachenfestival erleben – Portugiesisch, Vietnamesisch, Türkisch, Deutsch etc. Das waren die Putzfrauen und -männer. Heute höre ich nur noch Deutsch. Wegen Sparmaßnahmen mußte man Entlassungen vornehmen. Meine Befürchtung, der erste in einer Entlassungsschlacht zu werden, dominiert meinen Alltag.

Mittlerweile bin ich ein deutscher Staatsbürger geworden. Ich bin ja eigentlich glücklich. Nur manchmal denke ich: »Ach, warum bin ich ausgerechnet Deutscher geworden und nicht etwa Brite?« Dann hätte meine alte Mutter mit mir hier zusammen leben können, und nicht alleine in Kalkutta bleiben müssen. Aber da ich kein waschechter Deutscher bin, nicht einmal ein europäischer Unionsbürger, zählt sie ja nicht zu meiner Familie![1]

Aber wieso erzähle ich euch von meinem Alltagsleben? Im Grunde genommen ist das doch nach der vierten Leidensgeschichte (!) monoton und auch langweilig. Daß der Tag oft mit »Hau' ab, du Araber« (wenn sie nur wüßten, wie gerne ich ein Araber wäre; dann hätte ich »umsonst« die reiche Literatur lesen können) oder »Geh' doch dorthin, wo du herkommst« anfängt, prägt nicht nur den von mir erlebten Alltag, sondern auch den von meinen Freunden, meinen Kollegen, meiner Familie. Die einzelnen Geschichten reflektieren höchstens rassistische Gedanken, Sozialisationen oder Handlungen. Sie machen das System – Rassismus – nicht aus. Normen, Regelungen, Theologie, Gesetze, Philosophie, Tradition, Kultur einer Gesellschaft, das alles zusammen bildet ein System. Das ist etwas mehr als mein Alltag. Das sagt aber nichts aus über BAföG- Regelung, Sozialhilfegesetz oder Jurisprudenz; es erklärt nicht, warum die Ausländer-Mittelschicht im Gegensatz zu der breiten ausländischen Unterschicht so dünn ist und sagt nichts darüber aus, warum – obwohl jede westeuropäische weiße Gesellschaft längst eine MULTINATIONALE (oder multiethnische) geworden ist – der Traum vom rassisch reinen und homogenen Volk aufrechterhalten wird; oder darüber, daß die Sprachen und Religionen, die Philosophie und Kleiderordnung, die Feiertage und der Ahnenkult der ethnischen (nationalen) Minderheiten, die selbstverständliche Bestandteile dieser Gesellschaften sein müßten, im Alltag keinen Widerhall finden. Das Konsumieren von Rai Musik, von Bauchtanz, Yoga oder ghanesischer Trommelmusik, mag zum FAIRSTÄNDNIS viel beigetragen haben, aber für die aktive Veränderung der gesellschaftlichen Organisation leisten solche multikulturellen Ereignisse kaum einen Dienst. Die beschriebenen Anekdoten aus dem Alltag werden ernsthafte und ehrliche Empörung und Mitleid bei vielen auslösen, der Wille zur Bekämpfung der Macht-Ausbeutung-Wohlstands-Achse des Rassismus aber ist ein qualitativ anderer Akt.

Biplab Basu, ARI

[1] Der Autor spielt hier auf die Paragraphen des Ausländergesetzes an, die den Familiennachzug regeln. Danach können nur jüngere Mitglieder der Kernfamilie nachgeholt werden, nicht aber die Eltern.



Multi-Kulti bleibt deutsch

Sanftheit schützt vor Herrschaft nicht

Die Nachkriegszeit soll nun endlich vorbei sein? Die »übertriebene« Rücksichtnahme auf den Ruf der Deutschen im Ausland gehört offenbar der Vergangenheit an. Deutsche Sitten, Gebräuche, die Küche, die Familie finden wieder Gefallen, und Ulrich Wickert veröffentlicht ein deutsches Kochbuch (immerhin »... auf den Spuren Fontanes«). Angesichts dieses Roll-backs sind alle Menschen, die jetzt noch italienisch kochen oder fernöstlich meditieren, schon irgendwie fortschrittlich. Diese Art von Fortschrittlichkeit greift um sich - seit dem Fall der Mauer mehr als vorher, denn der fortschrittliche Mittelstand, in dem der Großteil der Restlinken mittlerweile angekommen ist, befinden sich in einer Identitätskrise. Die Ratlosigkeit bringt den Rückzug ins Private mit sich, die Freude an den eigenen Kindern und den Vorsatz, im eigenen Kreis alles besser zu machen. Und Kultur wird im Alltag zum Politikersatz. Der Mittelstand veredelt seinen Alltag also durch kulturellen Genuß und zieht sich ansonsten warm an, denn in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs möchte man den eigenen Wohlstand erhalten und genießen. (Weltverbesserer wurde lang genug gespielt.)

Die herrschende Meinung deckt sich mit der Auffassung der vormaligen Linken in weiten Teilen, z.B. was die Suche nach der Identität betrifft: Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus im Osten ist für die Rechten der Antikommunismus als verbindendes Element weggefallen, für die Linken der (irgendwie doch) Hoffnungsträger. Die neue, europäische Identität grenzt sich ab gegen den fanatischen Islam und das kulturlose Amerika. Diese Feindbilder sind notwendig, denn sie verschleiern Ausbeutungs- und Herrschaftspraktiken. Wir bestimmen, welche Eigenschaften die anderen haben, indem wir Merkmale betonen und sie bestimmten Gesellschaften zuordnen. Die Definitionsmacht haben wir - na klar.

Das »Fremde« oder »Andere« hat bestimmte Rollen in unserem Weltbild:

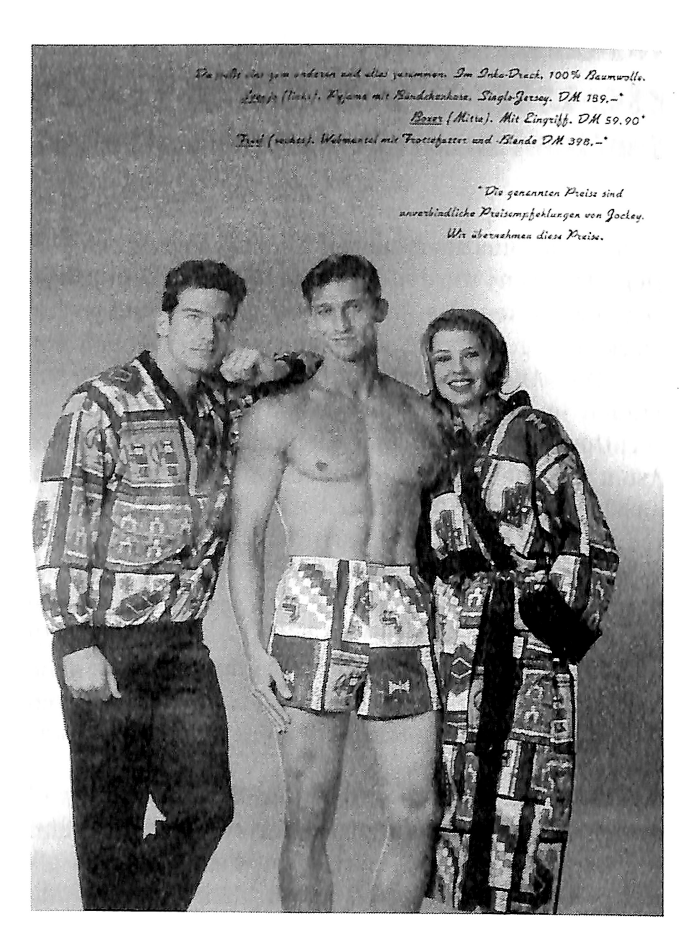
Es hilft uns, uns als moderne Menschen zu definieren. Den »Anderen« werden Eigenschaften und Lebensweisen zugewiesen, die - zumindest vordergründig - im starken Gegensatz zu mitteleuropäischen Leben stehen. Die »Anderen« erhalten Gruppenidentitäten: Die Frauen im Islam sind in diesem Sinne unterdrückt, rechtlos, unglücklich und ungebildet. Die Frauen in Asien werden auf das Klischee der stets lächelnden, anschmiegsamen und unterwürfigen Klämmeräffchen reduziert. Wir bemitleiden die islamischen Frauen, verachten die asiatischen Frauen und erkennen dadurch, wie gleichberechtigt wir mitteleuropäische Frauen in Gesellschaft und Familie sind. Uns fällt nicht auf, daß Eigenbild und Fremdbild stark voneinander abweichen, denn die Frauen im Nahen Osten finden uns WestlerInnen nicht so befreit, wie wir uns sehen.

Das »Andere« bestätigt unsere Gesellschaftsform, weil es den Frauen in anderen Ländern so schlecht geht. Die Darstellung der Situation der Frau im Islam als rechtlos, unterdrückt und unglücklich dient als Ablenkungsmanöver. Was dazu führt, daß wir uns nicht mehr mit unserer eigenen Gesellschaft auseinandersetzen müssen.

Die wirtschaftliche Dominanz der Industrienationen führt dazu, daß wir das »Andere« für uns benutzen können: Die Kulturen der Welt werden zum Selbstbedienungsladen. Wir fahren zur Erholung und Entspannung in andere Länder: zum Relaxen - Trommelkurse in Ghana, als Abenteuer - männliche Prostituierte in Kenia und Jamaica. Hier werden die Klischees vom Rhythmus, den die Schwarzen im Blut haben, und von der phänomenalen Potenz der schwarzen Männer strapaziert. Vielfach werden von den Reisen zum Fremden auch Verhaltensweisen mitgebracht - allerdings nur die passenden oder bestätigenden.

Erholung und Entspannung können wir uns aber auch nach Deutschland kommen lassen: Den Feierabend genießen mit EthnoPop oder schwarzem HipHop. Die Plattenindustrie hat ihre Ware entsprechend vorsortiert. Chinesische Medizin und indianische Horoskope sind auch überall zu haben. Kultur ist oft der einzige Zugang zu AusländerInnen. Wenn uns die Tänze und Kleider gefallen, sind wir freundlich zu den MigrantInnen - vielleicht dürfen sie sogar hierbleiben. Andererseits befinden sich ausländische KünstlerInnen beständig in Gefahr, von der Polizei eingefangen und in Abschiebehaft gesteckt zu werden - auch wenn sie offizielle Gäste der Stadt sind und ihre Pässe nur im Hotel haben liegenlassen.

Die Abwechslung vom grauen Alltag kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die fremde Kultur nur als Folklore wahrgenommen wird. Gemäß unserer Wahrnehmung haben die Künstler aus Nicht-Industrienationen ihre Kunst einfach im Blut. Unvorstellbar, daß sie auch an sich arbeiten, um ihr Werk ringen oder nach Ausdrucksmitteln suchen müssen. Entsprechend respektlos werden Künstler und ihre Werke behandelt: Die Kunst der amerikanischen Erstna-



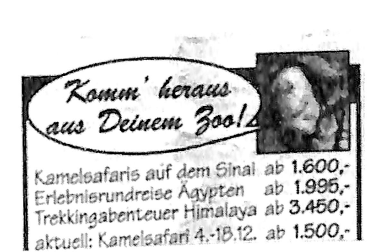
tionen verziert Schlafanzüge und Frühstücksgeschirr, rituelle Lieder aller Erdteile werden zur Fundgrube ausgelaugter Popmusiker. Urheberrechte haben diese Traditionen nicht.
Höchstens zweitrangig sind die Erfahrungen und Bedürfnisse der MigrantInnen: Sie werden immer wieder mit institutioneller Diskriminierung konfrontiert, haben beispielsweise nicht das Recht, in der öffentlichen Schule in ihrer Sprache unterrichtet zu werden oder ihren Kindern die gewünschten Namen zu geben. In Deutschland haben sie nur eine Chance: das alles aufzugeben und sich zu assimilieren.
Der Ausbeutung und Mißachtung des »Anderen« liegt eine Definition von Kultur - wie weit dieser Begriff auch immer gefaßt sein mag - als statische Erscheinung zugrunde. Es ist jedoch unerläßlich anzuerkennen, daß sich Kultur und Identitäten im Lauf der Zeit bewegen. Es hat keinen Sinn, sie auf Regeln oder Standards festzuschreiben, Kultur ist ein dynamischer Prozeß. Der Mensch übersteht die Konfrontation mit der Realität nicht unverändert (nur mein Opa). Besonders deutlich wird das an dem Alltag von MigrantInnen. Die Begegnung zwischen Herkunftskultur und Migrationsziellandkultur führt zu Brüchen, Konflikten und zu Veränderungen. Die verschiedenen Kulturen existieren im Alltag überwiegend nebeneinander. Es ist zwar viel von kulturellem Austausch die Rede. Dabei wird aber häufig die Illusion aufrechterhalten, daß die unterschiedlichen Kulturen als gleichberechtigte Partner aufeinander träfen. Die Frage der kulturellen Dominanz, also der unterschiedlichen Bewertung und letztlich Hierarchisierung von Kulturen, bleibt ausgeklammert. Eine Diskussion darüber, daß diese kulturelle Dominanz auch einen handfesten, ökonomischen Hintergrund hat, bleibt aus. Wirtschaftliche Macht verleiht Definitionsmacht - auch im kulturellen Bereich - und gleichzeitig eröffnet die Möglichkeit des Kulturexports auch den Zugang zu neuen Märkten. Nicht zuletzt darin liegt die Bedeutung deutscher Kulturpolitik, wie sie beispielsweise durch das Goethe-Institut vertreten wird: Wer deutsch spricht, kauft auch eher deutsch. Und Sprachen sind eine wertvolle Ressource, deren Verbreitung Milliardenprofite verspricht: Der Jahresumsatz für das Produkt »Englisch als Fremdsprache« beläuft sich auf 6 Milliarden Dollar jährlich. Und da kommt dann noch ein ganzer Rattenschwanz anderer Produkte hinterher: englischsprachige Bücher und Zeitschriften, Filme, Computerprogramme etc., über die sich dann wiederum Werte transportieren lassen ...
Ohne die Anerkennung solcher Dominanzverhältnisse ist ein Austausch oder gar gegenseitige Befruchtung nicht möglich. Es ist aber auch durchaus fraglich, ob dies von den Angehörigen der dominanten Kultur tatsächlich gewünscht wird, ob es eine reale Bereitschaft gibt, Eigenes infrage zu stellen und sich damit letztlich auch an der eigenen Dominanz kratzen zu lassen.

ZAG-Redaktion



Der Cosmopolitismus exotischer Küsse

Schlaglichter aus der Multikulturalität des ausgehenden 20. Jahrhunderts



Heute klingelt der funkgesteuerte Wecker aus der Stadt der Weltzeituhr einmal nicht, und die streßgeplagten Großstadtsklaven räkeln sich genüßlich unter den Bettüchern aus chinesischer Seide mit den fröhlich-bunten Ethnomustern aus Ghana – oder war es Zaire? – naja, aus Afrika halt. Noch immer die Last der entfremdeten Arbeitswelt und dieser westlichen Unpersönlichkeit auf den Schultern, wird das französische Croissant in den italienischen Espresso gestippt. Apropos Croissant, Cognac wird natürlich nicht getrunken, wegen den Atomtests, und bei Shell wird auch nicht getankt, weil die haben ja diesen Menschenrechtler aus, na, aus Afrika auf dem Gewissen. Außerdem wird am Wochenende ja sowieso nicht Auto gefahren, wegen der Umwelt. Höchstens mal ins Grüne, mit den Mountainbikes auf dem Dach. Endlich mal raus aus dem hektischen Verkehr und der schlechten Luft. Eigentlich sollte ja sowieso mehr mit dem Nahverkehr gefahren werden. Ist ja auch schön, wenn diese russischen Musiker ihre melancholischen Weisen in den U-Bahnschächten spielen. Ein trauriges Land, aber sie lieben es. Wenn nur diese Hektik nicht wäre, und all diese Bettler mit den aids-kranken Hunden. Und dann diese Roma- (Roma, nicht Zigeuner) Kinder, die sind immer so penetrant. Haben es ja schon schwer, aber wenn sie nicht mal richtig Akkordeon spielen können? Und im Beruf muß man flexibel sein, da ist das Auto dann leider doch unerläßlich, zumal wenn das Häuschen etwas außerhalb liegt. Wegen des Gartens, für die Kinder. Im Auspuff der Kat, drei Wege, geregelt, schon seit Jahren, im Fond die Fahrgemeinschaft, und aus den japanischen Boxen Sisters of Mercy featuring Ofra Haza; offen für Umweltschutz und Kulturaustausch.

Wie die Küche wieder aussieht. Vielleicht doch eine Putzfrau? Aus Polen? Im Kinderladen haben sie ja jetzt auch eine. Zahlen aber völlig korrekt: 12 DM die Stunde. Ist eine nette Frau. Literaturwissenschaftlerin oder sowas. Spricht gut deutsch. Ist froh, daß sie den Job hat, fair behandelt wird. Keine Anmache oder sowas. Angemeldet wollte sie eh nicht, wegen Arbeitserlaubnis und so. Jetzt kriegt sie halt alles Cash auf die Hand, haben wir früher ja auch gemacht, als Studis.

Die Füße tun noch weh, vom Tango gestern Abend. Ob das noch Sinn macht? So gut wie diese Lateinamerikaner werden wir ja doch nie. Die haben es einfach im Blut, obwohl sie so klein sind. Vielleicht doch wieder was Asiatisches, was Meditatives. Oder ganz was Neues. Da, im Kleinanzeigenteil: »*Lomi-Lomi-Nui* (klingt ja lustig), *1,5 Stunden fließende Hawaiianische Massage zum Wohlfühlen, zwei oder vierhändig. Trau dich was Neues.*« Das klingt so friedlich, sonnig, nach Blumenkränzen. Oder doch zum Stadtschamanen mit altem und modernen Wissen für geistige Hilfe. Ob das ein richtiger Indianer ist? Steht aber nichts von drin.

Aber jetzt erstmal ins alternative Reisebüro, wegen dem Winterurlaub. 13. Monatsgehalt, Bezahlung analog BAT, es hat halt alles seine Vor- und Nachteile. Aber Gutes will gut angelegt sein, alles, bloß nix Pauschales. Wir sind schließlich Reisende, keine Touri-

KILROYs UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG
Artikel 17:
„Jeder hat das Recht, an den Ort seiner Wahl zu reisen"



sten. Ski-Urlaub? Lust schon, aber ist das überhaupt noch zu verantworten? Schwierig, schwierig. Aber da: *»Ökologie und Ski? Wir wagen den Spagat! Sanfter Tourismusort im Engadin, körperbewußtes Skifahren durch ›Inner-Skiing‹, Energy, Dance, Yoga, Tai-Chi, vegetarische Vollwertkost.«* Klar, wer im Inneren Ski fährt, der zerstört auch die Landschaft nicht, denn wer will schon sich selbst zerstören? Oder vielleicht doch in die Sonne? *»Afrika: Urlaub einmal anders! Togolesischer Student zeigt sein Land aus eigener Sicht. Individualtourismus.«* So was wie ein Bergführer, sozusagen Luis Trenker für, na, Afrika. Aber wer weiß, was das für einer ist? Kam da nicht dieser Menschenrechtler her, der mit Shell? Vielleicht doch zu heikel. *»Winter in Westafrika? Trommel- und Tanzferien mit Künstlern des Guineanischen Staatsballetts.«* Das klingt doch schon seriöser, professioneller. Außerdem ist Westen immer gut. Obwohl, das mit dem Trommeln ist ja irgendwie so wie das mit dem Tango. Vielleicht doch nicht das Richtige. *»Umweltreisen in über 100 Länder. z.B. Whale-Watching mit Walforschern, 10 Tage ab 1.199 DM.«* Wir haben zwar ein Greenpeace-Förderabo, aber die ganze Zeit nur auf dem Schiff? Und dann sieht man die ja doch nicht mal. Nur höchstens den Strahl und die Schwanzflosse. Da, das ist es doch: *»China-Spezialreisen 96. Reisen und Lernen: Tai-Chi, chin. Kalligraphie und Malerei, Kochen nach den Prinzipien der 5-Elemente-Knche, Gesundheitsaufenthalt mit trad. chin. Medizin.«* Asiatisch. Meditativ. Ganzheitlich. Direkt vor Ort. Aber die Amnesty-Kritik am Kohl-Besuch? Obwohl, die Weltfrauenkonferenz war ja auch in Peking. Und schließlich lassen wir uns nichts vormachen. Wir haben schließlich geschulte kritische Blicke. Spannend, auf jeden Fall. Das nehmen wir.

Jetzt erstmal zum Italiener an der Ecke, ein bißchen Kufta essen. Der Chef ist aus Beirut, hinkt, hat wahrscheinlich was mit diesem furchtbaren Bürgerkrieg zu tun, denkt ja heute kein Mensch mehr dran. Hat vermutlich viel durchgemacht, trotzdem immer fröhlich. Irgendwie kommt die arabische Mentalität besser mit Schicksalsschlägen zurecht. Liegt vermutlich an der anderen Kultur, und am Islam. Hat nämlich auch seine guten Seiten, sind nicht alles Fanatiker. Richtig bunt hier. Und gar nicht teuer. Essen ist auch gut. In der Küche arbeiten Schwarze. Keine Neger! Aus Afrika. Die Blumenverkäufer aus, aus, also die tamilischen Blumenverkäufer werden hier auch gut behandelt. Keine Pöbeleien. Hin und wieder kaufen wir auch eine. Eher aus Solidarität, als wegen der Blumen. Heute aber nicht, sind wirklich völlig gammelig.

Jetzt noch fix in die Patisserie, den Kleinen was mitbringen. Können ja nicht immer nur Vollkornzeug essen. Wir nämlich auch nicht. Aber was hängt da am Tresen?

»Frische Negerküsse, 50 Pfennig.« Freundlich, aber bestimmt weisen wir den Verkäufer auf diesen Faux Pas hin. Schuldbewußt greift er sofort zum Filzstift:

»Frische NegerInnenküsse, 50 Pfennig«.

Jürgen Temming, ZAG Redaktion

Sämtliche Zitate (bis auf die Küsse) sind dem Kleinanzeigenteil des Berliner Stadtmagazins »Zitty« Nr. 24/1995 entnommen. Bild unten aus: »Menschenfresser Negerküsse«, ElefantenPress

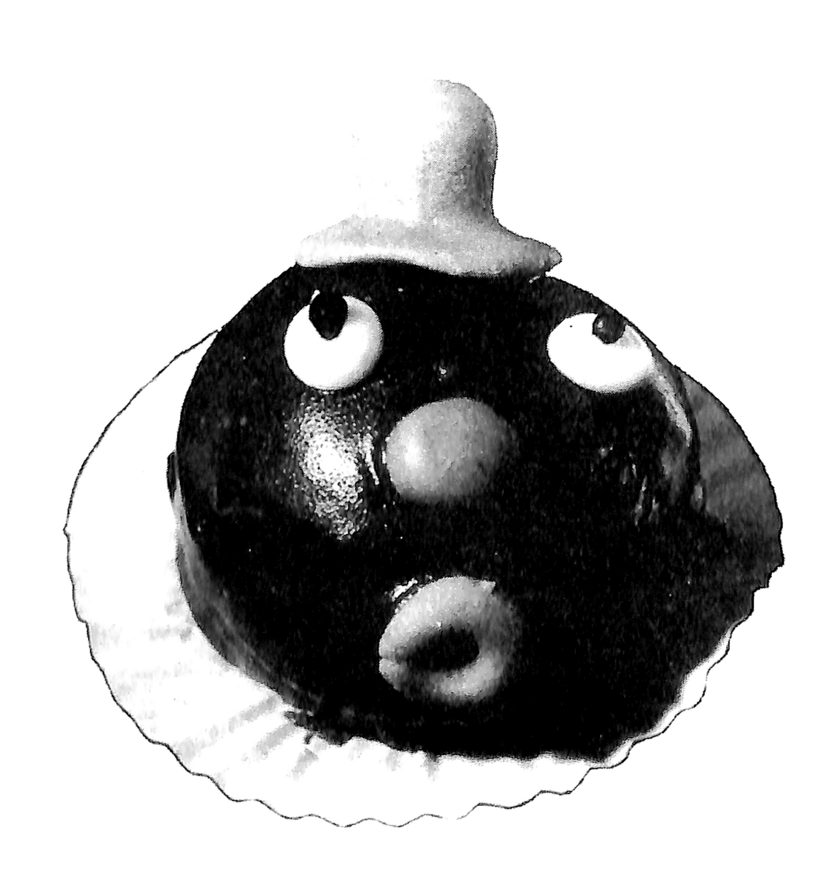




Foto: Bildarchiv Kappa / SKY

Die Grenzen der interkulturellen Toleranz

Ein Streitgespräch über die Kopftuchfrage

Das folgende Interview führte ZAG mit Ulrike Harnisch, die maßgeblich an der Durchsetzung und Konzipierung der zweisprachigen Erziehung in Berlin und besonders der Spreewald-Grundschule beteiligt war und diese auch zur Zeit noch wissenschaftlich begleitet, und Sanem Kleff, der Vorsitzenden des Landesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten der GEW Berlin, die auch Lehrerin an einer Tempelhofer Hauptschule ist.

ZAG: Die Spreewaldschule ist in Berlin bekannt für ihr Konzept der interkulturellen Erziehung. Warum wurde gerade an dieser Schule ein Kopftuchverbot ausgesprochen?

Ulrike Harnisch: An der Spreewaldschule existiert ein Schulversuch bzw. inzwischen ein Schulmodell zur zweisprachigen Erziehung für Kinder der türkischen Muttersprache. Diesen Schulversuch begleite ich seit 1984 als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Ich bin integriert in das Kollegium der Schule, kenne fast alle Klassen und beobachte die Kinder beim Spracherwerb auf deutsch und auf türkisch. Ich entwickle mit den LehrerInnen zusammen Unterrichtskonzepte und Unterrichtsmaterial.

Die Diskussion um das Kopftuch kenne ich, seit ich an dieser Schule bin. Die Geschichte des Kopftuchverbots in der Hausordnung ist jedoch älter als meine Geschichte an dieser Schule, denn es wurde bereits 1980 in die Hausordnung aufgenommen, daß Kopfbedeckungen in den Schulräumen nicht getragen werden sollen. Das gilt auch für Mützen, Hüte und andere Kopfbedeckungen. Bei dieser Gelegenheit wird auch immer darauf aufmerksam gemacht, daß Kopfbedeckungen nicht sehr höflich sind, wenn man sich gemeinsam in einem Raum versammelt. In diesem Zusammenhang stand dann der Hinweis, daß wir Kopftücher an der Schule nicht haben wollen.

Gab es einen aktuellen Anlaß für diese Entscheidung?

Harnisch: Nein, es gab nur eine pädagogische Diskussion darüber, ob man das eigentlich zulassen soll, daß so junge Kinder schon dieses religiöse Symbol tragen sollen und da meinten wir, das sollte man möglichst zurückweisen. Wir wollten nicht zulassen, daß die Kinder von den Eltern dazu gezwungen werden. Dazu kam die Überlegung, daß die Kopftücher im Sportunterricht und beim Toben auf dem Hof nicht so günstig sind - vielleicht war das auch eine Schutzbehauptung. Das zweite pädagogische Argument war: Wir würden es sonst zulassen, daß die Kinder ausgegrenzt werden. Damals reagierten die deutschen Kinder noch so, daß Kinder mit Kopftüchern ausgelacht wurden. Das ist 15 Jahre her, heute machen sie das hier nicht mehr.

Damals gab es noch keine so massiven Konflikte um dieses Thema wie heute.

Die Kopftuchfrage ist in den 15 Jahren seit Verabschiedung dieser Regel immer wieder, entsprechend der geänderten Situation, diskutiert worden. Wenn neue Lehrerinnen in das Kollegium kamen, haben sie danach gefragt, und wir haben es immer wieder gerechtfertigt. Die Meinung blieb aber beim Verbot. Die Mehrheit war also immer dafür.

Wie haben die Eltern auf die Schulordnung reagiert?

Harnisch: Erstaunlicherweise haben in 15 Jahren Schulgeschichte nur fünf mal Eltern darum gebeten bzw. ge-







fordert, daß das Kopftuch zugelassen werden soll. Das ist sehr wenig. Die Kinder blieben danach auf der Schule und kamen ohne Kopftuch. Wir haben keinen bösen Konflikt erlebt. Im Jahr 1987 forderte einmal eine religiöse Elterngruppe, daß der Sexualkundeunterricht an der Schule abgeschafft werden muß und daß die türkische Lehrerin dazu verpflichtet werden müßte, islamischen Moralunterricht zu machen. Der Sportunterricht sollte auch nicht mehr gemeinsam mit Jungen stattfinden – es ging um die dritte und vierte Klasse. Diese Forderung trug dazu bei, daß im Kollegium die Meinung bestärkt wurde, zu versuchen, diesen religiösen fundamentalistischen Einfluß aus der Schule herauszuhalten. Wir waren immer bereit zu diskutieren, wollten aber einen starken Einfluß vermeiden, weil es hier um Konsequenzen geht, die keiner wünschen kann. Gerade für Kinder aus dem islamischen Raum ist der Sexualunterricht ein ganz wichtiges Thema, und wir halten es für notwendig, daß er seine aufklärende Funktion erfüllen kann. Wenn Eltern so etwas für ihre Kinder nicht wünschen, setzen wir uns mit ihnen darüber auseinander. Besonders die drei, zeitweise auch vier türkischen Kolleginnen, die wir an der Schule haben und die sehr engagierten Unterricht machen, haben das immer ganz deutlich gemacht, daß sie gegen Kopftücher in der Schule sind, da sie auch selber davon betroffen sind. Ihre Position läßt sich so beschreiben: Wenn 11- bis 12-jährige Mädchen mit Kopftüchern in die Schule kommen, werden sie nach und nach auch darüber sprechen wollen, warum wir als Lehrerinnen keine Kopftücher tragen. Sie werden – da gibt es auch an anderen Schulen Erfahrungen – andere Mädchen diskriminieren, sie werden sagen, die Mädchen ohne Kopftuch sind Huren und werden das Klima an der Schule vergiften und auch uns weibliche Lehrerinnen selbst angreifen, die überhaupt nie ein Kopftuch getragen haben und auch nie eins tragen werden. Diese Meinung der türkischen Lehrerinnen hat den Ausschlag gegeben, denn wir sind der Meinung, bei diesen Dingen haben die als erste was zu sagen, weil wir das viel schlechter beurteilen können als sie.

Welchen Einfluß hat die Entwicklung eines politischen, fundamentalistischen Islam auf diese Entscheidung gehabt?

Harnisch: Die politischen Entwicklungen machen uns sehr hellhörig: In der Türkei vor allem der Einfluß der Refa Partesi, er wächst und wächst. Diese Entwicklung ist ja auch verbunden mit der Durchsetzung des Kopftuchs in der Schule und in den Universitäten in der Türkei. Diese Richtung geht nicht mit demokratischen Erziehungszielen überein. Unser Hauptauftrag ist es, alle Kinder zu mündigen BürgerInnen dieser Gesellschaft zu erziehen, und die Ziele der Refa partesi sind dem völlig entgegengesetzt. Man sollte keine Signale geben, die diese Richtung unterstützen.

Sanem Kleff: Wir haben nun eine andere Situation als in den 80er Jahren. In dieser letzten Zeit hat sich nicht nur hier viel verändert, sondern auch in den Herkunftsländern. Nicht nur in der Türkei, sondern auch in Algerien, Marokko, dem Iran und dem Irak sehen wir, daß die Entwicklung des Islam zu einer politischen Bewegung neue Dimensionen angenommen hat. Diese Fragen und Probleme – es geht nicht nur um das Kopftuch – müssen daher alle paar Jahre neu diskutiert werden.

Warum setzt die Schule das mit einer Verordnung durch? Es ist deutlich geworden, daß Sie den Konflikt in der Spreewaldschule ständig austragen und darüber diskutieren, daß diese Regel letztlich nicht einfach nur gesetzt wird. Die Frage ist dann aber, warum eine Regel nötig ist?

Kleff: Ich will und kann nichts zur konkreten Situation an der Spreewald Grundschule sagen, weil ich nicht dabei war und diese langen Diskussionen nicht kenne. Das Problem ist ja nicht auf diese Schule beschränkt, sondern wir stoßen bundesweit an vielen Schulen auf die gleiche Frage. Laut Schulordnung sind an dieser Schule alle Kopfbedeckungen verboten worden, nicht nur das Kopftuch.

Es gibt andere Schulen, die ausdrücklich nur eine Form der Kopfbedeckung verbieten, wie z.B. die Baseballcaps. Sie reduzieren das Verbot nur auf eine Form, weil sie gerade mit den Trägern dieser Kopfbedeckung Schwierigkeiten haben. Vielleicht sind dort Jugendliche, die sich auch in Gruppen organisieren und sich Symbole wie bestimmte Mützen oder Jacken zulegen. Jeder bekämpft also die Kopfbedeckung, deren Träger ihm gerade Probleme bereiten. Es ist also kein einmaliges Problem hier.

Ich möchte aber auch eine andere Schiene in die Diskussion einbringen, um somit etwas wegzukommen von der engen Debatte: Kopftuch ja oder nein.

Es ist doch so, daß die meisten der Fragen, die im Zusammenhang mit den Kopftüchern auftauchen, eigentlich auch an vielen anderen Stellen auftreten. Dennoch diskutieren wir sie - aus welchen Gründen auch immer - öffentlich am liebsten und ausführlichsten am Beispiel des Kopftuchs und des fundamentalistischen Islams, der regelmäßig dahinter vermutet wird.

In Wirklichkeit haben wir alle ein viel allgemeineres Problem: Wir haben das Problem, in einer Gesellschaft zu leben - nicht nur in Deutschland - die unheimlich heterogen ist, vielleicht so vielfältig wie noch nie in der Menschheitsgeschichte. Das betrifft Sprachen, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen.

Die Frage ist die: Wie kriegen wir das alle miteinander hin, daß wir gemeinsam in der Gesellschaft leben und es dennoch nicht dazu kommt, daß jeder macht, was er will, ohne sich um die anderen zu kümmern? Daß wir eine Art gemeinsamer Basis haben, an der sich alle zu orientieren haben, die aber auch allen zumutbar ist. Wo ist der Minimalkonsens, wie finden wir den?

Ich meine, daß wir es hier noch nicht geschafft haben, uns darauf zu einigen, was dieser Minimalkonsens ist, der für alle verbindlich ist, und was darüberhinausgehend durchaus zu tolerieren ist.

Aus meiner Sicht wären die Menschenrechte das, was ich als verbindlich sehen will für eine demokratische Gesellschaft.

Das bedeutet für mich am Beispiel Kopftuch: Mich stört es persönlich nicht, und ich halte es für absolut tolerierbar, daß Menschen mit Kopftuch, mit einem Kreuz um den Hals, mit einer Baghwan-Kette oder mit einem anderen Zeichen ihres Glaubens in einer Gemeinschaft öffentlich auftreten. Diese Toleranz hört in dem Moment auf, wenn diese Menschen anderen gegenüber, die nicht so sind wie sie, Druck ausüben. In diesem Fall also, wenn die Kopftuch tragenden Mädchen auf Mädchen ohne Kopftuch Druck ausüben. Dann wird ein falsches Spiel gespielt: Einerseits für sich in einer Gesellschaft Toleranz zu fordern und selbst gar nicht die Absicht zu haben, tolerant zu sein. Wenn ich mir die Weltanschauung solcher Gruppen und politischen Bewegungen ansehe, finde ich dort wenig Toleranz - im Gegenteil. Es mag etwas weit hergeholt sein, aber da sehe ich doch, bis zu den Spitzen der Morddrohungen gegen Salman Rushdie, wie alles zusammengehört.

In diesen Fragen haben wir alle noch keine angemessenen Antworten gefunden.

Wie sehen Sie konkret die Auseinandersetzung um das Kopftuchverbot in den Schulen?

Kleff: Ich plädiere nicht dafür, ein Verbot festzuschreiben, weil ich nicht weiß, wie so etwas durchzusetzen ist, um bei den praktischen Argumenten zu bleiben. Lehrer und Erwachsene sollten immer nur die Verbote aussprechen, die sie dann auch durchsetzen können. Ich verbiete etwas nicht wirklich, wenn ich das Verbot nicht auch durchsetzen kann. Ich kann mir das nur sehr schwer vorstellen: Was macht Ihr eigentlich, wenn jetzt ein Kind doch mit Kopftuch kommt?

Harnisch: Wir machen dann ein Gespräch zwischen vier Beteiligten: Den Eltern, der Schulleiterin, der Klassenlehrerin und der türkischen Lehrerin. Bisher ist das immer sehr friedlich verlaufen. Ich will aber noch einmal erklären, warum man das in die Hausordnung aufgenommen hat. Die Hausordnung schützt die einzelnen LehrerInnen davor, persönlich angegriffen zu werden. Dies ist ein wesentliches Argument der türkischen Kolleginnen. Wenn sich nämlich eine türkische Kollegin gegen das Kopftuch ausspricht, ist sie durchaus gefährdet, Drohanrufe und anderes kön-


Foto: Dario N. Azzelini

nen folgen. Das ist der Hauptgrund, warum man das in der Hausordnung hat - so scheinbar objektiviert. Dann kann der einzelne Lehrer darauf verweisen.

Welche Rechtsgrundlage gibt es für dieses Verbot eigentlich? In Deutschland ist im Gegensatz zu Frankreich das Kopftuch erlaubt.

Harnisch: Juristisch ist sowas natürlich überhaupt nicht zu halten. Wir haben ja das Urteil, daß Kopftücher zugelassen werden müssen in Schulen. Wenn jetzt ein Vater dieses Interesse ganz konsequent verfolgen und gegen die Schule klagen würde, würde sein Kind die Erlaubnis bekommen, mit Kopftuch zu erscheinen. Das wissen wir.

Kleff: Ich versuche meine Bedenken zu verdeutlichen, indem ich von dem Kopftuch weggehe: Denkbar wäre zum Beispiel, daß an einer Schule das Verbot ausgesprochen wird, Springerstiefel zu tragen, da sie als Ausdruck einer bestimmten politischen Einstellung angesehen werden.

Wie setze ich das aber in der Praxis durch? Es stellen sich eine Menge Fragen: Was sind Springerstiefel? Welche Stiefelform kann noch angenommen werden und welche nicht? Die Übergänge sind fließend. Wo müssen die Springerstiefel ausgezogen werden, vor dem Klassenzimmer oder auf dem Hof? Und es tragen vor allem nicht nur Nazi-Skins Springerstiefel!

Die Stellung dieser Schule in der Gesamtlandschaft aller Schulen spielt auch eine wichtige Rolle: In der Grundschule kann sich ein Kind nicht aussuchen, an welche Schule es kommt. Jede Schule hat ihren Einzugsbereich, und da muß das Kind auch hin. Wenn ein Kind nun an eine Schule kommt, an der gerade Springerstiefel verboten sind, dann ist es nur Zufall.

Verbote haben natürlich auch unterschiedliche Hintergründe: Während das Kopftuch vor allem einen religiösen Hintergund hat, der durch die Meinungs- und Glaubensfreiheit geschützt ist, stehen Springerstiefel für eine politische Haltung, die außerhalb der demokratischen Grundordnung steht.

Da die Kinder sich ihre Grundschule nicht aussuchen können, ist es gerade im religiösen Bereich doppelt und dreifach so schwer zu sagen: Wir schreiben irgendwelche Formulierungen fest, die es im Grunde genommen nicht mehr zulassen, daß religiöse Vorstellungen nach außen hin gezeigt werden. Das ist problematisch. Wenn man das meint, dann man muß man auch die Kreuze verbieten, die die Kinder umhaben, oder die Käppis, die Malas und die Zeichen der anderen Gruppierungen.

Was eigentlich bekämpft werden soll, ist doch nicht das Kopftuch an sich, sondern die politische Haltung, die dahinter - berechtigter- oder unberechtigterweise - vermutet wird.

Wir hauen auf das Kopftuch ein und meinen eigentlich den Einfluß fundamentalistischer Islamisten.

Ich bin nicht der Meinung, daß das Verbieten irgendeiner Kleidung oder eines Symbols dazu führt, daß man das eigentliche Übel behebt. Wie jetzt deutlich wurde, geht es ja nicht um das Kopftuch, sondern um die politische Position oder Weltanschauung, die damit verknüpft und transportiert werden soll, die sich nach außen demonstrieren will: Wir sind hier, wir werden immer mehr!

Auch ich halte die Weltauffassung, die hinter den politischen Bemühungen mancher islamischer Gruppen steht, nicht für demokratisch, dennoch meine ich, daß Verbote erstens kein effektives Mittel sind, und zweitens, daß das Grundrecht auf freie Religionsausübung davon nicht berührt werden darf.

Diese Schulregel wird an Ihrer Schule besonnen ausgeführt, wie sie sagen, aber wie fänden Sie es, wenn andere – konservative, autoritärere – Schulen auf die Idee kämen, Ihrem Beispiel zu folgen, weil sie sagen: Die Spreewaldschule hat ja so einen guten Ruf wegen der interkulturellen Erziehung.

Harnisch: Das würde mir nicht gefallen. Das wäre ein Problem. Ich würde dem auch hier nicht zustimmen, wenn das Kollegium nicht vertrauenswürdig wäre in dieser Frage. Wir sind kein Kollegium, das irgendwie rassistisch orientiert ist oder ausländerfeindlich, es gibt ein ganz großes Engagement gerade für türkische SchülerInnen.

Ein großer Teil des Kollegiums ist feministisch orientiert und will das Kopftuch als Zeichen der Unterdrückung der Frau nicht haben - gerade nicht für kleine Mädchen.

Viele Frauen tragen das Kopftuch aber aus anderen Gründen.

Harnisch: Das ist der Grund, warum wir meinen, in der Sekundarstufe I und II dürfte man so nicht entscheiden. Bei Mädchen, die meinen, daß sie geschützt sind unter dem Kopftuch und sich zum Islam bekennen wollen, ist das etwas anderes.

Das Kopftuch wird diskutiert und nichts anderes. Warum kommt das Kopftuch immer wieder in die Diskussion?

Kleff: Zum einen gibt es praktische Gründe: Ein Kopftuch ist leichter zu erkennen als ein Kreuz um den Hals. Es hat auch historische Hintergründe: Das Kopftuch ist ein Symbol für eine früher außereuropäische Kultur. Die Sensibilität der Europäer ist deswegen hier größer. Etliche Entwicklungen in den islamischen Ländern müssen auch zu Befürchtungen führen, weil es tatsächlich negative Entwicklungen sind. Daß der Islam zu einer politischen Bewegung umgemodelt worden ist, der seinen Einfluß in anderen Gesellschaften ausbreiten will. Ein Beispiel dafür ist Frankreich und Algerien. Da ist der Hintergrund zu deutlich. Da wir in Deutschland diese Verhältnisse momentan nicht haben, diskutieren wir über das Kopftuch und nicht über die fanatischen Islamisten. Vor allem gibt es auch andere undemokratische Gruppen in der Schule: Z.B. die LehrerInnen, die dem Opus Dei oder anderen Sekten angehören. Deren Weltbild ist kein bißchen demokratischer als das dieser islamischen Gruppen. Sie werden aber nicht so beachtet wie der Islam.

Die deutsche Gesellschaft hat ihren Anteil daran, da sie nur bzw. mehr die radikalen Gruppen wahrnehmen. Das verstärkt die Entwicklung. Es ist eine Frage der Wahrnehmung.

Kleff: Ich möchte an dieser Stelle noch ein scheinbar anders gelagertes Problem ansprechen. Bestimmte feministische Ansätze und die Sichtweise des Islam überschneiden sich in einigen gemeinsamen Forderungen. Von feministischer Seite wird gefordert, die Koedukation aufzuheben. Das Ergebnis - die getrennte Erziehung - ist auch ein integraler Bestandteil des islamischen Weltbildes. Der geht sowieso davon aus, daß Mädchen

und Jungen unterschiedlich sind und daher auch getrennt erzogen und beschult werden sollten. Bestimmt gibt es hier etliche Argumente, die auch nachvollziehbar sind. Ich möchte das Endergebnis infrage stellen: Ist das Auseinanderdividieren mit dem demokratischen Erziehungsauftrag zu verbinden? Wenn Jungs und Mädchen, Frauen und Männer voneinander getrennt werden sollen, kann man auch sagen: Warum soll man nicht Kinder nach ihrer unterschiedlichen Herkunftssprache trennen, Kinder mit und ohne Behinderung trennen und so weiter? Diese Herangehensweise ist nicht meine. Hinterher sind alle auseinanderdividiert.
Wenn man das Argument an einer Stelle annimmt, muß man auch konsequent und ehrlich genug sein, es in allen denkbaren Bereichen durchzuspielen und auch anzunehmen.

Es muß doch eine feministische Forderung nicht schlecht sein, weil Muslime sie auch gut finden.

Kleff: Sicherlich. Auch bei islamischen Gruppen gibt es natürlich Vorschläge, die bedenkenswert sind, aber man muß sich eben überlegen, zu welchen Konsequenzen sie führen.
Man muß vor allem die Forderungen aus unterschiedlichsten Richtungen gleichermaßen kritisch und langfristig durchspielen und abchecken, ob sie demokratisch sind. Das heißt: nicht die Vorschläge von Muslimen vorschnell abqualifizieren, weil sie von der vermeintlich falschen Seite kommen. Sie sind nicht schlechter als gleichlautende Vorschläge anderer Gruppen, z.B der feministischen Seite.

Harnisch: Darum geht es bei uns in der interkulturellen Erziehung. Wir beziehen islamische Elemente positiv mit ein. So zum Beispiel das Gebot, daß man mit den Armen teilen soll. Trotzdem gibt es die Entscheidung gegen das Kopftuch, denn in dem Symbol ist die Diskussion nicht mehr vorhanden. Wenn das Tuch erstmal sitzt, ist die Abgrenzung erstmal da, die wir nicht wollen. Wir wollen alles gemeinsam besprechen, was die Kinder berührt.
In der Schule wird auch über das Fasten diskutiert. Bei den Aleviten gibt es andere Fastenregeln als bei den Sunniten. Sie fasten u.a. kürzer. Alevitische Mädchen und Frauen tragen auch kein Kopftuch. Auf die wird manchmal Druck ausgeübt. Es gibt untereinander Hierarchien. Die sunnitischen Kinder sagen: Wir machen es richtig, ihr macht es falsch, das ist ja Heidentum. Das ergibt eine aggressive Stimmung.

Es entsteht der Eindruck, Sie wollen den Konflikt aus der Schule raushaben. Die Schule ist jedoch ein besserer Austragungsort als der Spielplatz. Wir sehen das Verbot deswegen kritisch.

Kleff: Diese Schule hat sich diesen Fragen aber gestellt. Andere Schulen tun das nicht.

Harnisch: Vielleicht hat dies dazu beigetragen, daß das Kollegium sich getraut hat, das zu machen.

Irmgard Geyer, Heidje Beutel, ZAG-Redaktion

Body Count / Ice-T



»An alle Jugendlichen, die in Deutschland leben: Jeder fünfte Deutsche ist ein Hitler.«

Was ist MigrantInnen-HipHop? Multikulti-Sound? Müssen Migranten, meistens sind es ja männliche Jugendliche, dazu in ihrer Sprache rappen? Geht es um bestimmte Inhalte? Müssen vermeintlich exotische Musiksamples in die Musik eingebaut werden?

Die musikalische Ausdrucksform zu der kulturellen Mischung, die viele MigrantInnen in sich tragen, zu finden, ist schwer. Oft wird Kultur dabei flugs zur Folklore für die eigene Community oder die einen umgebende Gesellschaft. Hat die Kultur einer bestimmten ethnischen Gruppe keine Verbindung mehr zum realen Alltag der entsprechenden Gemeinschaft und dient nur der puren Inszenierung, dann ist sie nicht mehr als Folklore. So wie die andalusischen Abende für deutsche Touristen auf Ibiza oder bayerische Trachtengruppen in Schloß Neuschwanstein bei »see Europe in twelve days«. Der einzige Unterschied besteht darin, daß »Multi-kulti« auch von deutschen Linken, progressiven Liberalen und der Künstlerszene geschätzt wird. Der exotische Ausländer ist interessant: Indische Entspannungsmassagen, türkischer Imbiß, arabische Musik, italienische Schuhe, Espresso usw. Bei den Ausländerfreunden, ein typisch deutsches Gegenstück zu den Ausländerhassern, ist der Kanacke beliebt, der den wahrlich tristen grauen deutschen Alltag bunter macht.

Mit HipHop ist scheinbar zum ersten Mal die Möglichkeit gegeben, Musik zu machen, in die Einflüsse aus der bruchstückhaft und verzerrt gelebten und erlebten Ursprungs- bzw. Elternkultur eingehen. Die Musik kann im eigenen, bekannten und vertrauten Rahmen präsentiert werden: unter Freunden, von Jugendlichen, deren Eltern aus verschiedensten Ländern und Regionen dieser Erde kommen. Die musikalischen Darbietungsmöglichkeiten sind nicht beschränkt auf die eigene Community (Tarantella tanzen im italienischen Kulturverein) oder auf ein deutsches Publikum in den unterschiedlichen Ausführungen Hippie, da-war-ich-mal-im-Urlaub, Esoteriker, weltoffene LehrerInnen und linke moralisch-politisch zwangsmultikulti-Konsumenten. In HipHop-Texten können lange Geschichten verbraten werden. Und eines der wichtigsten Merkmale: HipHop kann jeder und jede machen (2 turntables and a microphone). Er bedarf keiner großen finanziellen Mittel und ist daher auch dazu prädestiniert, zur musikalischen Ausdrucksform sozialer Unterschichten zu werden

HipHop als Widerstandsform?

Wenn ich HipHop mache, breche ich mit der Welt meiner Eltern und mit der Rolle, in der mich die deutsche Gesellschaft gerne sieht. Ja? Nein, nicht wirklich und nicht immer. Es ist ein schmaler Grat, auf den man sich begibt. Die Akzeptanz gegenüber poppigen »Tanznegern« á la Dr. Alban beruht auf den gleichen rassistischen Klischees, auf Grund derer Horden von Snap-hörenden Nachwuchsrassisten dem nigerianischen Asylbewerber auf die Fresse hauen. Deshalb hat letztendlich auch ein Ex-Nazi, wie der Sänger von Ace of Base (der heute partout nicht mehr verstehen kann, wie er mal mit ausgestrecktem Arm solchen Unsinn brüllen konnte) mehr Erfolg.

Doch auch mit der Übernahme des Kapuze-tief-ins-Gesicht-ich-bin-kriminell-bösen-Blicks aus der US-amerikanischen Rap-Welt läuft man Gefahr, sich so zu präsentieren, wie »der Deutsche« sich den Ausländer in seinen Alpträumen vorstellt: böse, gewalttätig und gefährlich. Wobei es heute sicher ganz o.k. ist, wenn bestimmte Deutsche in Anwesenheit von Migranten

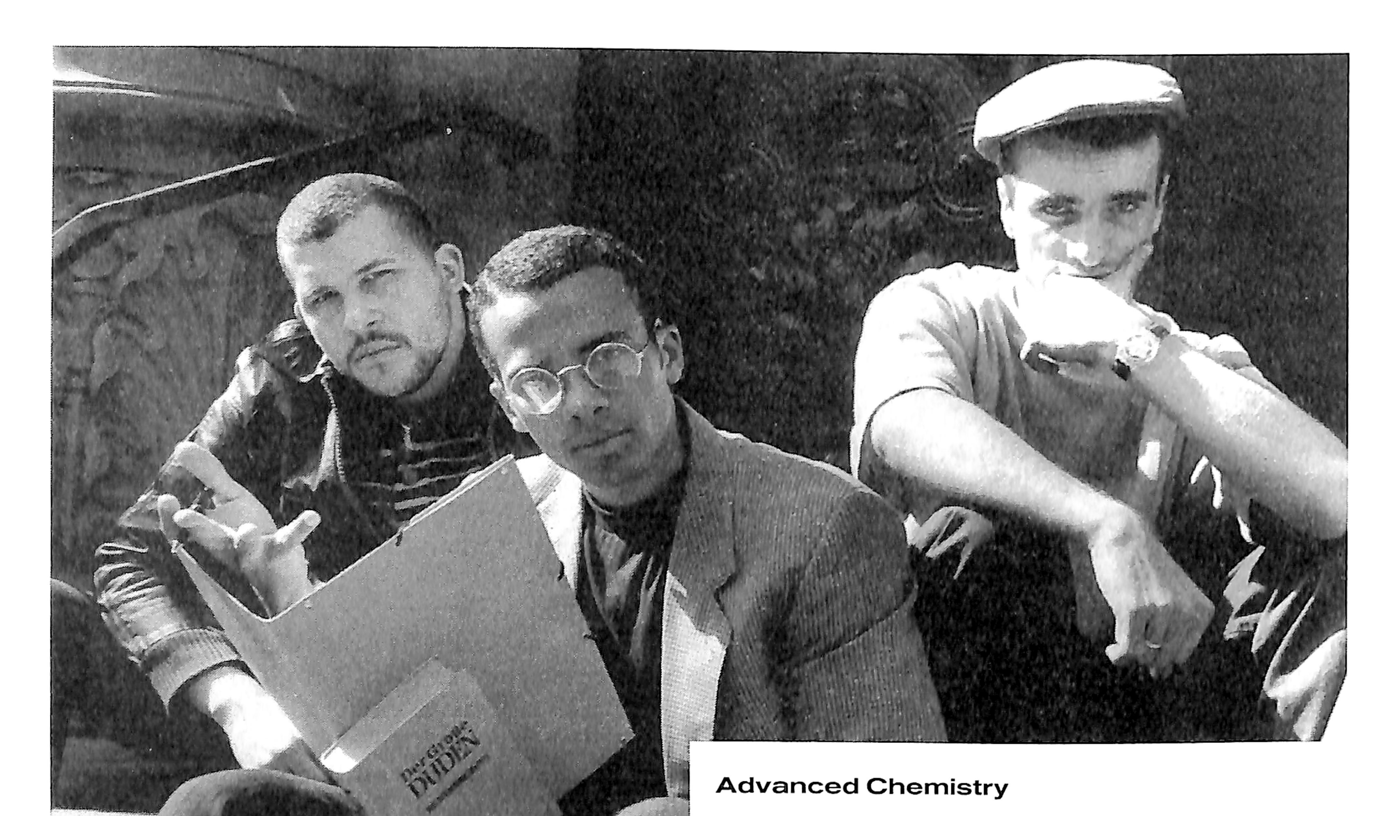
erstmal grundsätzlich Angst haben, auf die Fresse zu kriegen, wenn sie etwas Falsches sagen.
Nicht zuletzt ist »Multi-kulti« jedoch auch einfach verkaufsförderndes Attribut. In Zeiten wiederauflebender teutonischer Rückbesinnung präsentiert man sich gerne mondän. Schmelztiegelgefasel begeistert breite Schichten liberaler Schwätzer. Und wenn man sich über den schwarzen DJ im In-Club irgendwie mit den Leidenden weltweit solidarisieren kann, ohne weiter von Leuten belästigt zu werden, die ganz andere Musik hören und ziemlich unhip gekleidet sind, ist das ganz schön praktisch.
So wurden die Berliner **Reality Brothers** als besonders multikulturell in den Medien gepusht. Die MusikerInnen der Reality Brothers kommen aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Ghana und den USA und singen auf Englisch, Französisch und Spanisch. Die Musik ist eine Mischung aus HipHop, Cool Jazz, Ragga und Soul, typischer Clubsound, wie er von Berlin über London und Paris bis New York überall gespielt werden könnte. Das vermeintlich »multikulturelle« (wobei ich immer noch nicht weiß, was das überhaupt aussagt) an den Reality Brothers ist mir nicht klar. Einheits(club)kultur hat ja nichts mit Multikultur zu tun. Wie sehr die Reality Brothers kulturelle Grenzen überwunden haben, wurde mir dann bei einem Open-Air-Auftritt der Brüder klar, bei denen eigentlich eine Schwester für den Gesang hauptverantwortlich zeichnet. Die multinationale Bruderschaft steht auf der Bühne und wird vom stark von linker Szene durchsetzten Publikum bejubelt, während es auf Spanisch tönt: »Ich brauch ein Mädel, das auf die Knie geht und mir einen bläst ...«.
Bei der Betrachtung verschiedener HipHop-Crews, die (teilweise) aus MigrantInnen bestehen, stellt sich als erstes das Problem, nach welchen Kriterien (musikalisch, politisch) sie eingeordnet werden sollen. Ganz weg fallen in diesem Artikel die HipHop-Crews, in denen MigrantInnen mitwirken, dies aber weder textlich, noch durch die benutzte Sprache erkennbar ist. Die Auswahl in diesem Artikel ist auch eher zufällig und auf einige bekanntere Crews beschränkt.

Reality Brothers



»Gegen Nazis« – muß sein!

So gut wie alle HipHop-Crews, in denen MigrantInnen mitmachen, haben mindestens einen Song, der sich gegen Nazis und Rassisten richtet. Textlich werden die Nazis, meist als Nazi-Skins auftauchend, sehr hart angegangen. Dies hängt mit der unmittelbaren Betroffenheit zusammen und sagt sehr wenig über die tatsächliche politische Einstellung der Gruppe aus. Meist haben die Crews sowieso nur sehr vage politische Vorstellungen, doch das »Gegen Nazis« eint fast alle. Auch türkische Faschisten (aus dem Umfeld der Grauen Wölfe) sind gegen deutsche Nazis. Oftmals taucht unter türkischen rechtsextremen Jugendlichen die Position auf, gemeinsam mit anderen (auch deutschen Linken) gegen deutsche Nazis vorzugehen, die eigene politische Einstellung respektive der Politik des Herkunftslandes sei jedoch ihre eigene Sache und habe damit nichts zu tun.
Ein Song gegen Nazis findet sich auch bei *Variety Pac*. Die Crew aus Frankfurt am Main und Umgebung spielt größtenteils langsamen und von jazzy Grooves beeinflußten, für Frankfurt am Main typischen HipHop. **Variety Pac** bestehen aus Fast H, Sohn marokkanischer Eltern und Trumpet aus Zaire. Den Rappern, die mit »laber mir kein Ohr« (Ruff'n'Raw) eine 12-Track-CD + drei Remixes veröffentlicht haben, ist der hessische Akzent bei ihren deutschen Rhymes deutlich anzuhören. Musikalisch sind die Tracks recht einfach gestrickt, die Stimme leider zu leise aufgenommen, im großen und ganzen nicht schlecht, aber auch nichts Besonderes. In den Texten wird Ghetto-Flair vorgespielt: *»Heut' ist die Nacht, die Nacht wo es richtig kracht, ich treffe meine Jungs um Mitternacht am U-Bahnschacht (...) und jede Nacht geht es in der Frankstadt oberkrass ab, vor den Morgenstunden macht hier keiner schlapp, Junkies sind unterwegs (...) HipHop-Konsumierer chillen durch die Stadt, Bullen die uns an die Wand klatschen ...«*
In »Brüder und Schwestern«, dem Song gegen Nazis, werden in wenigen Sätzen Alltagserfahrungen mit Bullenschikanen und rassistischen Gaffern beschrieben. Dagegen hält Variety Pac, daß ihre Eltern sich in Deutschland kaputtgearbeitet haben. Ein bedenklicher Diskurs, was ist mit jenen, deren Eltern noch nicht hier gearbeitet haben? Bedenklich wird es auch, wenn Trumpet auf seine zairische Herkunft verweist: *»geboren als Sohn eines Militärs hätt' ich's in meinem eigenen Land nicht so schwer, da wäre ich respektiert und angesehen...«* Ich zitiere aus dem amnesty international Jahresbericht 1994 über Zaire: *»Mehrere hundert unbewaffnete Zivilpersonen wurden von Soldaten extralegal hingerichtet. Einige starben als Regierungstruppen gegen friedliche Demonstranten vorgingen oder Vergeltungsmaßnahmen für Übergriffe von Zivilisten durchführten, andere kamen bei Ausschreitungen meuternder Soldaten ums Leben.«* Soviel zum Respekt...
Doch zurück zum Start... Die erste HipHop-Crew aus der BRD, die etwas be-



Advanced Chemistry

kannter wurde und in der Migranten mitspielen, ist **Advanced Chemistry** aus Heidelberg. Sie erlangten Popularität mit ihrem naiven antirassistischen Song »Fremd im eigenen Land«, in dem sie, als Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft bzw. schwarze Deutsche, den Besitz eines »grünen Passes mit goldenem Adler drauf...« betonen. Auch mit anderen Texten wird immer wieder deutlich, warum Heidelberg als Hochburg eines sozialdemokratisch-sozialkritischen HipHop bezeichnet werden kann. Zwar nehmen sich die drei Heidelberger immer wieder wichtiger politischer Themen an und ihre Texte sind dabei keineswegs platte Parolendrescherei, jedoch verschwimmen die politischen Positionen in einem sozialdemokratischen Wischiwaschi.
Mit »Advanced Chemistry« (360°/Alternation) hat die gleichnamige Crew auch gerade eine Scheibe veröffentlicht, auf der insgesamt 16 Stücke zu hören sind. Einige stammen von Maxi-Veröffentlichungen der letzten Jahre, andere sind neu. Die Songs sind gut produziert und weisen weitaus vielschichtigere Melodien und Klangstrukturen auf als ein großer Teil anderer BRD-HipHop-Crews. Auch reimtechnisch sind Advanced Chemistry sicher in der Oberliga des HipHop.

»Geh zur Polizei«

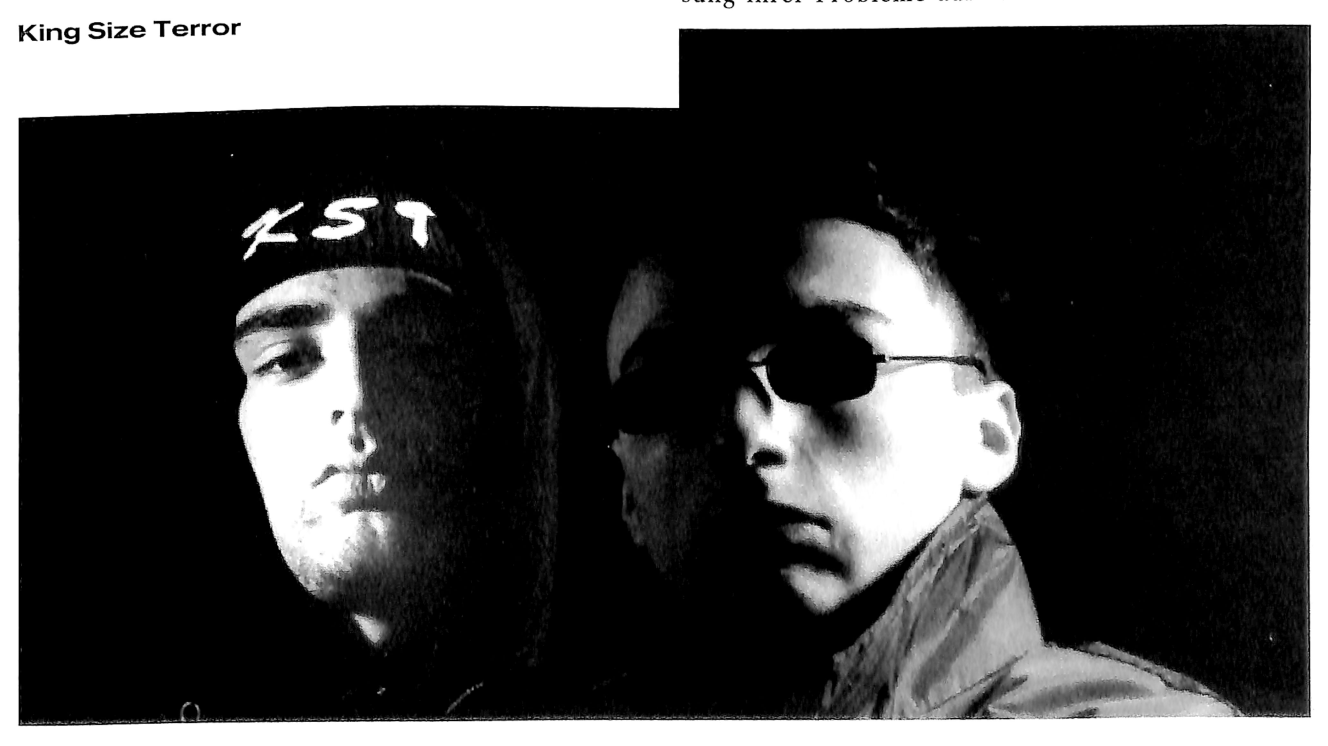
Aus dem Umfeld von Advanced Chemistry, er ist auch als Gastrapper zu hören, stammt der »gute Türke« Boulevard Bou, der geradezu ein Paradebeispiel endloser Naivität darstellt. Der Titel seiner neuen Maxi »Geh zur Polizei« (360°/IRS) vermittelt zunächst den Eindruck einer Persiflage, doch die Aufforderung ist ernst gemeint: *»Brüder aus Italien, Afrika und der Türkei, wenn ihr nicht wißt, was ihr tun sollt, geht zur Polizei. Bist du ein Antifaschist dann (...) werde Polizist«* fordert der Rapper, der offensichtlich ein besserer Deutscher sein will. *»Solange sich nichts tut, bleib ich dabei und sage meinen Leuten geht zur Polizei.«* Kanther wird es ihm danken. In einem Nachwort zur Platte fordert Boulevard Bou schließlich: *»jedem Polizist muß klar sein (...), daß seine Aufgabe darin besteht, für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen.«* Kein Problem, dafür sorgen sie ja auch an der Grenze, wenn sie Flüchtlinge an der Einreise hindern, Abschiebungen vornehmen oder Nazis zwecks freier Meinungäußerung beschützen... Der junge Rapper zeigt, daß er nichts, aber auch gar nichts von der Funktion des Rassismus in der BRD und den rassistischen Strukturen des Staates begriffen hat. So rappte er sogar in der Polizeischule Böblingen.
In einem Interview mit dem übrigens sehr empfehlenswerten linksradikalen HipHop-Magazin »Anarchist to the front« (c/o Babak Soltani, Postfach 2218, 58592 Iserlohn) setzt Boulevard Bou dem Ganzen noch eins drauf. Von dem Magazin auf seine Haltung zur Bundeswehr angesprochen meint er: »... wenn ich Mitglied in einem Staat bin und alle Vorteile in Kauf nehme, muß ich auch bereit sein, diesen im Notfall zu verteidigen.« Leider hat der Song von Boulevard Bou in der HipHop-Szene kaum Diskussionen ausgelöst, obwohl davon auszugehen ist, daß er unter den vielen kriminalisierten WriterInnen (SprüherInnen) kaum auf Zustimmung stoßen dürfte.
Doch die Auffassung Boulevard Bous ist auch nicht unbedingt selten. Ali, in Deutschland aufgewachsener »Türke« von den **Kieler Da Crime Posse** äußerte sich, bevor er zu Ruhm und Erfolg kam, in ähnlicher Weise: Bringt die Musik keine Zukunft, dann *»geh ich zu den bullen. Das vertret ich vor den brüdern so, daß ich für ne unbedingte teilnahme plädiere, es ist ja ne leichte sache, so aus'm sicheren abstand, ein falsches verhältnis zu bemeckern...«.*
Das muß er nun nicht mehr. Da Crime Posse, zu der noch jeweils ein weiterer Kieler mit türkischen, deutschen und kubanischen Eltern gehört, bilden gemeinsam mit dem Berliner KISS FM-Moderator und »Das

wahre Leben«-Darsteller Erci E. und dem Nürnberger Duo **Karakan**, alle drei türkischer »Herkunft«, die umstrittene HipHop-Posse **Cartel.**
Karakan trat bereits mit der HipHop-Crew **King Size Terror (KST)** in die HipHop-Welt. Mit »The Word is Subversion« und »Ultimatum« (Semaphore) veröffentlichten sie zwei LP's/CD's. Vor allem bei »Ultimatum« handelt es sich um eine musikalisch sehr gute Hardcore-HipHop-Scheibe. Die meisten Raps sind auf Englisch und strotzen nur so von »mothafuckas«, »bitches« und »suck ma dick«. Das Image, das sich KST geben, ist sehr hart, ständig geht es darum, Knarren zu ziehen und die Rhymes enthalten viele Kraftausdrücke.
Das Auftreten gegen Nazis und die deutsche Regierung ist ultraradikal: »Fuck goes out to the german nazi government«, »Rest in peace to Wolfgang Grams«. Ein kompromißlos linksradikales antirassistisches Macho-Image wird gepflegt und gleichzeitig, für das deutsche Publikum unverständlich auf Türkisch, vom »Türkentum« gerappt. In dem Song »Defol Dazlak« (Verpiß dich, Glatze!) heißt es: *»Unterwerfe Dich nicht, bewahre Dein Türkentum.«* Ein mißglückter Versuch, die berechtigte Forderung zu formulieren, die eigene Identität leben zu können? Etwas weiter erhält das »Türkentum« gleich noch antisemitische Konnotationen: *»Glatze, glaube nicht, daß wir Juden sind, wir sind Türken. Entweder wir sterben oder wir sind frei.«* Schließlich wird auf der Platte auch noch das »Nürnberg Halk Ocagi« gegrüßt, ein Zentrum, das zum Netzwerk der türkischen Faschisten in der BRD gehört. Das Zentrum steht der faschistischen MHP und den Grauen Wölfen mindestens nahe, wenn es nicht gar zu ihnen gehört.
Unwissenheit? Dummheit? Naivität? Kalkül? Zumindest fühlten sich Anhänger der Grauen Wölfe auf Konzerten von KST wohl, zeigten offen ihr Zeichen, während die Nürnberger Crew vor einer türkischen Fahne rappte.

»Cartel« – die Stars in der Szene

Doppeldeutigkeiten, nationalistische Sprüche, gepaart mit Aufrufen zum Zusammenhalt, kennzeichnen auch die vom Projekt Cartel veröffentlichte CD »Cartel« (Spyce). Gerappt wird fast ausschließlich auf Türkisch, etwas Deutsch, Englisch und Spanisch kommen hinzu. Die HipHop-Beats sind mittleren Tempos und in einigen Stücken kommen auch Ragga-Beats zum Tragen. Das Ganze ist versetzt mit Samples aus türkischer Volksmusik und dem Einsatz türkischer Instrumente. So entsteht ein orientalischer Klang auf westlich tanzbaren Beats.
Der Markt für diese Musik ist groß, in Deutschland dürfte jeder der etwa 800.000 Jugendlichen türkischen oder kurdischen Ursprungs Cartel kennen, doch zu wahren Megastars sind sie in der Türkei aufgestiegen. Ihre Platte hat Michael Jackson vom Platz eins der türkischen Hitparaden weggefegt. In drei Monaten haben Cartel 300.000 Tonträger, zum größten Teil Kassetten, abgesetzt, die meistverkaufteste Importplatte der türkischen Musikgeschichte. Die sehr gut produzierte Scheibe hat in der Türkei eingeschlagen wie eine Weltneuheit, was Rap dort auch ist. Auch die Sprache, die Cartel spricht, ist für türkische Jugendliche neu: Bisher handelte türkische Popmuzik nur von triefenden Liebesgeschichten. Cartel läuft mehrmals täglich im türkischen Fernsehen und stellt den ersten türkischen Clip auf MTV dar. Die Jungs von Cartel sind in der Türkei Teenie-Idole vom Take-That-Format.
Von Linken und Kurden wird der Erfolg von Cartel argwöhnisch betrachtet, viele halten sie für Faschisten. Die faschistische MHP und die Grauen Wölfe versuchen, Cartel in ihrem Sinne für nationalistische Stimmungen auszunutzen.
Auch in Deutschland ist die Diskussion kontrovers: Von einigen linken Zeitschriften scharf kritisiert, wird Cartel vom linken Musikmagazin *Spex* bis aufs Messer verteidigt: der nationalistisch geprägte Diskurs der Gruppe wird als Reflex der MigrantInnen auf die von außen stattfindende Stigmatisierung als »Türken« gesehen. Es sei für MigrantInnen typisch, die Lösung ihrer Probleme auf einen vermeintlich konkre-

King Size Terror



ten Ort, nämlich die idealisierte »Heimat«, zu projizieren. Dem Vorwurf, daß diese Schwammigkeit auch türkischen Faschisten Raum bietet, entgegnet Spex-Schreiber Lars Freisberg »Das ist nicht die Position von Cartel. In keiner Weise. Denn sie formulieren überhaupt keine eindeutige Position in diese Richtung. Zumindest wird sie nicht nach außen verlautbart.« So hat dann Spex-Schreiber Oliver von Felbert auf dem Cartel-Konzert im Istanbuler Inönn-Stadion vor 15.000 Kids nur vereinzelte Zeichen der Grauen Wölfe gesehen (viele sind deutlich auf Konzertfotos zu erkennen). Besonders bei den Auftritten in Kurdistan im Rahmen der 16 Gigs umfassenden Türkei-Tournee, tauchten Anhänger der faschistischen Grauen Wölfe mit Fahnen und Symbolen zuhauf auf. Cartel reagierte nicht. Warum auch, in der Türkei läßt sich auf der Welle des neuentdeckten Türkentums viel Geld verdienen. *»Jetzt kommt das CARTEL, also macht euch bereit, denn es reicht euch die Hand, wer auch immer ihr seid?«*

Dumpfer Nationalismus im HipHop

In der BRD wiederum sieht es anders aus, hier kann der Vorwurf der Kungelei mit Faschisten eher verkaufsschädigend sein, und so distanzierte sich das Cartel beim letzten Berlin-Gig im Yaam ganz vehement von den Grauen Wölfen.

Was bleibt, sind jedoch die Texte. Oft uneindeutig, bewegen sie sich auf einem Grat zwischen dumpfem Nationalismus und berechtigter Forderung nach eigener kultureller Identität: *»Wir haben uns an fremde Marken gewöhnt und viel Geld dafür ausgegeben, doch ich bin stolz, daß meine Hose den Namen Garipoğlu trägt / froh wäre ich, wenn ich mehr von uns in diesen Hosen sehen würde, denn nur indem wir uns gegenseitig unterstützen, werden wir vorankommen...«* Und etwas weiter *Hör auf, unsere Traditionen zu verachten, lebe dein Leben, aber beschmutze sie nicht* rappt die von der US-HipHop-Wear Carhartt gesponserte Kieler **DCP** in »YETMEDIMI« auf Türkisch. In »Posse Attack«, ebenfalls von DCP, heißt es übersetzt: »unser Blut ist so rot, wie unsere Fahne, wenn es dir nicht gefällt, verpiß dich« – ein Hoch auf die türkische Fahne. Und dann wieder alle Crews vereint als Cartel bei »Cartel«: »jetzt kommt das CARTEL, also macht euch bereit, denn es reicht euch die Hand, wer auch immer ihr seid«.

Oliver von Felbert, Mark Terkessidis und Lars Freiberg von der Spex-Redaktion reichen ihnen die Hand und das Verlautbarungsorgan der Frankfurter Schule zu popkulturellen Fragen widmet Cartel mehrere Artikel und gar eine Titelstory. Cartel wird als Stimme, als Ausdruck der zweiten MigrantInnengeneration gesehen und das von klardenkenden Menschen kaum zu haltende Bekenntnis zur Türkei mit der berechtigten Ablehnung gegenüber Deutschland verwechselt. Natürlich bin auch ich, rational nicht zu begründen, froh, kein Deuscher zu sein, aber mich deshalb als stolzer Italiener zu sehen? Spex geht dem wir-schlagen-zurück-weil-wir-Türken-sind-Diskurs von Cartel voll auf den Leim. Kritik wird mit dem Totschlagargument weggefegt, daß sich die »Message« von Cartel ohnehin nicht an Deutsche richtet. Lars Freiberg formuliert *»... hier drücken sich Menschen – im Kulturkreis des Autors – in einer Sprache und einem Medium aus, zu dem er keinen Zugang hat. HipHop als Spielzeug urbaner Jugend mag ja noch angegangen sein, aber daß jetzt aus lustig ernst wird und damit praktisch emanzipatorische Arbeit betrieben wird, das widerspricht dem integrativen Verständnis des Kulturherrschenden.«*

Daß die türkische Fahne das Höchste der Gefühle darstellt, widerspricht jedem progressiven Verständnis, auch wenn nicht jeder Träger der türkischen Fahne mit Faschisten gleichgestellt werden sollte. Ebenso halte ich es für unmöglich, mein Leben zu leben, ohne die (in diesem Falle süditalienischen) Traditionen zu »beschmutzen«. Oder soll ich tatsächlich meiner Oma in ihrem Dorf die Wahl einer heiratsfähigen Frau für mich überlassen?

Noch härter aber als Cartel geben es einem die Hildesheimer **Wreck da Enemy**, schon auf dem Cover der CD »Day Of Elimination« (Islamic-P) ist im Hintergrund der Halbmond mit Stern aus der türkischen Fahne abgebildet und beim Aufklappen der CD-Hülle springt einem das Ganze in rot-weiß auch noch auf der CD selbst entgegen. Auf zwölf zwar gut aufgenommenen, aber billig klingenden Songs, mit ausgiebigen und nervigen Synthesizer-Beats und peinlichen Melodien mit Handclaps wird auf Türkisch und Englisch wirr dahergeschwafelt. Bei »Düsman yikil Karsimdan« (Feind geh' nieder vor meinen Füßen) rapt Wreck da Enemy *»Muselmänner hört meine Worte, hört mir zu wie ich gegen die Gavur* (Ungläubige, Nichtmuslime, vorwiegend als abfälliger Ausdruck fnr Deutsche benutzt) *rappe / sie beuten aus und wollen davon nichts wissen, aber ich lasse mich nicht erniedrigen, weil ich an Allah glaube«* und etwas weiter *»Die Türkei ist mein Mutterland, ich lasse es nicht mit Deutschland vergleichen / ich fick' Deutschland ins Knie und küsse die Türkei auf's Auge...«*

Zwischen Antirassismus und Kleinbürgertum

Mic Force aus Wiesbaden, bestehend aus dem Türken Sense, dem Portugiesen Muziman und D-Raid aus Sri Lanka, die auch auf dem letzten KST-Album einen Gastrap hatten, rappen auf Englisch und vertreten eine merkwürdige Mischung aus militantem Antirassismus, Mackergelaber und bürgerlichen Argumentationen. Die erste Maxi »Fuck You Skin« (Move), mit dem sehr schönen orientalischen HipHop-Track »Buda Benden« auf der gleichen Scheibe, ließ musikalisch viel hoffen. Doch textlich ging es schon stark in machistisches Pseudo-Ghettotalk. »Mothafucka« ist zweifelsohne das am häufigsten auftauchende Wort und in Nation-of-Islam-Manier werden alle »blauäugigen Teufel« zu »nichts weiter als Schwuchteln« erklärt. Auf der nachfolgenden 6-Track-CD »It Ain't Over« (Move) wird musikalisch mit orientalischen und Latino-Samples gearbeitet. Inhaltlich schwappt der vermeintlich antirassistische Diskurs in kleinbürgerliche Ressentiments über: Die Nazis werden in der ehemaligen DDR ausgemacht und Mic Force empfiehlt den Ossis arbeiten zu gehen, anstatt den Wessis und Ausländern auf der Tasche zu liegen. Oh je!

Aus Frankfurt kommt jedoch ein Sampler mit türkischsprachigem HipHop (auf Looptown/EFA), der zeigt, daß es auch anders geht. Auf zehn Songs rappen DJ Mahmut, Volkan T, Murat und KMR über Immigrantenalltag in Deutschland und die Schwierigkeit,

einen Ausbildungsplatz oder Arbeit zu finden. Sie wenden sich jedoch auch dagegen, sich für einen Hungerlohn totzuschuften. In »Bunun I'in Mi Dogduk« (Sind wir dafür geboren worden) wird eine typische Kleinkriminellen/Dealer/Konsumenten-Laufbahn beschrieben. In »Dert emberi«, (Teufelskreis der Sorge) geht es gegen Nazis: *»...dann wirst du sehen, daß ich nicht alleine bin, meine Gang, wir sind Türken, Spanier, Portugiesen, hast du was dagegen? An alle Jugendlichen, die in Deutschland leben: Jeder fünfte Deutsche ist ein Hitler.«* Interessant ist auch die Musik, die Tracks sind ziemlich abgespaced, arbeiten teilweise mit türkischen Samples, insgesamt sehr experimentierfreudig und jazzig. Alles in einem sehr gut und sympathisch.

Sympathisch und gut sind auch die Berliner **Islamic Force**, die trotz ihres Namens nichts mit Islamisten zu tun haben und sich deutlich von diesen, wie auch von Faschisten distanzieren. Islamic Force hat schon mehrere Maxis veröffentlicht wie »Istanbul / My Melody« und »The Whole World Is Your Home« (Juiceful Records). Die Berliner Crew, die schon recht lange dabei ist, benutzt zwar viele türkische Samples, vor allem von Boris Mano, rapt aber auf Englisch, um, wie sie selbst sagen, allgemein verständlich zu sein. Islamic Force waren die ersten, die türkische Samples im HipHop verwendet haben. Ihre Beats sind eher Midtempo und ziemlich funky, insgesamt sehr gut. Gemeinsam mit den Hype-A-Delics, Cora E und noch einigen HipHoppern aus dem Umfeld des Kreuzberger Jugendzentrums Nauynritze haben Islamic Force eine Maxi mit dem Titel »Halt! Keine Gewalt« (Juiceful Records / EFA) aufgenommen, auf der sie sich gegen Nazis und Gangauseinandersetzungen wenden.

Eine der deutschsprachigen HipHop-Crews der ersten Stunde (seit 1988) sind die **Fresh Familee**. Sie kommen aus Ratingen-West, einem Betonsilowohnort und bestehen aus drei Rappern, dem Türken Tachi, dem Mazedonier Suli, dem Marokkaner Higgi sowie dem deutschen DJ Plattenpapst Jaak. Nach der EP »Coming from Ratinga« (1991) und »Falsche Politik« (1993) ist letztes Jahr »Alles Frisch« (mercury) erschienen. Auf »Alles Frisch« sind 14 Songs zu hören, von Themen wie Rassismus und Umweltverschmutzung bis zu typischen HipHop-Wortgefechten, in denen der Kontrahent mit Rhymes angegriffen wird. Meist wird auf Deutsch gerapt, doch auch türkische, mazedonische, englische und marokkanische Raps sind zu hören. Musikalisch ist Fresh Family sehr gereift und bietet mit »Alles Frisch« ein sehr gut eingespieltes und produziertes Album. Ihre Art ist sehr poppig, aber nicht unangenehm. Die Ratinger tourten schon mehrmals durch Schulen. Sie organisierten Freestyle-Sessions und Basketballspiele mit den Kids, um so gegen Rassismus zu arbeiten. »Daß wir eine multikulturelle Truppe sind, haben uns die Medien gesagt. Wir haben das gar nicht bemerkt.« Meint die Crew. Mag sein, aber seit sie es gemerkt haben, reiten sie ganz schön darauf herum. Oft wird es dann doch wieder so multikulti, wie es die SPD gerne mag (Gewalt ist doof).

Insgesamt ist zu sagen, daß HipHop, der von MigrantInnen in der BRD gemacht wird und in den Erfahrungen aus Alltag und anderen Kulturen, bzw. die Schwierigkeiten damit, einfließen, schon einen festen Platz in der Jugendkultur hat und sicher an Bedeutung weiter zunehmen wird. Das ist trotz Cartel und anderer Crews, die Selbstbewußtsein und Identität mit Nationalismus und Reethnisierung verwechseln, gut so. Und den ganzen »Linken« und »Progressiven«, die nach dem Artikel jetzt aufstöhnen, denen sei nur nahegelegt, was die meisten deutschen Jugendlichen für Scheiße im Kopf haben. Auch im »Ghetto« gibt's keine Harmonie, der gute Ausländer existiert genauso wie der böse Ausländer nur in euren Hirnen. Wir sind, wer wir sind, und eine Auseinandersetzung tut not.

Propz go out to: FelS, B 259, Arranca, Anarchist to the Front, CanDee und die 2, Köpi-Posse, Babak und Anarchist Academy, Absolute Beginner, Camila y Lorena (las raperas latinas), Black Liberation Sound System, Piombo A Tempo und an ganz viele Crews in Italien sowie la famiglia und ma sista und an alle die ich vergessen habe. Die, die mir trotz Anfrage kein Material geschickt haben, können mich mal ...

dna

Apropos HipHop: es sei an dieser Stelle einmal ausdrücklich auf das ausgezeichnete Buch von Günther Jacob verwiesen:
Günther Jacob, Agit-Pop, Schwarze Musik und weiße Hörer, Berlin: Edition ID-Archiv 1993
Für alle, die weiterlesen wollen ...

Fresh Familee





Vor- und Nachteile eines Klischees

Fit for Fun mit Capoeira?

Das folgende Interview führte die ZAG mit Ivan Ferraro Filho. Ivan Ferraro kommt aus Fortaleza/Brasilien und lebt seit 8 Jahren in Berlin. Er ist Bildhauer und Bildender Künstler und Mitbegründer des »Quilombo«, Verein für multikulturelle Kommunikation. Das »Quilombo« wurde von brasilianischen und deutschen StudentInnen 1990 gegründet und hatte als Kulturzentrum einige Jahre eigene Räume in Berlin-Schöneberg. Im Moment betreut der Verein vor allem entwicklungspolitische Projekte in Amazonien, Nordostbrasilien und Angola.

ZAG: Ivan, warum trägt das »Quilombo« den Untertitel »Verein für multikulturelle Kommunikation«?

Ivan Ferraro Filho: Die Idee unserer Arbeit ist es, diese Problematik der verschiedenen Kulturen den Menschen näher zu bringen. Die Menschen brauchen Kommunikation. Die Kultur ist für uns eine Möglichkeit, miteinander zu reden. Die verschiedenen Kulturen geben vielleicht eine bessere Möglichkeit, sich zu verbinden als über die Menschen geht. Wenn wir es schaffen, die verschiedenen Kulturen als unterschiedliche Organe eines einzigen Körpers, wie es der Planet ist, zu betrachten, ist das ein Weg.

Wie siehst du das Verhältnis zwischen Politik und Kultur? In Deutschland sind die Bereiche der Politik und der Kultur oft fein säuberlich getrennt, in Brasilien habe ich diese Trennung so nicht erlebt.

Naja, ob das in Brasilien so zusammengeht, kann ich auch nicht sagen. Politik ist für mich etwas ganz Wichtiges. Meiner Meinung nach ist Politik einer der stärksten Punkte im Leben eines Menschen. Egal, ob das in der Kommunalpolitik ist oder im Privatleben oder im Beruf.

Auf der anderen Seite werden die meisten Kriege, die auf der Welt stattfinden, wegen verschiedenen Kulturen, verschiedenen Völkern, verschiedenen Religionen und verschiedenen Ideologien geführt. Das hängt alles mit dem Bereich der Kultur zusammen. Die Kultur macht die Menschen, der Mensch macht die Kultur, das entwickelt sich zusammen. Ich bin kein Kulturwissenschaftler, ich sage nur, wie ich das als politisch denkender Mensch empfinde.

Worauf ich eben hinauswollte: In der BRD ist es oft so, daß Leute, die sich als politisch begreifen, mit der Kultur, wie man sie normalerweise versteht, Musik, Theater, Film usw., nichts zu tun haben wollen. Während die politisch aktiven Brasilianer und Brasilianerinnen, die ich kennengelernt habe, die Kultur immer als einen ganz wichtigen Bereich in ihrem Leben begriffen haben.

Ich verstehe, was du meinst, und das ist auch so. Aber das hat einen Grund. Wir haben in Brasilien die Diktatur in den 60er und 70er Jahren erlebt. Und da war Politik für uns verboten. Ich erinnere mich, daß wir selbst zu Hause nicht darüber reden durften. Der einzige Bereich der Auseinandersetzung war die Kultur, wir konnten über Musik nachdenken und reden und wir konnten tanzen.

Außerdem meine ich, Kultur ist nicht nur Musik und Theater und Kunst, Kultur ist auch unsere Wohnung, unsere Form zu bauen. Das ist alles Kultur. Auch unsere Politik.

Heute haben wir in Brasilien angefangen, ein demokratisches Land zu werden, und vielleicht liegt in diesem anderen Verhältnis zur Kultur auch eine Chance.

Tanzen, Musik machen – wir sind schon mitten im Klischee. Ich denke, gerade von den BrasilianerInnen gibt es weltweit

ein unglaublich verbreitetes Klischee: Sie sind immer lustig, sie tanzen, sie singen, die Frauen sind schön, usw. usw. Begegnet dir hier dieses Klischee nicht ständig, wenn du sagst, daß du Brasilianer bist?
Ja, klar. Wir haben da keine Chance. Aber wir sind auch Brasilianer und haben sehr viel Freude am Leben, ich glaube, die Brasilianer mögen das Leben einfach. Wenn wir traurig sind, ist das für uns kein Leben mehr. Dann kommt immer jemand und versucht, uns von dieser Traurigkeit wegzubringen. Für uns ist das Leben auch nur mit Freunden schön, mit Leuten zusammen zu sein. Alleine zu sein, ist eine Sache, die man in Brasilien nur sehr selten erlebt.
Und hier in Deutschland oder in Europa, es ist egal wo - ich bin nicht auf der ganzen Welt gewesen - aber z. B. auch in Afrika, haben wir einen guten Ruf. Ich weiß nicht, ob das vom Karneval kommt oder vom Fußball oder wegen der schönen Mulattinnen. Aber von den Leute, die uns fragen: »Wo kommst Du her?« - normalerweise ist das ja keine nette Frage - wenn ich dann sage »aus Brasilien«, kommt direkt schon ein Lachen. »Aaaah Brasilien, schön!« Sie erinnern sich immer an irgendetwas, das schön ist oder freundlich.



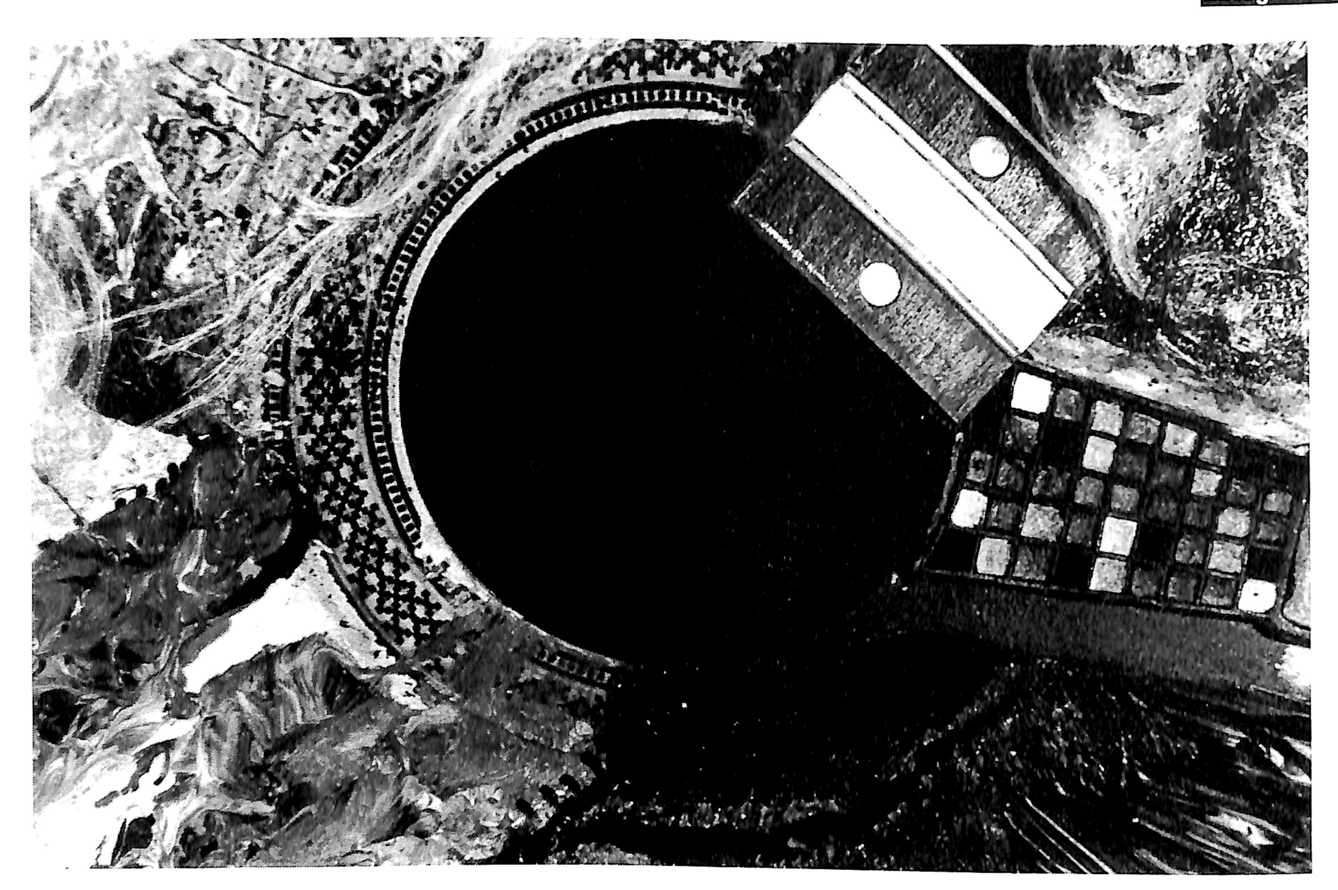
Es ist klar, die kritischen Leute kommen auch auf Armut und Elend, auf die Probleme der Politik in Brasilien, aber im Grunde finden es alle erstmal gut.

Du meinst also, das Klischee stimmt?
Ja, das Klischee stimmt. Jedes Klischee stimmt zu einem gewissen Grad. Das Klischee ist auch ein Teil der Wahrheit.

Du hast gerade mein Konzept durcheinander gebracht. Ich wollte dich jetzt eigentlich nach den negativen Auswirkungen fragen, auf ein Klischee festgelegt zu werden. Aber Du scheinst keine Probleme damit zu haben.
Ja, insbesondere, weil das Klischee nicht so schlecht ist. Wenn das Klischee der Brasilianer anders wäre, wäre ich wahrscheinlich nicht so begeistert. Für mich ist dieses Bild von den Leuten, die Freude schaffen, einfach ganz gut. Es ist klar, nicht jeder Brasilianer ist freundlich, nicht jeder Brasilianer kann Samba tanzen, nicht jeder Brasilianer ist arm, nicht jeder Brasilianer wohnt in einer Favela, nicht jeder Brasilianer ist korrupt...

Hast du auch schon erlebt, daß hier lebende Brasilianer und Brasilianierinnen ihr Bestes tun, um diesem Klischee zu entsprechen? Mir hat ein brasilianischer Freund mal bösartig gesagt, egal ob jemand in Brasilien mit Capoeira etwas zu tun hatte oder nicht, hier unterrichtet er auf jeden Fall Capoeira.
Ich glaube, die Brasilianer selbst versuchen, das Klischee weiter zu verkaufen, weil es sich einfach gut verkaufen läßt. Ich finde es schon sehr interessant, wenn jemand, wie du gesagt hast, hier Capoeira unterrichtet, obwohl er das in Brasilien nie gemacht hat. Aber ich finde, das müssen die Deutschen auch selber merken. Es gibt hier sehr viele Sachen, die man vom Ausland übernimmt, ohne überhaupt zu prüfen, ob das stimmig ist oder nicht.
Capoeira ist zum Beispiel etwas ganz Besonders. Capoeira ist nicht nur ein Sport wie Fußball oder so. Es ist ein traditioneller Kampftanz, der auch sehr viel mit dem Widerstand der Schwarzen gegen die ganze Unterdrückung zu tun hat. Man muß ein bißchen mehr in die Tiefe gehen. Es ist nichts zum fit werden, obwohl man damit auch fit werden kann, aber die Capoeira selbst ist mehr eine Philosophie. Und das übernehmen die Deutschen nicht, wenn sie Capoeira machen. Ich finde aber auch, daß die Capoeira-Schulen selbst mehr dafür tun müßten.
Die Deutschen sind so: Wenn sie irgendwohin fahren, wissen sie vorher schon etwas über das Land, versuchen die Sprache schon ein bißchen zu lernen. Aber bei solchen Dingen, die hier zur Verfügung stehen, sind sie eher frei und versuchen nicht, so in die Tiefe zu gehen.

Wenn Du an den Veranstaltungsort Quilombo denkst: Hattest Du den Eindruck, daß dort ein kultureller Austausch stattfand oder haben die Leute die brasilianische Kultur nur konsumiert?
Naja, es gibt immer verschiedene Leute: Solche, die an der Oberfläche bleiben, und solche, die in die Tiefe gehen. Natürlich gab es diesen Konsum auch. Ich glaube aber, dahinter steckt etwas, das noch wichtiger ist, nämlich der Versuch, von Deutschland wegzukommen. Ich glaube, die Deutschen sind nicht zufrieden mit der deutschen Kultur, weil sie schon so fest ist



und nicht so viele Möglichkeiten für eine Entwicklung hat.
In Brasilien ist das anders. Wir haben ein Projekt angefangen, aber wir haben keine feste Kultur. Wir können nicht sagen, das Brasilianische ist das. Nicht wie die Engländer, die Franzosen oder die Deutschen. Ihr habt hier in Europa nach eurer Entwicklung schon einen festen Platz und ein festes Bild für euch selbst gebaut. Das ist ein Problem für die Europäer oder die Deutschen selbst.
Und viele, viele Leute, die so ein Zentrum wie das Quilombo oder ein anderes Land besuchen, versuchen, aus Deutschland oder aus der Kultur irgendwie wegzugehen. Sie leben länger woanders und sie finden in einer Kultur oder in einerm anderen Land irgendetwas, das nicht funktioniert oder das es hier nicht gibt, das für sie sehr wichtig ist. Und meistens ist es dieser warme Teil des Lebens, die Kommunikation zwischen Menschen, die Beziehungen innerhalb der Gesellschaft.

Fühlst du dich als Künstler auf das Etikett brasilianisch festgelegt?
Die brasilianische Kunst hat auch zur Zeit eine gutes Bild in der Welt. Bei mir paßt das ganz gut zusammen. Meine Bilder sind sehr bunt, ich arbeite mit sehr viel Farbe. Und für die Deutschen paßt das sehr gut zu dem Bild von der brasilianischen Kunst.
Aber es gibt auch ein paar Künstler, die nicht mit so viel Farbe arbeiten, und die sind ja auch Brasilianer. Für sie paßt das Bild nicht so gut. Vielleicht nehme ich in meiner Arbeit die bunte Seite Brasiliens, aber es gibt doch auch die dunkle Seite, wo man die Farbe nicht sehen kann.

Claudia Fix, ZAG





Foto: Bildarchiv Kappa / SKY

EuroPhantasien – Die islamische Frau aus westlicher Sicht

Im Jemen sehen die Frauen aus wie Terroristen, die sich wie Nonnen verkleidet haben, die Frauen im Iran stinken, wenn es warm ist – überhaupt: Der Tschador macht alle Frauen zu »schwarzen Vögeln«. Das sind nicht die Ergüsse von irgendwelchen Idioten aus dem letzten Jahrhundert, das haben die Feministinnen Bernard/Schlaffer *(Die Grenzen des Geschlechts)*, Ingrid Brackes im *FrauenReiseBuch* und Kate Millet *(Im Iran)* geschrieben. Die *EuroPhantasien*-Autorinnen Irmgard Pinn und Marlies Wehner führen diese und andere Beispiele als Beleg dafür an, daß das Bild der Frauen im Islam bei allen WestlerInnen gleich ist – ob konservativ oder fortschrittlich. Alle bemühen das gleiche Klischee: Die Frau im Islam ist unterdrückt, ungebildet, unselbständig und rückständig. Der Schleier macht sie fremd und unmenschlich.

Pinn/Wehner zeigen auf, wie konsequent dieser Blick des Westens auf den Islam durchgehalten wird und verfolgen das anhand der Themen Kopftuch, Schleier, Bildung, Geschlechtertrennung und Koranschule. Da gibt es viel zu erklären, zu relativieren und in historische Bezüge einzuordnen.

Zum Beispiel, daß eigentlich nicht der Islam spezifisch etwas mit dem Schleier zu tun hat, da sowohl im Koran als auch in der Bibel eine Kopfbedeckung gefordert wird, weil das damals so üblich war. Daß Frauen keine Universitäten besuchen dürfen, steht offenbar auch nicht im Koran. Viele Eigenschaften von muslimischen Frauen sind festgeschrieben (Kopftuchtürkin), obwohl sich die Situation der türkischen Frauen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten geändert hat. *»Es ist also der Schleier vor unseren Augen, der die Vielfalt von Lebensumständen, Wünschen, Problemen und Freuden ›islamischer Frauen‹ verdeckt. Weil wir Tschador und Kopftuch zum Indikator für Selbstbestimmungsrecht, Bewegungsfreiheit in der Öffentlichkeit etc. machen, verkennen wir oft, daß verschleierte Frauen keineswegs die uniforme Masse sind, als die wir sie wahrnehmen.«* (S.43-44)

Wie abwegig die Sichtweise des Westens ist, zeigen Pinn und Wehner durch Vergleiche. Sie drehen sich um, sehen vom Osten auf die westlichen Industriegesellschaften und halten uns den Spiegel vor. So wie im Westen gerne die Erfahrungen von Betty Mahmoudi (*Nicht ohne meine Tochter*) gelesen werden und daraus Schlußfolgerungen über die iranische Gesellschaft gezogen werden, sollten es mal die islamischen Frauen machen: Sie beurteilen dann den Westen anhand von einem Bericht einer Prosituierten aus einem Hamburger Bordell, von einer pornographischen Zeitschrift und einem Selbstzeugnis einer Alkoholikerin.

Wie absurd die Reaktionen des Westens auf den Islam sind, zeigen Pinn und Wehner anhand des Vergleichs zwischen Islam und Judentum: Weit verbreitet ist die Vorstellung, daß die Koranschule in Deutschland die Kinder verdummt und ihnen den Schulbesuch erschwert. Die jüdische Schule dagegen wird in den Medien als Bereicherung uneingeschränkt begrüßt. So geht es auch dem Alkohol- und Schweineverbot im Islam, das im Gegensatz zum Schweineverbot im Judentum vom Westen abgelehnt wird.

Die herrschende Sichtweise in Boulevardpresse und Politmagazinen unterscheidet sich dabei nicht von der der progessiven, wie Pinn und Wehner in teilweise ermüdender Detailfreude aufzeigen.

Der SPIEGEL (23/1993) berichtete nach dem Solinger Brandanschlag über den angepaßten Ausländer: *»Als Prototyp des guten ›modernen Deutsch-Türken der zweiten Generation‹ wird hier der Kraftfahrer Cömert Hayder präsentiert, der mit seiner Familie in einem Hochhaus ›mit sehr deutschem Wohnzimmer und Einbauküche‹ lebt und sich auch sonst perfekt angepaßt hat. ›Zu Hause sprechen Hayders Deutsch. Sohn Gnney, 8, kann kaum noch Türkisch.‹ Und, Gipfel des Zivilisationsfortschrittes: ›Auch Vater Cömert hat mit der Tradition und dem Islam gebrochen, ißt Schwein und trinkt Alkohol.‹«* (S.191)
Die umfangreiche Materialsichtung der Autorinnen (die Literaturliste umfaßt ca. 400 Titel) bringt erstaunliche Erkenntnisse zu Tage: Zum Beispiel mokiert sich ausgerechnet die EMMA-Autorin Ursula Ott 1991 über die unmodische Kleidung von Musliminnen und darüber, daß sie sich nicht schminken. Der fortschrittliche Christdemokrat Heiner Geißler ist auch nicht besser. Er wirbt für die multikulturelle Gesellschaft und spricht dabei vom Mohammedaner, der in Deutschland die demokratischen Grundrechte akzeptieren soll. Mohammedaner – *»eine Bezeichnung aus der Mottenkiste des Kolonialismus.«*
Die PädagogInnen werden von der Kritik nicht ausgenommen, denn sie sehen die muslimischen Mädchen als zerrissen zwischen den Kulturen: Zuhause das autoritäre, reaktionäre Elternhaus, in der Schule lustige, fortschrittliche LehrerInnen. Das zwingt die Mädchen, sich gegen das Elternhaus und für die LehrerInnen zu entscheiden. *»Die Botschaft, die in Kinderbüchern, wissenschaftlichen Abhandlungen, Romanen oder feministischen Reportagen vermittelt wird, ist stets dieselbe: Sie wollen sein wie wir. Sie beneiden uns. Ließe man sie nur, würden sie auf der Stelle Kopftuch und Mantel von sich werfen.«* (S. 210)


Foto: Dario N. Azzelini

Kopftuchdebatte und Koranschule lenken jedoch vom Thema ab, meinen Pinn/Wehner:
»Statt ständig über die vom Islam ausgehenden Nötigungen und Einschränkungen zu lamentieren, sollten progressive PädagogInnen, JournalistInnen etc. sich z.B. mehr Gedanken darüber machen, wie Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der BRD möglich gemacht werden kann, ohne daß MigrantInnen ihre religiös geprägte Herkunftskultur aufgeben müssen. Durch Beseitigung der von der deutschen Gesellschaft errichteten Barrieren und der von ihr ausgeübten Zwänge könnte die beklagte Zerrissenheit schon einmal erheblich abgemildert werden.« (S.174)
Die Autorinnen wollen aber nicht nur ihre Finger in die Wunden legen, sondern auch eine Diskussion darüber anregen, wie diese Ausgrenzungsmechanismen auch in forschrittlichen Kreisen wirken, welche Funktion sie haben und wie sie überwunden werden können. Beispiel Frauenbewegung: Feministinnen brauchen eine egalitäre Ebene der Auseinandersetzung. Die Sichtweise »der Islam ist schlecht, der Westen gut« ist deswegen ein Hindernis im gemeinsamen Kampf: *»Dieses gut funktionierende Ablenkungsmanöver behindert den Austausch mit Musliminnen (wie generell mit Frauen aus nicht-westlichen Kulturen) und die Entwicklung gemeinsamer Handlungsperspektiven gegen die nach wie vor weltweit anzutreffende MännerHERRschaft.«* (S.231)
Die zitierten Feministinnen sind davon jedoch offenbar kilometerweit entfernt. Der Kontakt mit dem Islam führte dazu, daß sie die westlichen Gesellschaften (wieder?) uneingeschränkt positiv sehen. Bernard/Schlaffer lassen sich in *Die Grenzen des Geschlechts* sogar zu dem peinlichen Bekenntnis hinreißen *»›Hier ist es besser, viel besser. Es ist besser, es ist humaner, es ist freier, es ist gerechter. Es ist auch toleranter, trotz allem.‹«* (S. 135f)
Nach dem Wegfallen des Ost-West Konflikts fiel dem Islam die Rolle des Bösen zu, und zwar des echten, wahren und einzigen Bösen. Pinn/Wehner weisen daraufhin, daß der Islam zum Beispiel die Autorinnen Bernard/Schlaffer veranlaßt, wirtschaftliche Abhängigkeit und Kolonialismus bei der Betrachtung der Dritten Welt auszuklammern. Die Industrienationen brauchen nun dank Islam kein schlechtes Gewissen mehr zu haben. Böse sind in den Augen des Westens natürlich auch die islamischen Fundamentalisten, die in Algerien die Regierung bekämpfen. Früher hätten Soli-Gruppen noch darauf hingewiesen, daß diese militanten Gruppen ein von Frankreich gestütztes Militärregime bekämpfen, das es mit den Menschenrechten nicht so genau nimmt, bzw. sogar überhaupt nicht genau. Dieses Solidaritäts-Problem stellt sich heutzutage jedoch nicht mehr – weder in Ägypten noch in Algerien.
Pinn/Wehner beschreiben in *Europhantasien* nicht, was die kämpfenden Fundamentalisten wollen, sie erklären nicht, was der wahre Islam ist. Sie bleiben konsequent bei dem Blick des Westens auf den Islam. Sind sie dadurch radikale Anti-Westlerinnen geworden?
»Wir möchten nicht so verstanden werden, daß wir der Meinung sind, im Iran, in Algerien, in der Türkei oder in anderen islamischen Ländern sei alles ganz großartig, bei Kritik an ›islamischen‹ Gesetzen, Verhaltensnormen usw. könne es sich nur um dum-

me oder böswillige Unterstellungen handeln und für die dort lebenden Frauen gebe es nicht den geringsten Grund, sich gegen Benachteiligung zur Wehr zu setzen. Weder wollen wir die Offenlegung von Mißständen tabuisieren, noch sprechen wir ›westlichen‹ Menschen generell das Recht ab, sich kritisch mit ›dem Islam‹ sowie den Verhältnissen in islamischen Ländern und Migrantenmilieus auseinanderzusetzen. Die Frage ist allerdings, auf der Basis welcher Werte, Interessen und Zielvorstellungen dies geschieht und wer an solchen Diskursen mit welchen Durchsetzungschancen beteiligt ist.« (S. 134)

Knackpunkt in der Auseinandersetzung des Westens mit dem Islam ist das Verhältnis zur Religion. Ausgehend von der abendländischen Geschichte erwartet der Westen auch von den muslimischen Frauen die Ablösung von der Religion. Auf dem Weg zur Emanzipation scheint es keine anderen Möglichkeiten zu geben als Säkularisierung.

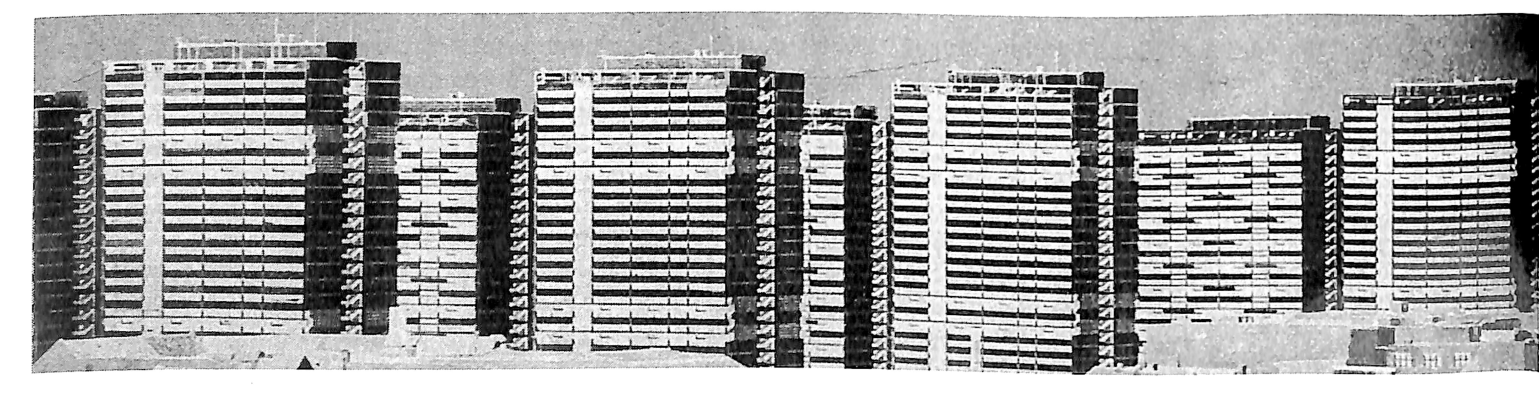
Dieses Bild des Westens vom Islam, das in allen gesellschaftlichen Bereichen gleich ist, entstand nicht aufgrund mangelnder Information. Auch gebildete und weitgereiste WestlerInnen projizieren abendländische Werte und Gefühle auf ihre Beobachtungen. Es stellt sich also die Frage: Wie können die eingefahrenen Sichtweisen überhaupt noch verändert werden?

»Zwar sind Aufklärung, Begegnungen und institutionalisierende Dialoge wichtig, und Medienberichte, wissenschaftliche Arbeiten, Schulbücher etc. können durchaus positives bewirken. Umfassende strukturelle Veränderungen halten wir jedoch für unwahrscheinlich, solange nicht zugleich die den gängigen Vorstellungen und Bewertungen zugrundeliegenden Wahrnehmungsmuster, die damit verbundenen Interessen sowie die sozialen Funktionen der Abgrenzung und Polarisierung erkannt werden. Meistens geht es in den von uns ausgewerteten Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln ebenso wie in den wissenschaftlichen Publikationen, anders als zu vermuten, jedoch nicht um eine sachliche Darstellung und offene Auseinandersetzung, sondern primär um Selbstbestätigung, um Identifikation mit den Werten und Lebensformen des Abendlandes und die Abwehr von Verunsicherungszumutungen durch den Islam, um die Erichtung von Barrieren gegen unwillkommene Zuwanderer etc.« (S.230)

In einem Punkt geht meiner Meinung nach mit den Autorinnen der anti-westliche Standpunkt durch: Sie kommen in einer Fußnote auf den Fall Rushdie und *Die satanischen Verse* zu sprechen. Ihre Stellungsnahme kann so verstanden werden, daß die Autorinnen zwar das Todesurteil ablehnen, aber Zensur gutheißen (S.105-106). Im Gespräch mit Alfred Schobert in *Klenkes Magazin für Aachen* sagt Marlies Pinn dazu: *»In jeder Kultur, auch in unserer, gibt es bestimmte Tabus, an die man nicht so einfach rühren kann. Rushdie verstößt gezielt gegen das Tabu aller islamischer Kulturen, zur großen Freude des Westens, wie sein Erfolg zeigt. Im Westen müßte, statt einfach über »Fundamentalismus« zu zetern, zumindest darüber nachgedacht werden, ob man so mit den Tabus anderer Kulturen umgehen sollte. Ist der Tabubruch, nur weil er ein Tabubruch ist, deshalb schon in jedem Fall gut?«* Meiner Meinung nach geht es in den satanischen Versen gerade nicht um einen Tabubruch um des Tabubruchs willen, sondern um eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Religiösität. Und da gibt es offenbar wieder nicht so große Unterschiede zwischen den Religionen, als daß vermurkelte und neurotische Christenkinder (wie ich) die satanischen Verse nicht mit Gewinn lesen könnten.

Heidje, ZAG-Redaktion

Irmgard Pinn/Marlies Wehner
EuroPhantasien
Die islamische Frau aus westlicher Sicht
DISS, Duisburger Institut für Sprach-und Sozialforschung, 1995
ISBN 3-927 388-49-1 DM 29.80



Vom Attentat zur Ausgrenzung

Zur aktuellen Situation in Frankreich

Eine Reihe von Attentaten sorgt seit dem vergangenen Sommer in Frankreich für Aufregung. Sie beginnt damit, daß am 11. Juli in Paris der Imam Abdelbaki Sahraoui, moslemischer Geistlicher im 18. Arrondissement der Hauptstadt und Mitbegründer der algerischen Islamischen Heilsfront (FIS), von zwei Unbekannten erschossen wird. Am 25. Juli explodiert eine Bombe in der Metrostation Saint-Michel, mitten in Paris. Sieben Menschen werden getötet, 92 verletzt. Kaum einen Monat später, am 17. August, werden 17 Leute in der Nähe des Triumphbogens von einer weiteren Bombe verletzt. Am 27.08. wird in einem Hochgeschwindigkeitszug auf der Strecke Paris-Lyon ein Sprengsatz entschärft. Zwei weitere Bomben in Paris Anfang September, bis dann am 7.September eine Autobombe vor einer jüdischen Schule in Villeurbanne bei Lyon hochgeht: 14 Verletzte. Das Attentat, das offenbar gegen jüdische Kinder gerichtet war, sorgt in Frankreich auch aus historischen Gründen für besondere Empörung.

Die Attentäter suchen ihre Opfer scheinbar wahllos unter der Zivilbevölkerung. Immer befinden sich die Sprengsätze an Orten mit viel Publikumsverkehr: Bahnhöfe, Marktplätze, große Kreuzungen, Schulen. Diese Strategie sorgt von vorneherein auch in der französischen Linken für die politische Isolierung der Bombenleger.

Die Ermittlungsbehörden vermuten schnell die algerische »bewaffnete islamische Gruppe« (GIA) hinter den Anschlägen, obwohl zunächst keinerlei Beweise vorliegen. Lediglich ein anonymer Anrufer bekennt sich gegenüber dem Fernsehsender RTL im Namen eines »GIA-Generalkommandos« zu den Anschlägen und fordert die Einstellung der Unterstützung der algerischen Militärregierung durch Frankreich. Die Polizei zweifelt zunächst an der Echtheit der Anrufe.



Gigantischer Repressionsapparat

Der französische Staat setzt Hunderte von Beamten ein, um die Attentäter zu fassen. Die Kontrollen an Flughäfen, Bahnhöfen und an den Grenzen werden verschärft und die Eliteeinheit CRS mobilisiert, nachdem Präsident Chirac die Umsetzung des Schengener Abkommens weiterhin auf unbefristete Zeit ausgesetzt hat. Das Innenministerium von Jean-Louis Debré bietet eine Prämie von einer Million Francs für Hinweise auf die Attentäter.

Am 7. September, nach dem Anschlag vor der jüdischen Schule in Villeurbanne, setzt der Staat schließlich den militärischen Krisenplan »Vigipirate« in Aktion, der bereits 1991 während des Golfkriegs zur Anwendung gekommen war: Neben Polizei, Gendarmerie und Grenzschutztruppen werden 4000 Beamte der CRS, 1800 Soldaten, 1700 Hilfspolizisten und 1000 Auszubildende in Sicherheitsdiensten mobilisiert. Insgesamt sind 32 000 Männer für die Wiederherstellung der inneren Sicherheit im Einsatz. 1991 war »Vigipirate« anläßlich des Golfkriegs schon einmal in Kraft gesetzt worden, allerdings in bescheidenerem Umfang. (1)

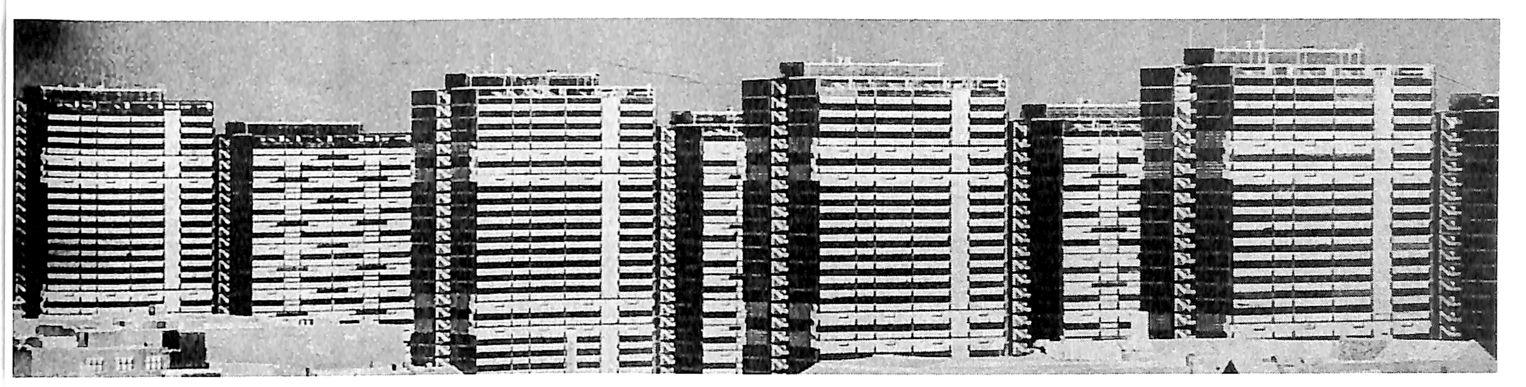
Zwischen dem 25. Juli und dem 6. September werden in ganz Frankreich 800 000 Personen kontrolliert und 19 844 vorübergehend festgenommen (2). Durch »Vigipirate« wird das Netz noch enger geknüpft: Vom Inkrafttreten des Plans am 7.September bis 24. Oktober sind es nach Angaben des Innenministeriums 2 Millionen Menschen, die sich den Kontrollen unterziehen müssen.



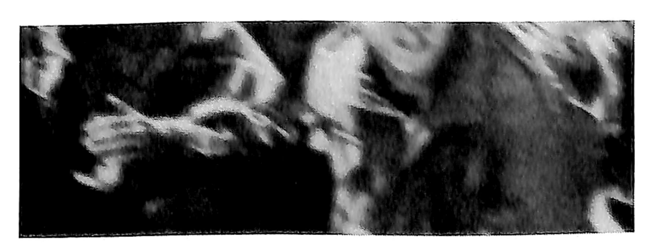
Jagd nach dem Aussehen

Sich auszurechnen, wer da kontrolliert und vorübergehend festgenommen wird, ist nicht schwer. Seitdem die algerische GIA im Gespräch ist, richtet sich der Verdacht auf alle Menschen »arabischen Typs«. In der Pariser Métro sehen die Leute unter den Sitzbänken nach, bevor sie in einen Wagen steigen, und beäugen ihre maghrebinischen Mitreisenden mißtrauisch. Wie hilflos und absurd dieses Mißtrauen ist, belegen die Zahlen: 4 Millionen Moslems leben laut der Zeitschrift Telerama in Frankreich und 2 Millionen AlgerierInnen.

Auch die Polizeikontrollen werden nach Augenschein durchgeführt. Antirassistische Organisationen warnen vor der kollektiven Psychose und denunzieren die allgemeine »Chasse au faciès« (Jagd nach dem



Aussehen). Sie fordern die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß die Personenkontrollen wenigstens die Menschenwürde der Kontrollierten nicht verletzen.
Die algerische Community selbst ist durch die Attentate sehr verunsichert. Islamische Führer forcieren die Organisierung der Religionsgemeinschaft auf nationaler Ebene, um eine legitimierte Interessenvertretung gegenüber der französischen Regierung zu haben, und distanzieren sich von den Attentaten. Eine HörerInnenumfrage auf dem MigrantInnenradiosender »Beur FM« in Paris ergibt, daß die Mehrheit der Beurs Verständnis aufbringt für die Personenkontrollen. Offenbar lösen die Attentate bei manchen diffuse Schuldgefühle aus: »Wenn ich meine Papiere zeige, dann kann ich mit erhobenem Kopf weitergehen«, sagt einer von ihnen. Da die Bomben, im Gegensatz zur Polizei, nicht nach Hautfarbe differenzieren, fühlen sich auch die Beurs durch die Attentate bedroht. Manche, die erst seit kurzem Algerien verlassen haben, empfinden die Personenkontrollen im Vergleich zum dortigen Kriegszustand als »protokollgemäß« und harmlos. Andere klagen über die verschärfte gesellschaftliche Ausgrenzung, die sie erfahren (3).
Großangelegte Razzien konzentrieren sich vor allem auf die Vorstädte von Paris und Lyon, wo in heruntergekommenen Neubausiedlungen ein hoher Prozentsatz MigrantInnen lebt. Die Arbeitslosigkeit beträgt in diesen »Cités« durchschnittlich 40%, das ist das doppelte der landesweiten Quote (4). In Nanterre bei Paris wird Ende Oktober Nouredine Bénomari von einem Lastwagen überfahren, als er sich auf der Straße über die Festnahme seines jüngeren Bruders empört. Eine Demonstration, die seinen Tod mit dem Polizeiterror im Stadtteil in Verbindung bringt, wird von der Präfektur verboten. 50 Jugendliche erscheinen trotzdem und beschweren sich über Megaphon über die Erniedrigungen, die sie über sich ergehen lassen müssen. Sie berichten von Beschimpfungen als »dreckiger Araber« von Seiten der Uniformierten. Manche wurden an einem Tag bis zu acht mal kontrolliert und durchsucht (5).



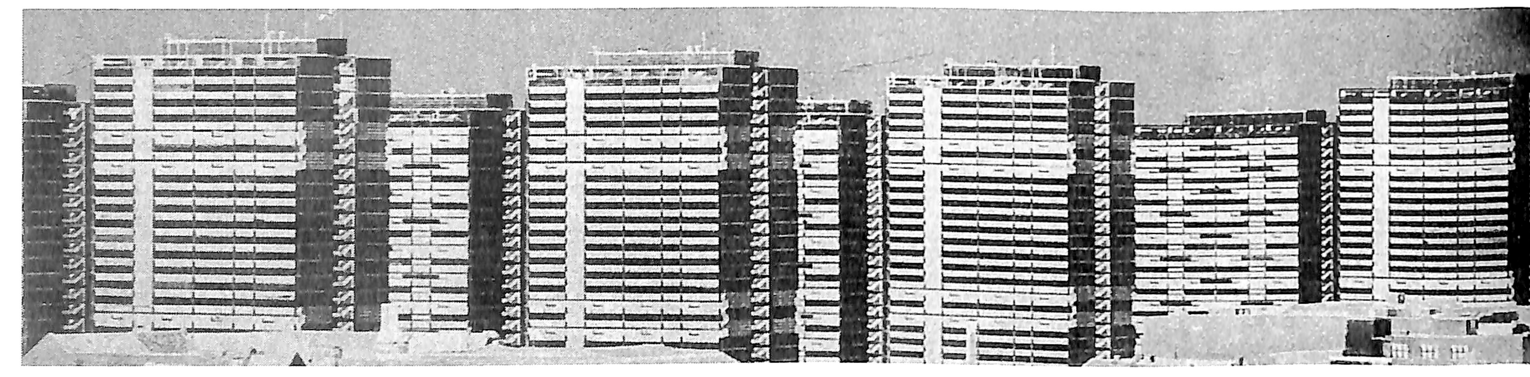
Illegale verstecken sich

Rasterfahndung und Personenkontrollen in diesem Ausmaß haben auch gravierende Konsequenzen für eine ganz andere Gruppe MigrantInnen, die nicht unbedingt aus dem Maghreb kommen: Die illegalisierten Flüchtlinge. Für sie hat sich die Gefahr, bei alltäglichen Verrichtungen auf der Straße der Polizei in die Hände zu geraten und abgeschoben zu werden, vervielfacht. Auf Aufenthaltsrecht spezialisierte RechtsanwältInnen und Flüchtlingsberatungsstellen konstatieren, daß seit dem Inkrafttreten von Vigipirate etwa 40% weniger Menschen in ihre Sprechstunden kommen. »Die Leute rufen an, aber sie gehen nicht mehr aus dem Haus«, sagt der Pariser Anwalt Alain Mikowski. Ausgerechnet die als linksliberal geltende Tageszeitung Libération beklagt in ihrer Ausgabe vom 24. Oktober, daß trotz Vigipirate die Zahl der Abschiebungen nicht signifikant zugenommen hat: Wie bereits 1994 werden es 1995 zwischen 10 000 und 12 000 sein. Im Innenministerium führt man diese »schlechten Ergebnisse« unter anderem auch darauf zurück, daß Abschiebungen nach Algerien aufgrund der französisch-algerischen Krise derzeit nicht möglich sind.

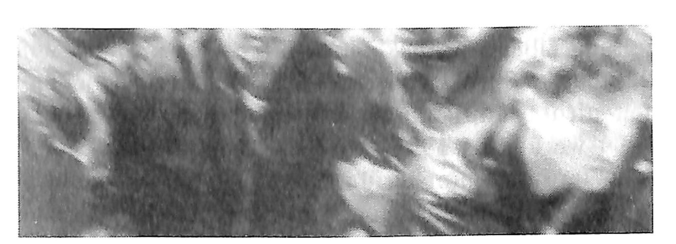


Vorverurteilung in den Medien

Anfang September vollzieht die französische Presse einen Schwenk in der Berichterstattung über die Ermittlungen im Hinblick auf die Sprengstoffanschläge. Bis dahin waren vor allem Geheimdienstinformationen kolportiert worden, die die Verantwortung für die Attentate Kommandos der GIA mit Verbindungen ins Ausland zuschrieben. Als Hauptverdächtiger galt ein in Stockholm lebender Algerier, Abdelkrim Deneche, der in der Metrostation Saint-Michel von einem Augenzeugen erkannt worden sein soll. Doch die schwedischen Behörden weigerten sich, den Mann auszuliefern: Er hatte ein Alibi.
Die Stoßrichtung der Berichterstattung änderte sich mit dem Sprengsatz im Hochgeschwindigkeitszug, auf dessen Zündmechnismus die Fingerabdrücke eines Jugendlichen aus den Vorstädten von Lyon, Khaled Kelkal, entdeckt worden sein sollen. »Der Terrorismus geht durch die Banlieues (Vorstädte)«, titelt Le Figaro am 7. September. Am Tag darauf hatten Polizeigewerkschaften in derselben Zeitung die Banlieues als »rechtsfreie Zonen« beschrieben, in denen das Drogen- und Faustrecht herrsche und polizeiliches Eingreifen zum Teil nicht mehr möglich sei. »Immer mehr Desperados in den Banlieues«, schreibt die Zeitung La Croix am 13.09.



Khaled Kelkal selbst, nach dem im Großraum Lyon intensiv gefahndet wird - auch hier sind 250 Soldaten mit Maschinengewehren im Einsatz -, wird massiv vorverurteilt: »Wie Kelkal zum Terroristen wurde«, überschreibt Le Figaro am 12. September eine Biographie des Flüchtigen. Er ist ein ganz normaler Vorstadtjunge, der sogar den Sprung aufs Lycée geschafft hatte, bevor ein Autodiebstahl ihn zum ersten Mal in den Knast brachte.



Wie ein Wildschwein abgeknallt

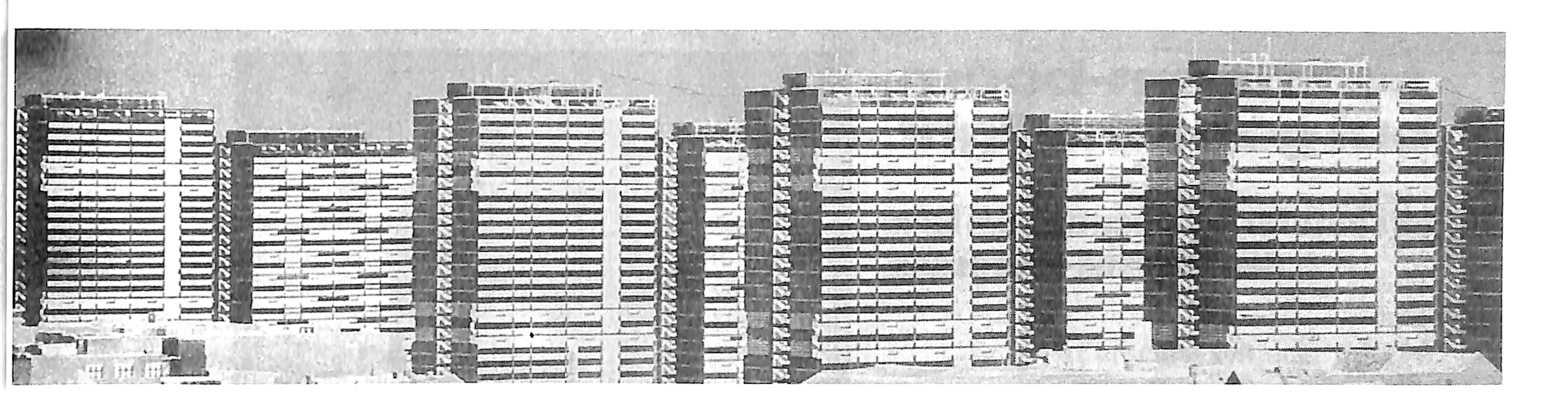
Ihren Höhepunkt erreicht diese Stimmungsmache, als die Polizei Kelkal am 29. September in den Bergen bei Lyon stellt. Die Erschießung des 24jährigen durch seine staatlichen Verfolger wird in den Nachrichten live im Fernsehen übertragen. Die Beamten hätten in Notwehr geschossen, bestätigt sogleich der Staatsanwalt von Lyon. An dieser Version kommen jedoch wenige Tage später erhebliche Zweifel auf, als herauskommt, daß der zuständige Fernsehredakteur eine Tonsequenz aus dem übertragenen Film herausgeschnitten hatte. »Mach ihn fertig! Mach ihn fertig« ruft auf dem Originalband einer der Polizisten, bevor geschossen wird. Augenzeugen hatten lediglich gesehen, daß Kelkal eine Pistole gezogen hatte. Wer zuerst geschossen hat, konnten sie nicht bestätigen. Die Debatte darum, ob Kelkals Erschießung eine Hinrichtung war, wird von Innenminister Debré mit der Behauptung abgetan, er habe das Gefühl, daß Kelkal in alle bisherigen Attentate verwickelt gewesen sei (6). Wichtig ist nur, daß der in wenigen Wochen zum »Staatsfeind Nummer 1« avancierte nun endgültig besiegt ist. Auch in den Medien wird der Tod des »meistgesuchten Mannes Frankreichs« als Erfolg gefeiert. Ballistische Untersuchungen ergeben jedoch lediglich, daß Kelkal und sein schwerverletzter Begleiter Karim Koussa auch am Attentat auf den Imam Sahraoui beteiligt gewesen sein könnten.

Nicht nur in Khaled Kelkals heimatlicher Hochhausstadt Vaulx-en-Velin im Osten Lyons sorgen die Bilder seiner Erschießung für Empörung. Kelkal sei abgeknallt worden wie ein Wildschwein, so ein Jugendlicher aus Vaulx-en-Velin. Danach habe ein Polizist seinen Leichnam mit dem Fuß herumgedreht. »Einen Toten muß man respektieren« - viele empfinden die Fernsehbilder als kollektive Demütigung (7).

Nach der Erschießung Khaled Kelkals lassen die Beurs in den Vorstädten ihre täglich angestaute Wut heraus. Über 200 Autos und dutzende Telefonzellen brennen im Laufe des Oktobers in den Banlieues von Lyon. Auch in den Vorstädten von Paris, Toulouse, Mulhouse und Strasbourg kommt es zu heftigen Straßenschlachten mit der Polizei (8). Die sozialistische Bürgermeisterin von Strasbourg, Catherine Trautman, setzt 60 bewaffnete Soldaten ein, um im öffentlichen Nahverkehr für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie muß diese bürgerkriegsartige Maßnahme, die den Rahmen von »Vigipirate« noch überschreitet, aufgrund von Protesten nach wenigen Tagen wieder rückgängig machen.

Die öffentliche Diskussion um die Banlieues erreicht mit Kelkals Tod die nächste Stufe. »Zwischen Banlieues und Islam«, »Die neuen Vorstädter des Islam« und »Den Islamisten ist es gelungen, vielen jungen Immigranten eine Identität zu geben«(9) lauten die ent-





sprechenden Schlagzeilen. Waren die maghrebinischen BanlieuebewohnerInnen bislang nur schwer zu disziplinierende Taugenichtse, so will man nun plötzlich endeckt haben, daß sie alle längst zum Islam konvertiert sind. Banlieue = Islam = Fundamentalismus = Terror, lautet die verkürzte Gleichung, die hier aufgemacht wird. Ihr wird auch von Seiten der französischen Linken nicht groß widersprochen. Im Gegenteil, sie stimmt in den undifferenzierten antifundamentalistischen Reigen ein: »l'intégrisme est un fascisme« (der Fundamentalismus ist ein Faschismus) (10) scheint die These zu sein, die die sozialarbeiterischen Integrationsansätze der 80er Jahre verdrängt hat. Mit Bedauern wird festgestellt, daß die Beurs-Organisationen, die Mitte der 80er Jahre im Kampf gegen Rassismus und für gleiche Rechte entstanden waren, immer weniger Zulauf haben und teilweise islamische Vereinigungen an ihre Stelle getreten sind.
Daß Publizisten die Gelegenheit ergreifen, gegen die in Frankreich noch mögliche doppelte Staatsbnrgerschaft zu Felde zu ziehen (11), während der Justizminister die Gesetze zur inneren Sicherheit verschärft, verwundert angesichts dieser Stimmung nicht.
Ein Aspekt dagegen wird im öffentlichen Diskurs tunlichst ausgespart: Die historische und auch aktuelle Verantwortung Frankreichs am algerischen Bürgerkrieg. Frankreich ist nicht nur ehemalige Kolonialmacht, sondern bis heute der wichtigste Handelspartner für das Land jenseits des Mittelmeers. Durch die pauschale Stigmatisierung maghrebinischer MigrantInnen als potentielle Terroristen entledigt man sich auch der Verantwortung, die Flüchtlinge aus Algerien aufzunehmen. Im Gegenteil, wo auch MigrantInnen der zweiten und dritten Generation per öffentlichem Diskurs wieder auf ihre vermeintlichen Wurzeln, Islam und Fanatismus, eingeschworen werden, wird das Interesse sichtbar, sie per definitionem auf den Status von Fremden festzuschreiben.
An den Anschlägen ändert das alles nichts. Am 9. Oktober bekennt sich die algerische GIA erstmals schriftlich dazu und ruft zum Djihad in Frankreich auf. Am 18.10. explodiert wieder eine Bombe in einem Pariser Nahverkehrszug: fünf Schwerverletzte. Am 3. November entschärft die Polizei rechtzeitig einen Sprengsatz auf dem Markt der nordfranzösischen Stadt Lille ...

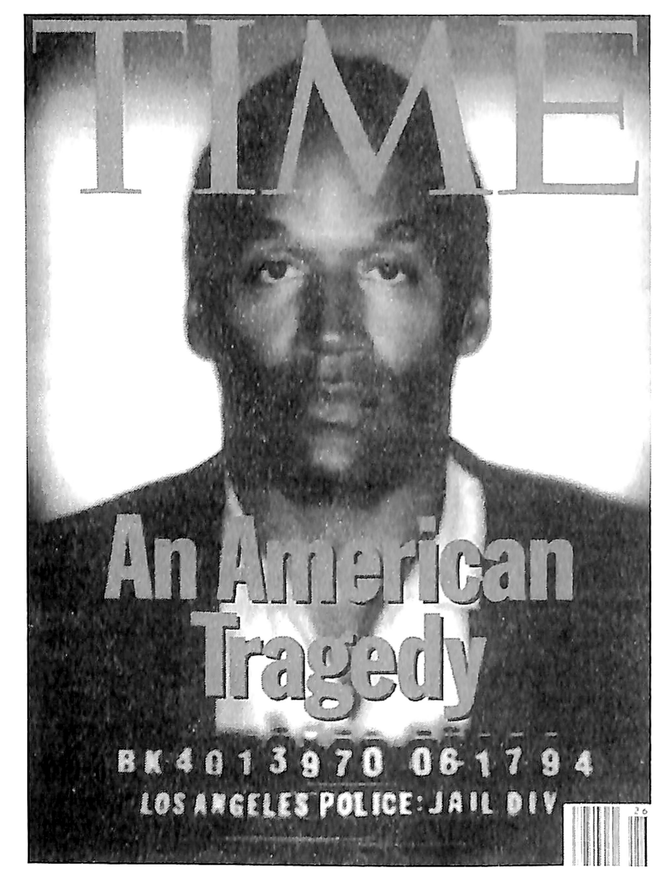
Miriam Lang

(1) Libération 24.10.1995
(2) Le Figaro 06.09.1995
(3) Libération 15.09.1995
(4) L'Evènement du Jeudi 2.09.1995
(5) Libération 13.09.1995
(6) Le Monde, chronique Septembre
(7) Libération 2.10.1995
(8) Le Figaro 30.10.1995
(9) Le Monde, 13.10.1995
(10) L'Humanité, 24.10.1995
(11) Le Figaro 20.10.1995



Boom-boom, out goes the light.

Ein verspäteter Kommentar zum Ende des Simpson-Prozesses.



Die Show der Shows ist vorbei. Am 3. Oktober 1995 wurde der schwarze Ex-Footballstar O.J. Simpson von der Jury eines Geschworenengerichtes in Los Angeles einstimmig vom Vorwurf des Mordes an seiner Ex-Frau und deren Freund freigesprochen.

Schenkt man den vom amerikanischen Sender NBC übertragenen Fernsehbildern halbwegs Glauben, so waren die Reaktionen der Bevölkerung auf den Freispruch Simpsons entlang der »color-line« zwischen Schwarzen und Weißen gespalten. Der Zuschauer sah jubelnde Schwarze vor dem Gerichtsgebäude in L.A., auf dem Times Square in New York, im Hörsaal der juristischen Fakultät einer schwarzen Universität. Auf der anderen Seite zeigte NBC grimmige und enttäuschte weiße Autofahrer. Jeder wisse, daß Simpson der Täter sei, meinten diese. Einzige Ausnahme in diesen gnadenlos einheitlichen und (vielleicht) vorhersehbaren Reaktionen: Eine jüngere schwarze Frau, die sinngemäß erklärte, der Prozeßausgang zeige nur eins, nämlich wieviel Gerechtigkeit man sich in diesem Land für einige Millionen Dollar kaufen könne.

Wofür steht also der Freispruch Simpsons? Die einhellige Freude vieler schwarzer US-Amerikaner beruht fälschlicherweise auf der Idee, es der »white power structure« endlich einmal gezeigt zu haben. Die Ablehnung und Wut vieler Weißer dagegen beruht auf dem Eindruck, Simpson sei aufgrund seiner Hautfarbe juristisch bevorzugt worden, seine Verteidiger hätten den Nimbus gesellschaftlicher Unterdrückung und Entrechtung effektiv im Sinne des Angeklagten einzusetzen gewußt. Daneben spielen sicher auch teilweise rassistische Motive eine Rolle: Ein schwarzer Mann, der wie Simpson gesellschaftlich großen Erfolg hat und, vielleicht noch gravierender, mit einer weißen Frau zusammen ist, gehört zum Teufel gejagt.

Nun ist der Simpson-Fall ein denkbar merkwürdiger Ort zur Austragung von Interessengegensätzen zwischen Schwarzen und Weißen. Simpson hat mit irgendeiner Idee schwarzer Befreiung ungefähr soviel zu tun wie Wolfgang Schäuble mit dem Kampf der Ogoni. Viele Funktionäre schwarzer politischer Organisationen kritisierten, daß Simpson der »black community« mit seinem Erfolg den Rücken gekehrt habe und sein Leben zwischen Golfspiel und Gartenparty im Kreise der Reichen und Berühmten von Los Angeles verbrachte. Er steht für die schwarze Version des »American Dream«, für den liberalen Wunschtraum des »everybody can make it«.

Es läßt sich mit anderen Worten keine Linie zwischen O.J. Simpson und einem wie auch immer gearteten schwarzen Reform- (oder Revolutions-) Projekt ziehen. Das liegt nun allerdings nicht an Simpson, sondern daran, daß es ein derartiges gesellschaftliches Projekt derzeit nicht gibt. Vor diesem Hintergrund wirft die Tatsache, daß Leute wie Simpson oder der fundamentalistische Moslem und Antisemit Louis Farrakhan (»Nation of Islam«) zu Idolen werden, ein trauriges Licht auf den politischen Zustand der »black community« der USA.

In einem weiteren Sinne ist dies durchaus symptomatisch für die Situation der US-Gesellschaft. Fast könnte man den Prozeß, der eine ganze Nation in seinen Bann zog, als gelungenes Ablenkungsmanöver betrachten. In Wirklichkeit wird längst um ganz andere Dinge gestritten, die ungleich gravierendere Konsequenzen haben werden als der Ausgang dieses Verfahrens. Die »wirklichen« (bei aller Problematik dieses Begriffes) Auseinandersetzungen in den USA drehen sich um weitreichende Umverteilungen von unten nach oben. Die damit verbundene gesellschaftliche Marginalisierung richtet sich gegen die Unterschicht und unter diesen besonders die »black underclass«. Es geht dabei unter anderem um gravierende Einschnitte in das ohnehin rudimentäre soziale Netz, um eine drastische Verschärfung der Strafgesetzgebung, den Bau neuer Knäste, die Einschränkung der Einspruchsmöglichkeiten für Häftlinge (insbesondere für die »people on death row«, die Todeskandidaten). Nachzulesen ist all dies im »Contract with America«, dem Ende 1994 erschienenen politischen Aktionsprogramm der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus unter ihrem »speaker« Newt Gingrich.

Während die Präsidentschaft des Demokraten Lyndon B. Johnson in den 60ern sich unter dem Einfluß der Bürgerrechtsbewegung und der Ghettoaufstände das Etikett eines »War on Poverty«, eines Kreuzzuges

gegen die Armut gab, liest sich das Programm der Republikaner als »War against the Poor«, als Kreuzzug gegen die Armen. Oberste Prämisse ist hierbei der Budgetausgleich.
Doch noch eine andere gesellschaftliche Spaltung verdient in diesem Zusammenhang Beachtung. Mit der Industrialisierung, insbesondere aber seit den 60er Jahren, ist eine schwarze Mittelschicht entstanden, die ca. ein Drittel der schwarzen Bevölkerung umfaßt. Für die Mitglieder dieser Schicht bestehen Aufstiegschancen, Qualifizierungsmöglichkeiten, kurz, soziale Mobilität. Dem steht die »black underclass« gegenüber, die ebenfalls ungefähr ein Drittel der schwarzen Bevölkerung ausmacht. Die Mitglieder dieser Klasse sind betroffen von steigender Armut, einem Herausfallen aus dem Arbeitsmarkt, einem dramatischen Zerfall der Familienstrukturen, einem Leben in den Ghettos der amerikanischen Großstädte sowie einer florierenden »underground economy«, die sich aus Drogen, Waffen und Prostitution zusammensetzt. Die Situation dieser »black underclass« hat sich in den letzten 20 Jahren drastisch verschlechtert, ganze Bezirke US-amerikanischer Großstädte sind dem Elend, dem Verfall und der Gewalt preisgegeben. Folgt man der in den USA vieldiskutierten Analyse des Soziologen William Julius Wilson, so sind es in zunehmendem Maße ökonomische Faktoren anstelle von genuin rassistischen, welche die Mitglieder der »black underclass« in Unterprivilegierung und Marginalisierung festhalten. Die Mechanismen der »economic subordination« hätten die früheren der »racial caste oppression« abgelöst. Das heißt nicht, daß es keinen Rassismus in der US-Gesellschaft mehr gebe, sondern dieser sei inzwischen v.a. in anderen Bereichen wirksam als auf dem Arbeitsmarkt, wo Wilson die entscheidenden Mechanismen für die Zuteilung gesellschaftlicher Chancen und Ressourcen lokalisiert. Der Übergang von der industriellen zur Dienstleistungsökonomie (d.h. der Wegfall industrieller Jobs), die Verlagerung von Industrien aus den Städten in den »sun belt« des Südens und ins Ausland, das Rationalisierungstempo der Schlüsselindustrien, alles dies seien die Faktoren, die dafür sorgten, daß kaum geeignete Jobs für die »black underclass« zur Verfügung stünden.
Man mag diese materialistische Analyse (die eine ausführlichere Besprechung verdient hätte, als an dieser Stelle möglich ist) bestreiten oder sie zu einseitig finden. Wenn sie allerdings zutrifft, so kann die Ersetzung der »racial caste oppression« durch »economic subordination« kaum ein Grund zur Freude sein: Ökonomische Mechanismen der Deklassierung könnten sich als noch hartnäckiger erweisen als die angesichts eines modernen Kapitalismus »irrationalen« rassistischen Vorurteile.

Georg Rohde

Literatur:
Anderson, Elijah: Streetwise. Race, Class and Change in an Urban Community. Chicago: University of Chicago Press, 1990.
Gillespie, Ed/Schellhas, Bob: Contract With America. New York: Random House, 1994.
Wilson, William Julius: The declining significance of race. Blacks and changing american institutions. Zweite Auflage. Chicago: University of Chicago Press, 1980.

Antisemitismus und Gesellschaft

Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt

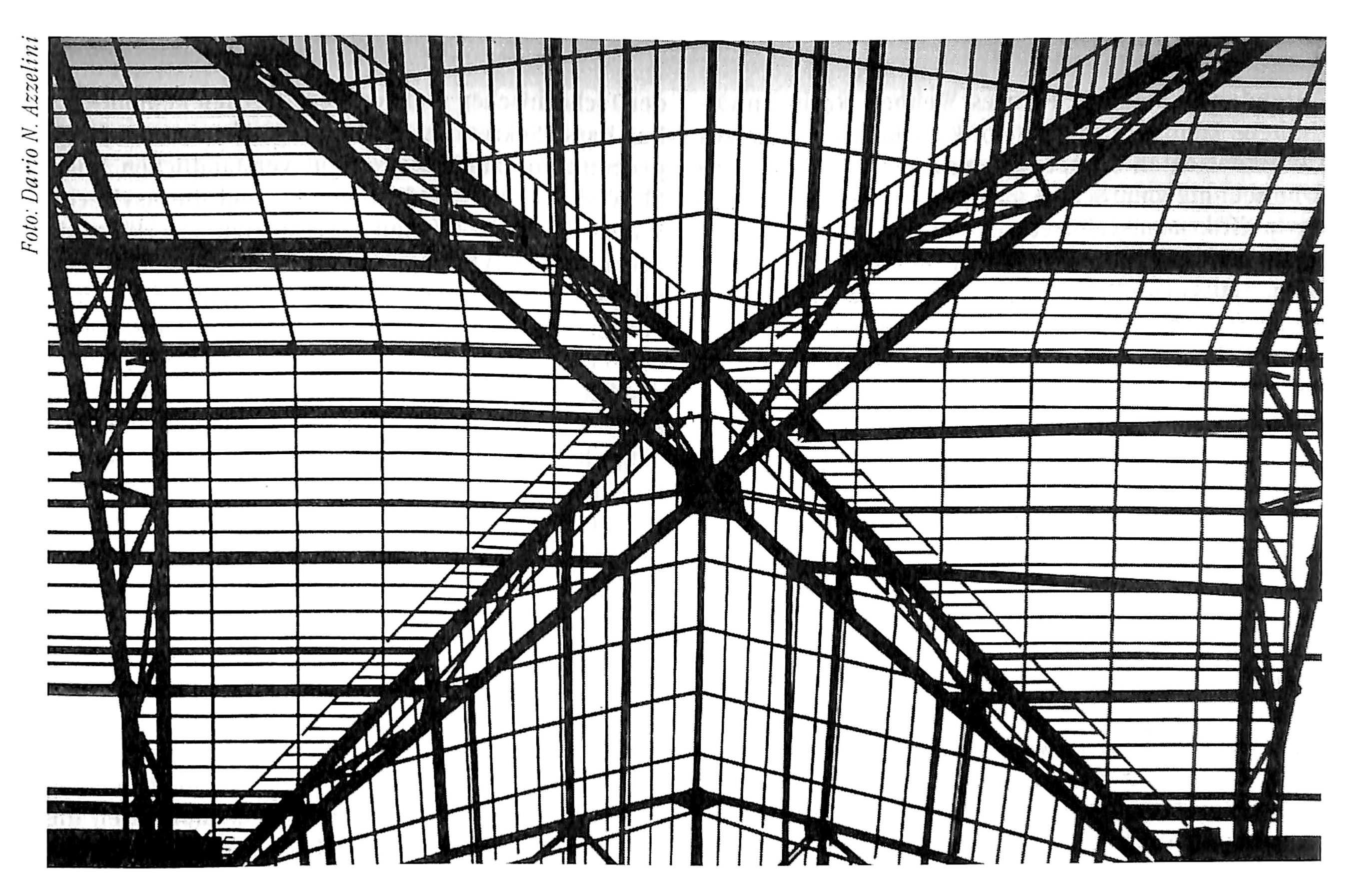
»Wenn Gesellschaft zu einem Garten wird, dann nimmt die Idee vom unwerten Leben in jedem Gesellschaftsentwurf so viel Platz ein, wie die Notwendgkeit der Bekämpfung von Unkraut und Parasiten in jedem guten Gartenhandbuch ausmacht.«

Der Soziologe Baumann vergleicht die Moderne mit einem Zeitalter des Gartens. An die Gesellschaft wird Hand angelegt wie an einen Garten: Er wird gehegt, gepflegt und behütet. Widerstrebendes und all jenes, der eigenen Vorstellung von Gestaltung Zuwiderlaufende, wird bekämpft, rausgerupft und vernichtet.
Schließlich läßt die Botanik-Parabel das Unbeschreibliche erahnen und führt letztlich mit Gewißheit nach Auschwitz.
Ordnung ist das entscheidende Prinzip, und in der Geschichte der westlichen Zivilisation, welche gleichzeitig und zeitgleich auch die Geschichte des Antisemitismus ist, ist den Juden die Verkörperung der Ambivalenz, der Un-Ordnung, zu- und angedacht worden. Einmal auf diese Rolle festgeschrieben, so fährt Baumann fort, *»waren die Juden der offensichtlichste Abladeplatz für die anderenfalls verzweifelt klassen- und nationengebundenen Ängste.«*
Wenngleich der Holocaust die extremste Ausformung und Verinnerlichung dieser total aufgeräumten, maßgeschneiderten Gesellschaft war, so bestimmt für Baumann die Obsession des Ordnens auch heute vielfach das Denken und Handeln in der Postmoderne. Allerdings macht er hier eine entscheidende Einschränkung: *»Die Postmoderne hat die Erfolgsaussichten antisemitischer Staatspolitik in weite Ferne gerückt, aber sie reduziert den volkstümlichen do it yourself-Antisemitismus zu einem der vielen Schlachtfelder, auf denen die kollektiven Möchtegern-Identitäten ihre Feuertaufe bestehen.«*
Baumann schließt seinen Beitrag *Große Gärten, kleine Gärten* mit einer eher pessimistischen Prognose für den weiteren Verlauf der Postmoderne ab. Demzufolge werden postmoderne Gesellschaften eher von temporären Identitätskonflikten gezeichnet und konstituieren sich immer weniger entlang klassischer Kategorien wie Nation und Klasse. Hier stehen den diversen Identitäten - so auch der jüdischen - zwei unterschiedliche Prozesse gegenüber: die kulturelle Globalisierung einerseits und die soziale Separation andererseits. Vor beiden warnt Baumann, da deren Dynamik nicht abzusehen ist und eine Polarisierung fatale gesellschaftliche Konsequenzen haben kann.
Baumanns Ausführungen bergen ebenso wie andere Beiträge dieses von Michael Werz herausgegebenen Sammelbands weit über das engere Thema hinaus Diskussions- und Anknüpfungspunkte hinsichtlich der vielfach gewaltmäßig vermittelten Ausgrenzungsformen heutiger Gesellschaften.
Daß sich darüber konkret für die Linke, will sie nicht vollends in die Bedeutungslosigkeit taumeln, neue Ansatzpunkte der Reflexion ergeben, zeigt Michael Lerner in seinem Beitrag *Amerikanische Linke und Antisemitismus*. Allen debattengeschädigten Linken hierzulande sei die projektive Angst genommen: Hier geht es nicht in erster Linie um den Antisemitismus der amerikanischen Linken, sondern mehr um deren ignorante Haltung und fehlende analytische Reflexion hinsichtlich der Entstehung und Wirkung des Antisemitismus.
Ignoranz sowie fehlendes gesellschaftsanalytisches Instrumentarium sind die Grundlagen der von Lerner kritisierten gesellschaftspolitischen Bedeutungslosigkeit, mit der intellektuelle Kreise dem Antisemitismus begegnen. Was er jedoch weitergehend als zentrales Defizit der Linken offenlegt, ist deren historische Unfähigkeit und intellektuelle Armut, sich tatsächlich mit den Leidenserfahrungen der Menschen, dem Zusammenbruch ihrer Gemeinschaften und der sich daraus ableitenden Sinnkrise zu beschäftigen. Lerner bilanziert und appelliert gleichermaßen, wenn er schreibt: *»Die Aufgabe der Linken und zugleich der effektivste Weg, Antisemitismus zu bekämpfen, ist, Sinngemeinschaften anzubieten, welche die Sinnbedürfnisse der einzelnen ansprechen und dies in einem fortschrittlichen Sinne tun. Aber eine solche Linke gibt es heute nicht.«* Die Frage, die sich hier zwangsläufig anschließt, ist, ob es eine solche Linke überhaupt noch geben wird.
Spannend und aufschlußreich ist auch der historische Abriß Helmut Reinickes über mittelalterliche jüdische Gaunerbanden und deren wesentlichen Beiträge zur jüdischen Selbstbehauptung in einer feindlichen Umwelt.
Desweiteren: Detlev Claussen schreibt in dem ersten historischen Teil des Buches über Auschwitz, Alltagsreligion und Gesellschaftstheorie; Moishe Postone benennt diejenigen Apekte, die unabdingbarer Bestandteil des deutschen Nationalsozialismus waren und zeigt auf, warum es gerade in Deutschland geschah. Gleichfalls setzt sich Shmuel N. Eisenstadt mit der Vorgeschichte der Barbarei auseinander. Im zweiten Teil des Bandes folgen Aufsätze, die die politische Auseinandersetzung mit dem Thema in jüngster Zeit focussieren. Ulrich Sonnemanns bereits 1985 erschienener Artikel setzt sich exemplarisch anhand des seinerzeit kontrovers diskutierten Faßbinder-Stücks »Der Müll, die Stadt und der Tod« mit dem fortgesetzten Zustand der Verdrängung auseinander. Tim Darmstädter schreibt über die filmischen Darstellungen des Holocaust und wie das diesbezügliche Erinnerungsvermögen kulturindustriell in bestimmte dominante Muster gepreßt wird. Moshe Zuckermann beleuchtet und kritisiert den innenpolitischen Umgang mit dem Holocaust in der israelischen Gesellschaft.
Das Buch *Antisemitismus und Gesellschaft*, wohl nicht ganz zufällig in räumlicher Nähe des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entstanden, ist auch ein aktueller und interessanter Beitrag zur Orientierung in gesellschaftlich unübersichtlichen Zeiten.

Andreas Rosen/ARI

Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt, HG Michael Werz, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1995, 173 Seiten

Foto: Dario N. Azzelini



Festung Europa auf der Anklagebank

»Das Tribunal spricht die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Europäischen Freihandelszone schuldig, im Zusammenwirken mit den zuständigen Organen und internationalen Organisationen, durch ihre Asylpolitik die Rechte von Asylsuchenden und Flüchtlingen, die in der Genfer Konvention über die Rechtstellung der Flüchtlinge, der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Allgemeinen Erklärung zu den Menschenrechten verankert sind, systematisch und wiederholt verletzt zu haben.«

Mit diesem Schuldspruch endete das Basso-Tribunal zum Asylrecht in Europa, das im Dezember 1994 in Berlin stattfand. Die Gerichtsverhandlung hatte symbolischen Charakter, sie sollte vor allem die Öffentlichkeit auf den Niedergang des Asylrechts in Europa und seine konkreten Folgen für die alltäglichen Lebensumstände von Flüchtlingen aufmerksam machen. Während sich die Presse vermutlich durch die prominente Besetzung der Jury (u.a. Felicia Langer, Aziz Nesin und Günter Wallraff) anlocken ließ, waren die ZuhörerInnen eher dünn gesät. Viele der RednerInnen trugen ihre Informationen und Fakten darüber, wie in Europa gegen Völkerrecht verstoßen wird, vor halb leerem Zuschauerraum vor. Wer das Tribunal verpaßt hat, kann jetzt zum Buch greifen: Die Dokumentation des Basso-Tribunals ist gerade erschienen.

Wie bereits beim Tribunal selbst sind es nicht die Expertenberichte, die das Buch besonders lesenswert machen, sondern die Länderberichte aus Frankreich, Spanien, Deutschland und der Schweiz, auf die sich die Beweisaufnahme exemplarisch beschränkte, sowie die ZeugInnenaussagen für diese Länder. Hier wird die Geschichte der algerischen Rechtsanwältin Delila Meziane vorgestellt, der das französische Innenministerium die Reise nach Berlin verweigerte. Seit anderthalb Jahren kämpft die Feministin und Gewerkschafterin, die in Algerien massiven Repressionen und Bedrohungen ausgesetzt war, darum, in Frankreich Asyl zu bekommen. Die zuständige Behörde erkannte zwar an, daß sie in Algerien als aktive Feministin verschiedentlich Angriffen der Islamischen Heilsfront (FIS) ausgesetzt gewesen sei, und auch, daß ihre körperliche Unversehrtheit dort bedroht sei. Ihr Asylantrag wurde dennoch in erster Instanz mit der Begründung abgelehnt, ihre Befürchtungen seien nicht relevant im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, denn ihre Verfolgung würde vom algerischen Staat weder ausgehen noch toleriert oder gefördert.

Die kolumbianische Anwältin Clara Eugenia Valencia, die bereits seit 1989 in Spanien ist und sich dort als Putzfrau oder Straßenverkäuferin über Wasser hält, schildert, wie das Zusammenspiel von vorläufiger Asylgewährung und arbeitsrechtlichen Regelungen Flüchtlinge in Spanien einer ständigen existentiellen Unsicherheit aussetzt. Davon weiß auch Miguel Inocente Rodas aus Peru zu berichten, der aus der Armee desertierte. Nach seiner Ankunft in Spanien wurde er vier Tage lang in der sogenannten internationalen Zone am Flughafen festgehalten, wo er zu wenig zu essen bekam, kaum schlafen konnte und sich auch psychisch nicht in der Lage sah, sich zu verteidigen. Später wurde er Opfer rassistischer Polizeigewalt: Bei einer Ausweiskontrolle wurde er zusammengeschlagen und vier Tage lang inhaftiert.

Es sind diese Beispiele, die die Länderberichte, in denen anschaulich Verschärfungen des Asylrechts in den einzelnen Ländern beschrieben werden, zum Leben erwecken. Sie zeigen, was die Abschottungs- und Abschreckungspolitik der westeuropäischen Staaten für das Leben einzelner Menschen bedeutet.

Erwähnenswert außerdem das Plädoyer der stellvertretenden Anklägerin Frances Webber, Rechtsanwältin beim Londoner Institute of Race Relations, die aus Länderberichten und Zeugenaussagen Trends herausarbeitet, die deutlich machen, wie die europäische Asylpolitik Menschenrechte verletzt: Asylsuchende werden von Rechtssubjekten zu Objekten administrativen und polizeilichen Ermessens; sie werden kriminalisiert, indem sie - wie Straftäter - erkennungsdienstlich behandelt und inhaftiert werden, sie sind rassistischer Polizeigewalt ausgesetzt und werden zunehmend zu illegalen oder De-facto Flüchtlingen gemacht, die von den Asylverfahren ausgeschlossen bleiben, und denen menschenwürdige Lebensbedingungen verweigert werden.
Im Vergleich zu Frances Webber hatte es Thomas Jung schwer. Der Kieler Anwalt war als »Pflichtverteidiger« eingesprungen, entschuldigte sich aber zu Beginn des Tribunals mehrfach, daß er entgegen seiner persönlichen Position nun die Asylpolitik der angeklagten Staaten verteidigen werde. Sein Plädoyer ist dennoch lesenswert. Allerdings wäre ein Verteidiger der offiziellen Asylpolitik vermutlich offensiver aufgetreten und hätte überzeugender gewirkt. Daß es dazu nicht kam, lag nicht an der Vorbereitungsgruppe des Tribunals: Die Offiziellen waren nicht bereit, auf dem Basso-Tribunal aufzutreten. Während das Bonner Innenministerium seine Absage ohne Begründung mitteilte, ließ der konservative Asylrechtsexperte Kay Hailbronner wissen, daß er für einen »Schauprozeß à la Ostblock« nicht zu Verfügung stehe. Zwar wollte ein höherer Beamter der EU-Kommission in Brüssel die Verteidigung übernehmen, seine Teilnahme wurde jedoch von der Kommission untersagt.
Nach der Dokumentation des Tribunals, die bereits über 200 - viel zu klein gedruckte - Seiten voller Fakten und Informationen umfaßt, folgen weitere Texte und Materialien zum Asylrecht in Europa, darunter ein Vortrag der Groupe de Genève, der unter philosophischen Gesichtspunkten die Ausschlußprinzipien reflektiert, die der europäischen Asylpolitik zugrunde liegen. Dazu gehört auch eine Zusammenfassung des Osteuropa-Forums, das als Podiumsdiskussion im Rahmenprogramm des Tribunals veranstaltet wurde und Auskunft gab über Asylrecht und -praxis in Polen, der Tschechischen und der Slowakischen Republik.
Das Basso-Sekretariat Berlin gibt zuletzt einen knappen und vor allen Dingen gut verständlichen Überblick über die Asylpolitik der EU und die Asylrechtstandards in den EU- und EFTA-Staaten. Es erklärt die Arbeit der TREVI-Gruppe und der Ad-hoc-Gruppe Einwanderung; es verdeutlicht den Inhalt und die Konsequenzen des Schengener Abkommens und des Dubliner Erstasylabkommens, in denen im wesentlichen der Zugang zum Asylverfahren und die Zuständigkeit eines einzigen Landes geregelt wird, und verweist außerdem auf inzwischen beschlossene, weitergehende Einschränkungen, die auch das materielle Asylrecht betreffen.
Im zweiten Abschnitt zeigt das Basso-Sekretariat Berlin die rechtlichen Grundlagen und zuständigen Behörden in den einzelnen EU und EFTA-Staaten auf und beschreibt das Asylverfahren sowie die Verfahrensweise bei Ausweisungen und Abschiebungen. Diese Materialien machen das Buch neben den begrifflichen Klärungen und den vielen Beispielen des ersten Teils zu einem nützlichen Arbeitsbuch, in dem man immer wieder Basisinformationen im Kampf gegen die europäische Abschottungspolitik nachschlagen kann.

Sabine am Orde

Basso-Sekretariat Berlin (Hrsg.): Festung Europa auf der Anklagebank. Dokumentation des Basso-Tribunals zum Asylrecht in Europa, Münster: Westfälisches Dampfboot, 1995, 292 Seiten, 19,80 DM.

Geplant ist außerdem ein Dokumentarvideo zum Basso-Tribunal. Informationen beim Mañana Videokollektiv, Tel. 030/623 22 32.

Besatzung und Bündnis – »Kerneuropa« praktisch

Idee und Realisierungsansätze eines europäischen Großwirtschaftsraums sind bekanntlich wesentlich älter als die Verträge von Rom. Sie gehen zurück auf NS-Pläne der frühen 30er Jahre und wurden in Südosteuropa bereits vor Ausbruch des zweiten Weltkriegs in die Tat umgesetzt. Daß das zwischenzeitliche Leitbild eines einheitlichen Europa, wie es in der Nachkriegszeit gepflegt wurde, inzwischen von Kohl (»Deutschland die Nr.1 in Europa«) und Schäuble (»Kerneuropa«) zugunsten der ursprünglichen Vorstellungen von einem zonierten, »deutschen Europa« demontiert wird, gibt dem Band mit dem Untertitel ›deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa‹ politische Aktualität, auch wenn es in der Sache wissenschaftliche, historische Studien bleiben.

Die deutschen Strategien Richtung Osteuropa belegt – im historischen Detail – der soeben erschienene Band 12 der ›Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik‹ mit vier Arbeiten zu Polen, Rumänien, Bulgarien und den besetzten Gebieten der Sowjet-Union. So unterschiedlich dabei die Ausgangssituationen sind, so durchgängig behandeln alle vier Aufsätze vor allem Agrar- und Bevölkerungspolitik: Agrarpolitik, weil hinter dem Schlagwort *»Die neuen Kornkammern im Osten«* eine reale, wirtschaftliche Durchdringungsstrategie stand, die primär auf die Rationalisierung der Landwirtschaft ausgerichtet war. Bevölkerungspolitik, weil die dabei erwirtschafteten Überschüsse für den Export nach Deutschland vorgesehen waren, die bei diesem Prozeß ihrer Existenzgrundlage beraubte Landbevölkerung folglich zu »überflüssigen Essern« gemacht wurde.

Die »Beiträge« – aus deren Herausgeberschaft sich mit dieser Ausgabe übrigens ihr Mitbegründer Götz Aly zurückgezogen hat – liefern einmal mehr historisches Beweismaterial für die entsetzliche Rationalität der Vernichtung, und seien deshalb insbesondere denjenigen ans Herz gelegt, die *»Selektion und Vernichtung ... als irrationale und krankhafte Ausflüsse einer weltfremden Ideologie rückwärts gewandter Phantasten, als Rückfall in die Barbarei«* (Esch) abtun, um sich damit den eigentlichen Schrecken vom Leibe zu halten: Die Einsicht, daß die Barbarei einer Verwertungslogik folgte, die weiterhin virulent ist.

(mw)

Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 12: Besatzung und Bündnis - Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa. 221 Seiten, 26.- dm, erschienen im Verlag der Buchläden Schwarze Risse / Rote Straße.

»Und das gefällt mir sehr, daß alle zusammen in einer Mannschaft spielen ...«

In Grenzen verstrickt – Jugendliche und Rassismus in Europa. Ergebnisse vergleichender Jugendforschung

In diesem Buch geht es um die politische Orientierung von Jugendlichen aus Kroatien, Lettland, Deutschland (alte und neue Bundesländer getrennt), den Niederlanden und Griechenland. SozialwissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Ländern haben dazu Jugendliche befragt und mit ihnen diskutiert. Das Ergebnis der Forschung sind jedoch keine knalligen Aussagen über Jugend und Rassismus. Vielmehr wird eine Annäherung an das Thema Jugend und Rassismus in Europa dokumentiert. Dabei fallen eine Menge wertvoller Informationen über das Leben in den verschiedenen Ländern ab. Die Lektüre ist allerdings nur für Leute geeignet, denen es nichts ausmacht, daß die Korrelationskoeffizienten zwischen Leistungsorientierung und allen ausgrenzenden politischen Orientierungen mit 0,3 bis 0,5 hochsignifikant sind. *(hb)*

Herausgegeben von Rudolf Leiprecht in Verbindung mit dem Projekt »Internationales Lernen«: In Grenzen verstrickt. Diss-Verlag, Duisburg, 1995, 330 Seiten, 34 dm

Schnarchisierung des Sozialen?

Wer einen Begriff zu oft wiederholt und hin und her wendet, statt ihn mit (neuem!) Inhalt zu füllen, der unterliegt mitunter seltsamen Effekten. So einer Art Alliteration im Kopf, die Wörter beginnen zu tanzen: Nur so ist es zu erklären, wie der Titel »Hirarchisierung des Sozialen« (Hinweis für die Setzerin: NICHT korrigieren) auf das Titelbild der OFF LIMITS Nr.11 gelangte. Als ob die »soziale Frage« je etwas anderes gewesen sei, als eine Frage gesellschaftlicher Hierarchien und die Antwort darauf: Klassenkampf. Seit Tausenden von Jahren.

Das weiß natürlich auch die OFF LIMITS-Redaktion und mit ihr H. Wehrstedt, der den Toyotismus – durchaus zurecht – als ein strukturierendes Element der derzeitigen Verelendung identifiziert. Daß der Toyotismus jedoch nichts weiter sein könnte als die Herbstmode im Lebenszyklus des Produkts »Automobil«, daß wir uns eventuell wirklich warm anziehen müssen für den Winter des »Kampfes jeder gegen jeden«, daß aber der Stoff für die kommende Frühjahrsmode längst bereit liegt, kommt ihm nicht mal als Hypothese in den Sinn: Die Wehrstedtsche Warenwelt ist festgefügt, unter Kontrolle des Kapitals, es gilt nur noch, ihren Zustand zu bejammern. »Die Kämpfe der Zukunft werden jedoch von einer veränderten Weltökonomie ausgehen müssen« – so schließt er und hört damit genau an dem Punkt auf, wo eigentlich jeden Marxisten die blanke Neugier packen müßte: Bei der widersprüchlichen Natur dieser Veränderung.

Ansonsten jedoch ist die OFF LIMITS gehaltvoll und realitätsnah wie immer, wenn auch diesmal etwas zusammengewürfelt, sodaß ich nur empfehlen kann, sie zu abonnieren: So kann es nicht passieren, daß man das Heft im Affekt nicht kauft und sich später über die Lücke im Archiv ärgert. *(mw)*

OFF LIMITS Nr. 11: Hierarchisierung des Sozialen, 48 Seiten, 5 dm, jetzt im Verlag Libertäre Assoziation, aber sicher immer noch erhältlich im Haus für alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg.

Ethnopoly

Mit der Konjunktur von Identitätspolitik setzen sich die 209. *blätter des iz3w* auseinander. Die letzte unabhängige Nord-Süd-Zeitung, die übrigens mit einem 1000-neue-Abos-Aufruf ums wirtschaftliche Überleben kämpft, bringt dabei unaufgeregt analytisch auf

den Punkt, was in antirassistischen Veröffentlichungen lieber gewispert wird: Ethnische Mobilisierung korrespondiert mit Kriegsökonomie, mit bewaffneter, *»radikalfreier Marktwirtschaft«*. Nach dem Zerfall einer Gesellschaft, ihrer elementaren Vertrauensstrukturen, des Gewaltmonopols, der Märkte, stellt die Erfindung einer Ethnie, *»religiöser oder nationaler Wir-Gruppen-Mobilisierung«*, einen Weg dar, eben diese elementaren Voraussetzungen von Gesellschaftlichkeit im kleinsten Kreis zu rekonstruieren, um im jetzt offen gewaltförmigen Wirtschaftsgeschehen bestehen zu können. Daß die Ethnisierungstendenzen nicht am naheliegenden Modellfall Jugoslawien, sondern an der Re-Indianisierung in Lateinamerika, den Selbst- und Fremdzuschreibungen der PKK, Afrozentrismus und Patriarchat in den USA und dem Stammesbewußtsein der »Kulturnation« BRD aufgezeigt werden, ist - gerade in der Zusammenschau - ungemein horizonterweiternd.

Gerade der Artikel zum »Kult um kurdische Kultur« zeigt, daß kritische Auseinandersetzung um Identitätspolitik eben nicht Begleitmusik der Entsolidarisierung sein muß. Im Gegenteil: Sie erscheint eher als Basis einer erweiterten Solidarisierung. *(mw)*

blätter des iz3w Nr 209, 7.50 dm. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, 79020 Freiburg i. Brsg.

Ab-ART-ig. Krüppel–Kunst–Kultur

Auch die Randschau ist am Thema: Zwar liegt hier die Betonung eindeutig bei Kunst, Kunst als Ausdrucksform von behinderten Menschen, aber auch in diesem Heft wird Kultur, auch die eigene Subkultur, in Zusammenhang gebracht mit Identität - versehen mit dem Warnschild: Vorsicht Falle! Thomas Schmidt verknüpft seine Gedanken zum Thema mit Betrachtungen über einen gehbehinderten Jongleur, der ihm in einer Münchener Fußgängerzone begegnet ist. Nicht nur dieser Artikel, sondern das ganze Heft, behandelt vieles mit einer Leichtigkeit, mitunter köstlichem Unernst, beides nicht zum Schaden für die Leserinnen und Leser. Wer *die randschau* als »special-interest«-Blatt für Behinderte ansieht, verpaßt was. *(mw)*

die randschau - Zeitschrift für Behindertenpolitik, herausgegeben von ›krüppeltopia‹ e.V., Verein zur Förderung der Emanzipation Behinderter, Mombachstr. 17, 34127 Kassel, 4 Ausgaben 25,- dm.

Der Fall Bahamas

Luziferisch-antiquiert wie immer, das Brett vorm Kopf (kombiniert mit spitzer Feder) als Waffe, den deutschen Autonomen frisch auf den Tisch, der Veganismus als vierter Hauptwiderspruch, wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen, der kommt garantiert aus Hamburg...

Aber ach, auch da gibt's Krach, die letzten Ausläufer der K-Gruppen (die Gruppe K) löst sich auf. Alte und neue Redaktion bekriegen sich, es geht offenbar zu wie im klassischen deutschen e.V. - zwei Deutsche, drei Parteien, die Zukunft des vielerseits gehaßten Blatts ist ungewiß. Und das just in dem Moment, wo ein paar frische Gedanken im nach wie vor schwer verdaulichen Diskurs auftauchen. Wer feststellt, daß die eigene, »antideutsche Postion so antiquiert [ist] wie der politisch-theoretische Kontext, in dem sie entstanden ist«, ist zweifellos auf dem Wege der Besserung. Auf daß uns dieser Stachel im Fleisch noch eine Weile erhalten bleibt: *(mw)*

Bahamas Nr. 18: Der Fall Deutschland - historischer Sonderweg oder wegweisendes Vorbild? 6 dm, 62 Seiten, traditionell keine Bilder.

Das Ausländerleistungsgesetz

Von Pro Asyl und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen wurde eine Broschüre herausgegeben, die vom Ausländerleistungsgesetz über das Asylbewerberleistungsgesetz (mit entsprechenden Erläuterungen) bis zu Dokumentationen von Protesten gegen die Maßnahmen alles enthält.

Die Broschüre informiert über die aktuellen Pläne der Bundesregierung für ein neues Ausländerleistungsgesetz, das jetzt allerdings »Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes« heißt und ganz anders aussieht. Aktuell sind weiterhin alle anderen Passagen der Broschüre - und wer sich nicht von dem chaotischen Layout abschrecken läßt, kann alles nachschlagen, was jemals dazu geschrieben wurde. *(hb)*

Die Broschüre »Das Ausländerleistungsgesetz« (Rundbrief 28) kostet 8 DM zuzüglich 2 DM Porto und Verpackung und ist erhältlich bei: Förderverein Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V., Lessingstr. 1, 31135 Hildesheim, Tel: 05121-15605

Sinn ohn' Form, babylonisch »Flüchtlings-Nachrichten«, Nullnummer

Aus Bochum erreichte uns eine mehrsprachige Lose-Blatt-Sammlung mit Berichten aus dem Widerstand von MigrantInnen und Flüchtenden, gedacht als Versuchsballon für einen dezentral zusammengestellten und vertriebenen Infodienst »Von Flüchtlingen, für Flüchtlinge«. Der Anlaß für diesen Versuch waren die erfolgreichen Kämpfe von Flüchtenden in drei Bochumer Lagern um Bargeldauszahlung. Den Initiatoren der »Flüchtlingsnachrichten« fiel auf, daß es unter ihnen oft nur auf ihre eigene Gruppe bezogenes Wissen über die Auseinandersetzungen und Kämpfe an anderen Orten der BRD gibt. Antirassistischen Gruppen ist in diesem Projekt die Aufgabe der Zuarbeit, der Übersetzung und der Finanzierung zugedacht. Die InitiatorInnen wollen den definitiven Start des Projekts von der Resonanz auf die Nullnummer abhängig machen. Wir finden: Die Idee ist im Kern zu schön, als daß sie an einem unausgereiften Realisierungskonzept scheitern sollte. Ein regelmäßiges, gestaltetes kurzes Infoblatt in englischer Sprache mit wenigen Highlights, Rechts- und Verhaltenstips, aber vielen Kurznachrichten mit Verweisen auf Ausführlicheres und Anderssprachiges, nebst Adressen, wo es zu bekommen ist - das wäre eine gangbare Alternative. *(mw)*

Flüchtlings-Nachrichten, c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

»Frauen auf der Flucht – Fluchtgründe und Lebenssituation von Flüchtlingsfrauen in Deutschland« von Sabine Domke

Ausgangspunkt von Sabine Domkes Diplomarbeit über Frauen auf der Flucht ist die Beschreibung der Ursachen, die Frauen zur Flucht zwingen. Sie geht dann darauf ein, warum Frauen die Zeit der Flucht anders erleben als flüchtende Männer und welche zusätzlichen Schwierigkeiten sie zu überwinden haben. Die Probleme sind vielfältig: So leben z.B. Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, oft erst für eine

gewisse Zeit in Verstecken. Zur Angst vor Entdeckung und Verhaftung kommt für Frauen die Angst vor sexueller Belästigung und Vergewaltigung hinzu. Wenn die ganze Familie untertauchen muß und eine Trennung der Eltern nötig macht, bleiben die Kinder meist bei der Mutter, was das Finden eines geeigneten Verstecks und das Unentdecktbleiben erschwert. Schwangere Frauen müssen u.U. ihr Kind ohne medizinische Hilfe zur Welt bringen. Nachreisende Frauen, die einem politisch aktiven Mann folgen, haben das Problem, Beweismaterial schnell und sicher vernichten zu müssen. Oft fehlen ihnen Kenntnisse und Kontakte für die Durchführung einer Flucht, besonders wenn sie zuvor nicht auch selbst politisch aktiv waren.
Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Lebensbedingungen von Flüchtlingsfrauen in Deutschland, deren Rechtssituation, ihre Unterbringung, die finanziellen Lage, die Auswirkungen des neuen Asylrechts. Die Autorin vermittelt dabei auch einen Einblick in die Argumentationsweise deutscher Behörden und Gerichte.

(ig)

Die Diplomarbeit kann beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bismarckstr. 40, 50672 Köln gegen 16,-DM Kopier- und Versandkosten bestellt werden.

Übersetzungen an die internationale Linke

Ein vierseitiger Informationstext über die bundesweiten Durchsuchungen vom 13.6. und Kurzbeschreibung der kriminalisierten Gruppen wurde oder wird in folgende Sprachen übersetzt: Englisch, Spanisch, Portugiesisch, Polnisch, Russisch, Italienisch, Türkisch, Französisch, Holländisch und Griechisch.

Bestelladresse: Antirepressionsbüro Berlin, c/o PDS, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin.

Neu! LUZIE '96

... ein Taschenkalender für Mädchen und junge Frauen, der ganz anders ist als alle anderen. Neben Comics, Gedichten, Fotos, Sprüchen und Informationen, die Mädchen aufhorchen lassen, gibt es noch viel Platz zum selber gestalten.

LUZIE kostet für Mädchen 5.-DM, für Erwachsene 5.-DM + Spende und ist ab sofort erhältlich bei: Anja Wolff, Afrikanische Str. 153E, 13351 Berlin

Neuer Querblick Video-Katalog

Die Medien- und Verlagswerkstatt *querblick* hat ihren Video-Katalog für Veranstaltungen neu aufgelegt. Die Themenschwerpunkte der Videos von linken und unabhängigen Mediengruppen und FilmemacherInnen sind beispielsweise Antifaschismus, Nationalsozialismus, Antirassismus, Flüchtlinge oder die »Neue Rechte«. Den Katalog zeichnet aus, daß fast ausnahmslos sehr aktuelle Produktionen angeboten werden, viele aus diesem Jahr. So beispielsweise das Video »Hinter Gittern« über Abschiebeknäste oder »Auf der Suche nach ›Z‹« über die Rechten in der FDP und ihre Verbindungen zu den Faschisten.

Der Katalog ist kostenlos zu beziehen bei: querblick, Medien- und Verlagswerkstatt Konstanz, Gottlieb-Daimler-Str. 3, 78467 Konstanz, Tel.: 07531/65002, FAX: 07531/68798.



Kurdologische Vorlesungsreihe an der Freien Universität Berlin

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte deutscher Universitäten wird im Wintersemester 1995/96 an der FU Berlin ganz offiziell eine kurdologische Vorlesungsreihe veranstaltet. Zu verdanken ist das der Kurdistan-AG des AStA-FU, die seit drei Jahren um die Vorlesungsreihe kämpft und selbst im Sommer 1993 eine Kurdistan-Veranstaltungsreihe organisiert hat. Im nächsten Wintersemster wird Dr. Martin van Bruinessen - *der* Kurdistan-Experte im europäischen Raum - als Gastprofessor an der FU Berlin reguläre Seminare zu Themen mit Bezug zu Kurdistan anbieten - und das zwei Semester lang.

Das Semester ist schon halb rum, deswegen hier ein paar Hinweise über die Januar/Februar Veranstaltungen:

09.01.1996: Gülistan Gürbey (Berlin): Auf der Suche nach einer Lösung der Kurdenfrage in der Türkei: Optionen und Hindernisse

16.01.1996: Heidi Wedel (Berlin): Kurdinnen in türkischen Metropolen - Migration, Flucht und politische Partizipation

23.01.1996: Abbas Vali (Swansea): Ideologie und Führung in der kurdischen Nationalbewegung im Iran (1942-79)

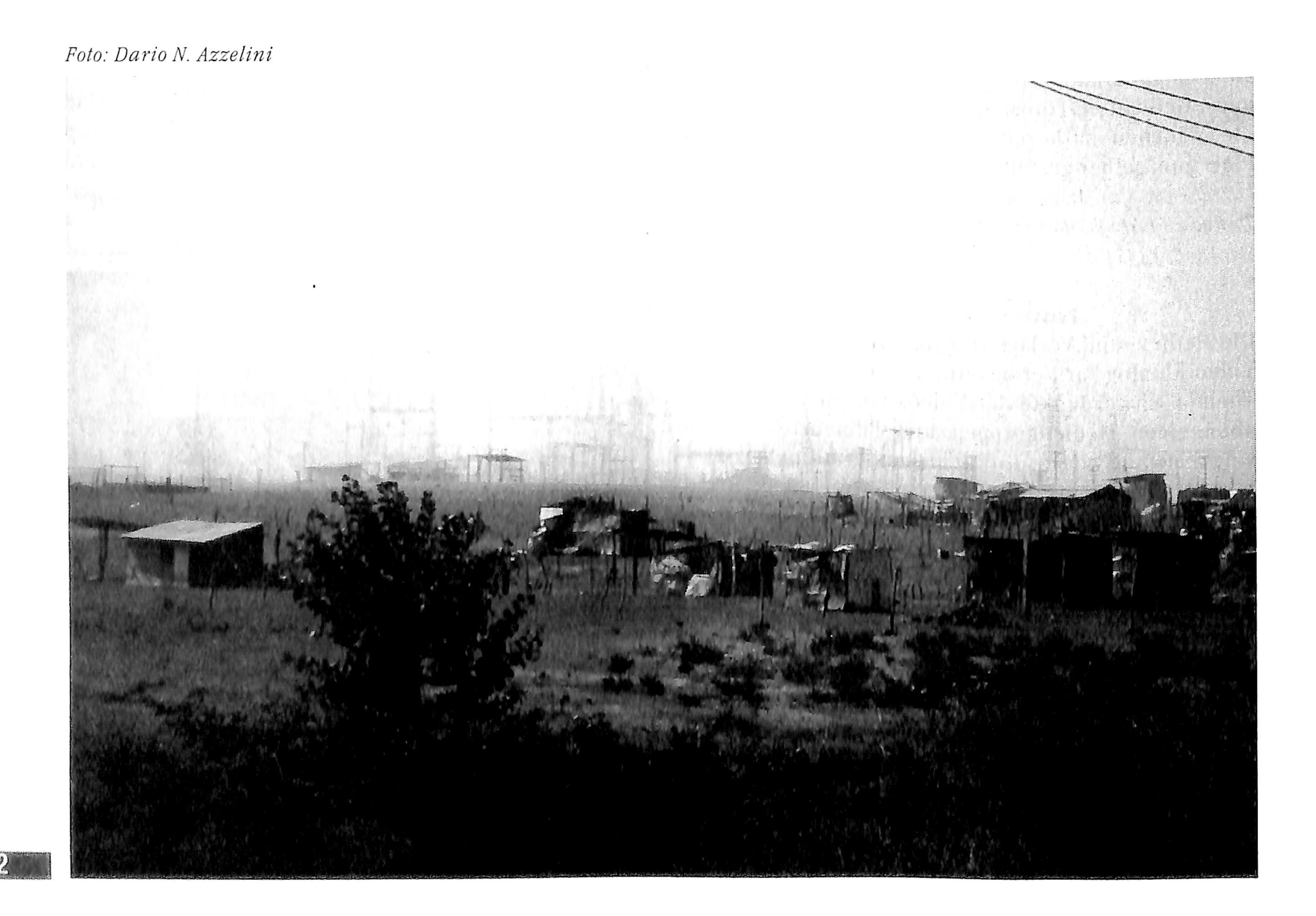
30.01.1996: Michiel Leezenberg (Amsterdam): »Irakisch«-Kurdistan seit dem zweiten Golfkrieg

06.02.1996: Wolfgang Rudolph (Berlin): Soziale Verhältnisse und ihre Hintergründe im westiranischen Kurdistan

Alle Veranstaltungen finden dienstags von 18-20 Uhr statt.

Ort: Freie Universität Berlin, Rostlaube, Raum J32/10
Habelschwerdter Alle 45, 14195 Berlin-Dahlem

Foto: Dario N. Azzelini



ZAG im Abonnement

Wer ZAG regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren.
Unten auf dieser Seite findet Ihr unsere Bestellpostkarte.
Wir schicken Abos - soweit nicht anders vereinbart - nur raus, wenn sie bezahlt sind. Denkt also daran, rechtzeitig zu bezahlen.
Bitte füllt sowohl die Bestellung als auch den Überweisungsschein für die Bank vollständig aus, also mit Name, Adresse und Wohnort. Wir haben nämlich immer wieder das Problem, Abo-Bestellungen und Überweisungen zu kriegen, bei denen wir wegen der unvollständigen Angaben nicht wissen, an wen oder wohin wir die ZAG schicken sollen.
Ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben) kostet im Inland 20.-DM, im Ausland 30.-DM (inclusive Porto, Lieferung nur gegen Vorkasse.) Wer unsere Arbeit unterstützen möchte, zeichne ein Förderabo. Gegen Spenden haben wir selbstverständlich auch nichts einzuwenden.
Außerdem suchen wir Läden, Buchhandlungen und Gruppen, die die ZAG weiterverkaufen. WiederverkäuferInnen erhalten die ZAG auf Wunsch mit Rabatt oder auf Kommission. Wenn ihr daran Interesse habt, meldet Euch bei der Redaktion.

Wer ZAG jetzt abonniert ...

bekommt von uns - auf Wunsch und solange der Vorrat reicht - als erstes den Jahrgang '94 (Einen sehr guten Jahrgang ...) als kleine Beigabe gratis zugesandt.

ZAG – Themenschwerpunkte

ZAG Nr. 1 erschien im November 1991. Seit Herbst 1992 erscheint ZAG vierteljährlich mit Schwerpunktheften zu praktischen und theoretischen Themen antirassistischer Politik. Dies waren bisher:

Nr. 5	(Nov. 92)	Roma / Rostock *vergriffen*
Nr. 6	(Feb. 93)	Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne
Nr. 7	(Mai 93)	Rassismus und Medien *vergriffen*
Nr. 8	(Sep. 93)	Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen*
Nr. 9	(Nov. 93)	Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen
Nr.10	(Feb. 94)	Rassismus und Bildung
Nr.11	(Juni 94)	Innere Sicherheit
Nr.12	(Sep. 94)	Rassismus und soziale Frage
Nr.13	(Dez. 94)	Polizei und Justiz
Nr.14	(März 95)	Deutscher Antirassismus? *gemeinsame Ausgabe mit OFF LIMITS*
Nr.15	(Juni 95)	Illegalisierung
Nr.16	(Sep. 95)	Europa

Die Ausgaben 1-4 erschienen noch ohne Themenschwerpunkt.

ZAG – Archiv

Ältere Ausgaben der ZAG sowie andere Publikationen der Antirassistischen Initiative könnt Ihr bei uns nachbestellen. Die Ausgaben Nr. 1 bis 3 sind noch alle verfügbar und kosten nur je 1.-DM. Die Hefte Nr. 4 bis 9 sind praktisch vergriffen, können aber als Fotokopie, gelegentlich aber auch ›antiquarisch‹ zugesandt werden. Bis aufs allerletzte Exemplar vergeben sind im Moment die Ausgaben 5 und 7. Bevor sie im Altpapier landen: laßt sie uns doch wieder zukommen! Es soll euer Schade nicht sein, wir schicken euch wahlweise die neuesten ZAG's oder erstatten euch Porto und Kaufpreis. Alle neueren Ausgaben (Nr. 10-15) sind noch verfügbar. Ein komplettes Archiv (17 Ausgaben incl. des allerletzten Exemplars der Nr. 5 und 7!) ist derzeit auf Lager und kostet 70.-DM. Hinzu kommen noch die Portokosten.

Wenn Ihr die ZAG regelmäßig in Eurem Briefkasten haben wollt

Ich möchte die ZAG regelmäßig in meinem Briefkasten haben

Ich abonniere die Zeitschrift Antirassistischer Gruppen ab der Ausgabe Nr __ __ und erhalte ein ZAG-Jahresabo, bestehend aus vier Ausgaben zum Preis von 20.- DM

- ❐ zugesandt ins Ausland, leider zusätzliche Versandkosten von 10.- DM
- ❐ und möchte die ZAG durch ein Förderabo (zusätzlich ____.- DM) unterstützen.
- ❐ Bitte schickt mir als Willkommen und zur Vervollständigung meines Archivs kostenlos den Jahrgang 1994 (Ausgaben 10-13)

Das Geld überweise ich auf das Konto der
Antirassistische Initiative e.V.
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
Konto: 303 96 01 Stichwort ZAG

- ❐ ich benötige eine Rechnung

Meine Anschrift:
Name:
Straße:
Ort:
Datum: Unterschrift:

ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59
D-10965 Berlin